

Gisela Breil

Einstieg in den Ausbau
des Niedriglohnssektors?

Thorsten Schulten

Arbeitsbeziehungen in
Euroland

Hilary Wainwright

Die britische Labour
Party: zwei Parteien

Michael Schlecht

Zur Neuauflage des
Bündnis für Arbeit

Ausgabe 1 | 99

Heft 105

9,50 DM

Januar |

Februar 1999

HERAUSFORDERUNG EUROPA



von Martin Krems

Daß einer aus unseren Reihen handstreichartig den Bundesparteitag rumreißt und gegen den Willen des Parteivorstands zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wird – das haben wir uns doch eigentlich immer gewünscht. Jetzt ist es geglückt.

Leider nicht in der SPD.

Wie schnell Diether Dehm nach seinem Übertritt zur PDS dort zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden konnte, ist verblüffend. Noch erstaunlicher ist aber, daß die Wahl eines weiland linken Sozialdemokraten für den Medien-Mainstream geradezu das Tüpfelchen auf dem i bedeutete, den letzten Beweis: Die PDS hat sich auf ihrem Parteitag als nicht erneuerungsfähig gezeigt.

Das sagt zwar auch eine Menge über das Bild von Diether Dehm, der bei den linksliberalen Blättern dieser Republik in kaum gekannter Weise zum Abschuß freigegeben ist. Vor allem läßt die Bewertung dieser Wahlentscheidung aber erahnen, wieviel Anpassung von der PDS erwartet wird, ehe sie das Gütesiegel der „Erneuerung“ zuerkannt bekommt. Solange sie erklärte Marxisten wählt, kriegt sie's jedenfalls nicht.

*

Nicht daß die PDS nicht die Steilvorlagen für negative Presse geliefert hätte. Fast hätte sie es geschafft, mit einer klottendämlichen Initiative für Amnestie und Haftentschädigung jede sinnvolle Debatte über dieses Thema auf Jahre zu blockieren. Differenzierte Argumentationen von Schorlemmer, Höppner, Bahr drohten diskreditiert zu werden. Die Einstellung von „Topas“ bei der Bundestagsfraktion half mit, das Bild von der PDS als einer bekennenden Partei von Tätern zu zeichnen. In Sachsen-Anhalt belastete die PDS-Fraktion Landtag und Magdeburger Modell damit, daß sie eisern an einer ehemaligen IM als Vorsitzender des Landtagsausschusses für Recht und Verfassung festhielt, die sich immer nur an soviel erinnern konnte, wie vor-

her gerade in der Zeitung enthüllt worden war. Als ihre Abwahl unmittelbar bevorstand, deutete die PDS drohend an, man könne den Ausschußvorsitz ja auch an die DVU abtreten.

Solange die PDS im Umgang mit der Geschichte der DDR und der SED zwischen Selbstgeißelung und Rechtfertigung hin- und herschwankt, hat sie nicht nur bei vielen Wählerinnen und Wählern ein Glaubwürdigkeitsdefizit. Sie belastet mit ihrer naßforschenden Art vielmehr auch die konkrete Zusammenarbeit mit dem Teil der Sozialdemokratie in Ostdeutschland, der für Koalition oder Tolerierung offen ist. Ehemalige DDR-Oppositionelle, die heute zur Durchsetzung von Reformalternativen und ostdeutschen Interessen für die Kooperation mit der PDS eintreten, finden es alles andere als lustig, wenn Vertreter des alten Repressionsapparats so auftreten, als trage das – freimütige oder gequälte – Bekenntnis, dabeigewesen zu sein, die politische Rehabilitation schon in sich.

*

Diesen Widerspruch nutzen die Genossinnen und Genossen aus, die das Konstrukt „neue Mitte“ okkupieren, um daran eine Strömung in der Ost-SPD zu formieren. Diese „neue Mitte“ Ost ist eine doppelgesichtige Angelegenheit. Das „bundesweite“ Treffen in Blankenfelde hat – ganz im Sinne der von Richard Schröder schon vorher verbreiteten strategischen Überlegungen – erklärt: „die demokratische Linke hat in der SPD ihren legitimen Platz und muß ihn auch dort behalten.“ Diesen Kreis eint offenkundig einzig die Abgrenzung zur PDS und die Ablehnung der Kooperationen in Schwerein und Magdeburg. Die „neue Mitte“ in Sachsen-Anhalt hingegen, die im November den Startschuß für diese Gründung gab, positioniert sich unmißverständlich als parteirechte Strömung, die das Wort von der „neuen Mitte“ als ideologisches Banner verwendet. Der positive Bezug auf einen öffentlich stets mit Gerhard Schröder identifizierten Begriff geschieht, um den relativen Linkskurs der sachsen-anhaltischen SPD zu attackieren und das Magdeburger Modell zu schwächen.

Daß es eine „neue Mitte“ als soziales Phänomen in Ostdeutschland gar nicht gibt und eine politische Strategie, die den Kampa-Wahlkampf 1:1 nach Sachsen-Anhalt überträgt, nicht funktionieren kann, tut dabei nichts zur Sache. Durch die jetzige Polarisierung tritt zutage, daß es in Ostdeutschland auch eine Mitte der Partei nicht gibt. In den zahlenmäßig

schwachen Landesverbände prallen linke und rechte Positionen immer unvermittelter aufeinander.

*

Der Zeitpunkt für den Angriff der Parteirechten in Sachsen-Anhalt kommt nicht von ungefähr. Zwar konnte die sachsen-anhaltische SPD-Linke, organisiert im Mansfelder Forum, bei der Bundestagswahl mit Genugtuung registrieren, daß die gegen den Willen des Parteivorstands durchgestandene Entscheidung der Landespartei für die Fortsetzung der Minderheitsregierung der Sozialdemokratie im Osten nicht nur zu mehr Glaubwürdigkeit, sondern auch zu mehr Wählerstimmen verhalf. Von 13 Überhangmandaten der SPD erhielt sie bei der Bundestagswahl zwölf in Ostdeutschland, davon allein vier in Sachsen-Anhalt. Und auch innerparteilich ging die Strategie der Landes-SPD auf, bis zur Bundestagswahl „toter Käfer“ zu spielen und das Magdeburger Modell im Wahlkampf nicht in Erscheinung treten zu lassen. Im Land jedoch wurde der Start in die neue Wahlperiode von vielen als schleppend und enttäuschend empfunden; der Reformeifer aus der rot-grünen Landesregierung schien erlahmt. Nach der Bundestagswahl begannen zudem komplizierte Haushaltsverhandlungen mit der PDS, in denen die SPD in die Rolle der Konsolidierer gedrängt wurde und die PDS die Erfüllung sozialdemokratischer Wahlaussagen anmahnte. In beiden Parteien begann eine Diskussion über den Sinn des Modells, die sich nach der Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern noch verstärkte.

Die SPD-Linke braucht diese Diskussion nicht zu fürchten. Gesellschaftspolitische Reformansätze und eine glaubwürdige Vertretung ostdeutscher Interessen gibt es auf Landesebene im Osten nur dort, wo die SPD allein oder mit der PDS regiert. Die ostdeutsche Entsprechung – von der Situation in Berlin einmal abgesehen – zum Reformbündnis mit den Grünen auf Bundesebene ist die Zusammenarbeit mit der PDS in den Ländern. Dabei ist die PDS keineswegs immer die treibende linke Kraft, als die sie sich verkauft. Ihre Positionen in Landtagen und Kommunalparlamenten zur Wirtschaftsförderung, zur kommunalen Selbstverwaltung, zur Landesplanung und zur staatlichen Investitionstätigkeit sind oft keine sozialistischen, sondern schlecht abgeschriebene grün-bürgerliche Konzepte aus dem Westen.

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Heinz Albrecht † (Berlin)
Edelgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Katrin Fuchs (Verl)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Andreas Wehr (Berlin)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
Uta Biermann
Mirja Düwel
Stefanie Gerszewski
Barbara König
Ralf Krämer
Dirk Meyer
Reinhold Rünker
Joachim Schuster
Claudia Wälther
Frank Wilhelmy
Rainer Zugehör

Redaktionssekretär
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
spw-Verlag/Redaktion GmbH
Fresenstr. 26, 44 289 Dortmund
Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
Telefax: 02 31 - 40 24 16
E-mail: verlag@spw.de
redaktion@spw.de
Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
Olaf Schade
Hans-Peter Schulz
Joachim Schuster
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-,
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.
Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte per E-mail oder auf einer
MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1999.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:
Christian Kiel, Meerbusch

Satz und Gestaltung:
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
Nolte-Druck, Iserlohn
1+3 Tausend, Januar 1999

<i>Martin Kreams</i> kurzum	2
MAGAZIN	
<i>Ulf-Birger Franz</i> Nur ein erster Schritt Das Programm der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit	4
<i>Juso-Linken-Forum 20./21.02.99 in Hannover</i>	5
<i>Gisela Breil</i> Einstieg in den Ausbau des Niedriglohnssektors? Neuregelung der 630 DM-Beschäftigungsverhältnisse	6
<i>spw-intern</i>	7
<i>Burkhard Winsemann</i> Zwischen Feigheit vor dem Feind und mutigen Strukturreformen Rot-grüne Steuerpolitik	8
<i>Hermann Scheer</i> Das deutsche 100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm	9
<i>Barbara König</i> Eine kleine Geschichte der Frauenarbeit	11
Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 12.-14. März in Berlin	11
<i>Andreas Wehr, Burkhard Zimmermann</i> Heinz Albrecht ist tot	12
BONN APART	
<i>Frank Wilhelmy</i> Zuckerbrot und Peitsche	13
NEW DEAL FÜR ARBEIT?	
<i>Michael Schlecht</i> Ohne gesellschaftliche Mobilisierung wenig Chancen Zur Neuauflage des Bündnis für Arbeit	14
<i>Uwe Wiedenstried</i> Allez, Flop? Frankreichs Regierung wagt große Sprünge für Arbeit und Soziales	18
HERAUSFORDERUNG EUROPA	
<i>Joachim Schuster</i> Herausforderung Europa: Einleitende Bemerkungen zum Heftschwerpunkt	22
<i>Thorben Albrecht</i> Richtungswechsel in Europa?	23
<i>Karin Jöns</i> Das Hemd sitzt näher als die Hose Kontroversen um die Reform der EU-Strukturpolitik	26
REGISTER 98	
spw-Jahresregister 1998	29
HERAUSFORDERUNG EUROPA	
<i>Thorsten Schulten</i> Arbeitsbeziehungen in Euroland	33
<i>Heiko Glawe</i> Alternative WirtschaftswissenschaftlerInnen in Europa	37
<i>Europäische Ökonominnen und Ökonomen</i> für eine alternative Wirtschaftspolitik Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa (Memorandum)	38
SOLIDARITÄT ODER SPALTUNG?	
<i>Hans Günter Bell</i> Wege zur sozialen Stadt?	42
NEUE SOZIALDEMOKRATIE	
<i>Hilary Wainwright</i> Die britische Labour Party: Zwei Parteien	45
<i>Brigitte Stolz-Willig</i> Déjà vu! Die Familie in der Zukunftsstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung	48
GLOBALISIERUNG UND POLITIK	
<i>Winfried Roth</i> Einstürzende Illusionen Zur Geschichte der „Entwicklung durch Verschuldung“	51
THEORETIKER/INNEN	
<i>Reinhold Rünker</i> Althusser und das Elend der Theorie	55

Nur ein erster Schritt

Das Programm der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit

von Ulf-Birger Franz*

Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat die neue rot-grüne Bundesregierung ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht. 100.000 Jugendliche sollen davon profitieren. Auch wenn das Programm ein Schritt in die richtige Richtung ist – bei näherer Betrachtung ergeben sich viele offene Fragen.

Zwei Milliarden Mark für Sofortmaßnahmen

Das Programm richtet sich an arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre. Dies waren im Oktober 1998 offiziell über 460.000 Jugendliche, 141.500 davon in Ostdeutschland. Dazu kommt eine vergleichsweise hohe Zahl von nichtregistrierten oder „geparkten“ Jugendlichen. Natürlich benötigen nicht alle auch arbeitsmarktpolitische Angebote, Zielgruppe sind vielmehr diejenigen, die vergeblich einen Ausbildungsplatz gesucht haben und sich nicht in einer Warteschleife befinden oder die nach der Ausbildung arbeitslos sind. Ihnen werden unterschiedliche Maßnahmen angeboten, die (bis auf wenige Ausnahmen) auf ein Jahr befristet sind.

Ein ganzes Bündel unterschiedlicher Instrumente wird mit 2 Mrd. DM aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundes und der europäischen Sozialfonds gefördert. Dazu gehören Ausbildungsverbände, Trainingsprogramme, die außerbetriebliche Ausbildung, Weiterbildungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse. Außerdem sollen 20.000 ABM-Plätze geschaffen werden. Insgesamt werden also bestehende arbeitsmarktpolitische Instrumente ausgeweitet, die Mittel werden nach einem Schlüssel auf die Regionen verteilt. Welche dieser Maßnahmen mit den Mitteln wirklich realisiert werden, liegt in der Verantwortung der regionalen Arbeitsämter.

Eingeschränkt wird die Wirkung des Programms allerdings durch die Haltung vieler Länder und Kommunen. Sie betrachten die zusätzlichen

Mittel als teilweise Kompensation für die Steuerausfälle infolge der Neuregelung der 620/520 DM-Jobs und reduzieren die eigenen Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsprechend. Das festgeschriebene Ziel der Zusätzlichkeit der geförderten Maßnahmen wird so in der Praxis massenhaft ignoriert, was aufgrund der Haushaltssituation insbesondere der ostdeutschen Länder zumindest nachvollziehbar ist. So ist zu befürchten, daß die anvisierten 100.000 Jugendlichen rechnerisch zwar erreicht werden, ein Teil davon jedoch nur in das Bundesprogramm verschoben wird.

Wird das Programm zur Beruhigungsspielle?

Das Programm ist von seiner Größenordnung und von seiner einjährigen Laufzeit her sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, es kann kein weitergehendes Konzept zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel ersetzen. Gegenwärtig ist jedoch zu befürchten, daß bei der Vorlage der Lehrstellenbilanz im Herbst 1999 die weiter reduzierte Zahl unversorgter Jugendlicher als Beleg dafür interpretiert wird, daß die Ausbildungsplatzkrise nunmehr gelöst sei. Mit dieser Argumentation werden Teile der Sozialdemokratie dann versuchen, weitergehende Initiativen wie eine gesetzliche Umlagefinanzierung vom Tisch zu wischen. Bereits im letzten Jahr, als die leichte Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation im wesentlichen auf die Ausweitung öffentlicher Maßnahmen zurückging, gab es solche Versuche. Sollte dies wirklich gelingen, dann würde das Programm zum Bumerang für die Jugendlichen werden. Statt für eine ausreichende Zahl qualifizierter Ausbildungsplätze zu sorgen, würde ihnen die Bundesregierung nur Beruhigungsmittel verabreichen.

Sollte dieser „worst case“ eintreten, dann würde sich eine Grundtendenz verfestigen, die bei den ersten Gesprächen über ein „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ bereits deutlich zutage trat. Das Prinzip ist einfach: Gewerkschaften und Arbeitgeber verständigen sich darauf, daß die öffentliche Hand das Problem lösen soll. Und die, in Form der Bundesregierung, ist mehr als jeder andere darauf angewiesen, daß die Konsensrunden Erfolge vermelden können. Eine solche Dynamik würde jedoch bedeuten, die Arbeitgeber aus

ihrer Pflicht zu entlassen, einen spürbaren Beitrag für Arbeit und Ausbildung zu leisten. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Linke darf so etwas natürlich nicht hinnehmen.

Perspektiven

Das Programm eröffnet gleichzeitig auch Perspektiven. So ist die Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Instrumente gegen die Jugendarbeitslosigkeit mit Sicherheit ein überfälliger Schritt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die steigende Zahl langzeitarbeitsloser Jugendlicher. Für diese Gruppe müssen dringend neue Integrationsangebote entwickelt und erfolgreiche ausgebaut werden. Um echte Erfolge zu erzielen (und nicht nur statistische Effekte), muß allerdings ein kontinuierliches und transparentes Angebot geschaffen werden, das über kurzfristige Programme hinausgeht. Insofern ist eine Verstärkung dieser Maßnahmen hin zu einer Politik aktiver Qualifikation und Arbeitsmarktintegration sinnvoll.

Konterkariert werden könnte ein solcher Ansatz jedoch durch die unsinnige Debatte um Zwangsmaßnahmen gegen Jugendliche, die ihnen zugewiesene Plätze nicht annehmen. Ursache und Wirkung werden dabei verwechselt. Die Tatsache, daß viele Jugendliche kaum noch Vertrauen in Maßnahmen der Arbeitsämter haben, ist vor dem Hintergrund zahlreicher frustrierender Erfahrungen und vieler „Maßnahmenkarrieren“ durchaus nachvollziehbar. Neues Vertrauen und echte Motivation wieder herzustellen, das wird durch solche Zwangsmaßnahmen nicht gelingen. Im Gegenteil: wenn Jugendliche das Gefühl haben, bei der Teilnahme an Programmen gehe es in erster Linie darum, eigene Leistungsansprüche zu erhalten, dann sind die Erfolgsquoten entsprechend gering.

Um hohe Erfolgsquoten bei der aktiven Integration geht es den Verbandsvertretern der Arbeitgeber und ihren Groupies, die lauthals Zwangsmaßnahmen fordern, aber wohl auch kaum. Sie bedienen sich vielmehr gängiger Klischees, um den Jugendlichen selbst die Verantwortung für ihre Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben und sie darüber hinaus zur Annahme schlechtbezahlter Jobs oder perspektivloser Ausbildungsplätze zu zwingen. Entgangen ist einigen Verfechtern einer solchen „harten Linie“ jedoch, daß die Sanktionsmöglichkeiten sehr eingeschränkt sind. Nur eine Minderheit der arbeitslosen

Das Programm ist von seiner Größenordnung und von seiner einjährigen Laufzeit her sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, es kann kein weitergehendes Konzept zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel ersetzen.

* Ulf-Birger Franz, Hannover, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender

Jugendlichen in der Bundesrepublik erhält überhaupt finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand. Dies unterscheidet die deutsche Situation grundlegend von der skandinavischen, wo Eingriffe in die Berufswahlfreiheit des einzelnen zudem eine andere Tradition und Akzeptanz haben. Die Bundesregierung wäre deshalb schlecht beraten, wenn sie sich weiter auf solche Diskussionen einläßt und die Arbeitgeber noch weiter aus der Verantwortung entläßt.

Ein weiterer positiver Ansatzpunkt des Programms liegt in der Art der Förderung. So werden nicht mehr nur einzelne Personen gefördert (Individualförderung), sondern arbeitsmarktpolitische Projekte als Ganzes (Projektförderung). Dieser Förderweg stellt eine Kurskorrektur in der Arbeitsmarktpolitik dar. Er erweitert das Spektrum möglicher Maßnahmen

und bietet eine größere Planungssicherheit für regionale Vorhaben und Einrichtungen. Durch die Projektfinanzierung wird beispielsweise ermöglicht, Mittel zur teilweisen Finanzierung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors heranzuziehen, wie dies in Mecklenburg-Vorpommern bereits geplant ist.

Letztendlich bleibt das Programm nämlich eine Antwort schuldig: Was soll mit den Jugendlichen geschehen, die eine Ausbildung und eventuell zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen durchlaufen haben und immer noch keine sinnvolle Beschäftigung finden? Schließlich wird der bisherige Arbeitsmarkt auch bei günstiger Entwicklung nur einen Teil der Jugendlichen aufnehmen können (insbesondere in den ostdeutschen Krisenregionen). Immer neue kurzzeitig angelegte Programme für den gleichen Personenkreis

dürften da kaum ausreichen. Erfolgversprechend wäre hingegen eine Verknüpfung von Qualifizierungsmaßnahmen mit Maßnahmen zur Etablierung eines dauerhaft angelegten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, in dessen Rahmen soziale Dienstleistungen öffentlich subventioniert und damit größeren Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden können (vgl. dazu Brüggem/Klein/Westphal in spw 104). Auch wenn zur breiten Erschließung eines solchen „Dritten Sektors“ natürlich Mittel und Instrumente erforderlich sind, die weit über die Ressourcen eines Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit hinausgehen – die Bundesregierung sollte den Mut aufbringen, Ende des Jahres ein Nachfolgeprogramm aufzulegen, das Pionierfunktion bei der Durchsetzung eines solchen Sektors hat.

Die Bundesregierung sollte den Mut aufbringen, Ende des Jahres ein Nachfolgeprogramm aufzulegen, das Pionierfunktion bei der Durchsetzung eines „Dritten Sektors“ hat.

spw

Juso - Linken - Forum

Neue Realitäten des Kapitalismus und Herausforderungen für die Linke

20. / 21. Februar 1999 Hannover Naturfreundehaus Hermann-Bahlsen-Allee 8

Samstag

13.00 Einführung

13.30 Strukturbrüche des Kapitalismus und Herausforderungen für die Linke

Hans-Peter Krebs (Universität Frankfurt)

15.30 Klassen- und Geschlechterlandschaft 2000 – Wer oder was ist die „Neue Mitte“?

Prof. Dr. Michael Vester (Sozialwissenschaftler an der Universität Hannover)

19.00 Hat der „Dritte Weg“ eine linke Spur? –

Perspektiven demokratischen, feministischen und solidarischen Wirtschaftens

„Aufschläge“: *Thomas Westphal (Vorsitzender spw-Arbeitsausschuß),
Barbara König (Mitglied der spw-Redaktion)*

Sonntag

10.00 Umbaufelder eines modernen Sozialismus

Arbeitsgruppen: 1. Demokratisches Wirtschaften

2. Arbeit und Leben der Zukunft

3. Neue Internationale Solidarität

4. Moderner Staat

12.30 Schluß

Weitere Informationen und Anmeldungen bei: Bettina Kohlrausch, Kaiserstr. 135, 53113 Bonn, Tel. : 0228 - 221520, oder per E-Mail: bkohlrausc@aol.com

Einstieg in den Ausbau des Niedriglohnsektors?

Neuregelung der 630 DM-Beschäftigungsverhältnisse

von Gisela Breil*

Wortreich verteidigen Politiker und Politikerinnen die Neuregelungen zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen:

Die ökonomischen Anreize für Arbeitgeber, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse einzurichten oder reguläre Teilzeit- oder Vollzeit Arbeitsplätze umzuwandeln, seien mit dieser neuen Regelung nicht mehr gegeben, Wettbewerbsverzerrungen in Zukunft vermieden. Ab der ersten Mark müssten nämlich Arbeitgeber anstelle der 20%igen Pauschalsteuer (die manche von ihnen abgewälzt haben) Beiträge an die Renten- und Krankenversicherung bezahlen in Höhe von insgesamt 22% (12% an die Rentenversicherung, 10% an die Krankenversicherung). Dadurch, dass diese Beschäftigungsverhältnisse auch für die Beschäftigten selbst steuerfrei blieben, entstünden den geringfügig Beschäftigten nun keine finanziellen Mehraufwendungen. Aus den von den Arbeitgebern bezahlten Sozialversicherungsbeiträgen leiten sich zwar für die Beschäftigten selbst keine Ansprüche ab, sie können aber, wenn sie wollen, ihre Rentenanwartschaften ausbauen bzw. dafür sorgen, dass keine Versicherungslücken entstehen, indem sie mit einem freiwilligen Rentenversicherungsbeitrag in Höhe von 7,5% Mitglied in der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben oder werden.

Wir können also zufrieden sein: Die Flucht der Arbeitgeber aus den Sozialsystemen ist gestoppt, den Wettbewerbsverzerrungen ist ein Riegel vorgeschoben und die Beschäftigten selbst können sich freiwillig mit

einem geringeren Beitrag als andere Rentenanwartschaften aufbauen.

Können wir wirklich zufrieden sein? Mitnichten!

Sozialpolitische Nachteile

Diese Neuregelung hat jede Menge Haken, von denen manche erst auf den zweiten Blick erkennbar sind:

- Die Gewerkschaftsfrauen wollten als vorrangiges Ziel die Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in die Systeme der sozialen Sicherung mit allen Rechten und Pflichten, also eine arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung ab einer bestimmten Bagatellgrenze. Dieses Ziel ist mit der formulierten Neuregelung in weite Ferne gerückt. Im Grunde hat sich für die geringfügig Beschäftigten selbst nichts verändert, außer, dass sie sich über einen freiwilligen Beitrag in die Rentenversicherung einkaufen können (und das auch nur teilweise, weil sie z. B. von „Sonderleistungen“, wie Reha und EU [Erwerbsunfähigkeitsrente] ausgeschlossen bleiben sollen, wie zumindest die Süddeutsche Zeitung berichtet).
- In den neuen Bundesländern wird die Situation sogar verschärft, weil die „Bagatellgrenze“ (die alles andere als bagatell ist) von 520 auf 630 DM angehoben wurde. Bei den niedrigeren

Verdiensten in den neuen Bundesländern ist diese Anhebung gravierend.

• Dies hat z.B. zur Folge, dass sich reguläre Teilzeitbeschäftigung, bei der der hälftige Sozialversicherungsbeitrag und auch Steuern bezahlt werden müssen, vor allem für die Frauen immer weniger lohnt. Bereits jetzt sind in den neuen Bundesländern Teilzeitarbeitsverhältnisse mit einem Bruttoentgelt von 700 DM keine Seltenheit. Nur logisch, dass Beschäftigte in solchen Arbeitsverhältnissen daran interessiert sind, ihre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln, um zumindest 630 DM Nettoentgelt zu bekommen. Die teilzeitbeschäftigte Alleinerziehende, die das Einkommen und den sozialen Schutz braucht, wird (auf Stundenbasis berechnet) ein deutlich niedrigeres Nettogehalt haben, als eine geringfügig Beschäftigte, die dieselbe Tätigkeit ausübt. Privilegierung der geringfügigen Beschäftigung bedeutet deshalb nicht nur eine Diskriminierung sozialversicherungs- und steuerpflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, sondern geht auch auf deren Kosten.

• Diese Teilzeitbeschäftigten und natürlich auch die Vollzeitbeschäftigten finanzieren mit ihren Steuern und Beiträgen das Solidarsystem, dem sich die Beschäftigten, die weniger als 630 DM verdienen, nun entziehen können

Vorschlag der Bundesregierung:

Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung

1. Arbeitsverhältnisse im Bereich der geringfügigen Beschäftigung bis 630 DM (West und Ost) bleiben steuerfrei. Die Bundesregierung prüft noch, wie eine verfassungsrechtlich einwandfreie Lösung gestaltet werden kann. Der Betrag von 630 DM wird nicht dynamisiert.
2. Für die Sozialversicherung hat der Arbeitgeber bei Beschäftigungsverhältnissen bis zu 620 DM folgende Pauschalsätze zu entrichten: 10% an die Krankenversicherung; 12% an die Rentenversicherung. Aus diesen Pauschalbeiträgen heraus entstehen keine zusätzlichen Ansprüche. Ein eigenständiges Krankenversicherungsverhältnis entsteht nicht.
3. Stockt der Arbeitnehmer den Pauschalbetrag des Arbeitgebers zur Rentenversicherung auf den vollen Beitragssatz (1999: 19,5%) auf, so erhält er im Rahmen seiner Beitragsleistung auch Leistungen der Rentenversicherung.
4. Mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden zusammengerechnet; die zuvor genannten steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen gelten nur, sofern die 630 DM insgesamt nicht überschritten werden.
5. Alle Arbeitsverhältnisse im Bereich der Geringfügigkeit müssen der Sozialversicherung gemeldet werden. Sie sind auf der Lohnsteuerkarte zu vermerken.
6. Die Regelung soll zum 1. April 1999 in Kraft treten. Die Beitragssatzabsenkung in der Rentenversicherung auf 19,5% erfolgt ebenfalls zum 1. April 1999.
7. Die dargestellte Lösung soll in einem eigenständigen Gesetzentwurf geregelt werden, der im Januar/Februar 1999 verabschiedet werden soll.

* Gisela Breil, Leiterin der Abteilung Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstand. Der Text gibt die Position der Abteilung wieder.

und gleichwohl teilweise davon profitieren.

- Diese Regelung wird auf lange Sicht die geringfügig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsverhältnissen halten, weil die Anreize, dort zu bleiben, zu groß sind. Dies wirkt eigenständigen existenzsichernden Arbeitsplätzen von Frauen diametral entgegen. Dies befördert auch auf lange Sicht das Leitbild der dazuverdienenden (Ehe)-Frau, die damit auch keine „richtige“ Arbeitnehmerin ist, obwohl sie „richtig“ arbeitet.

Arbeitsmarktpolitische Nachteile

- Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist diese Neuregelung eine Katastrophe, weil sie der Aufsplitterung in Mini-Jobs nicht entgegenwirkt, sondern sie weiter befördert. In machen Regionen werden den Frauen fast nur noch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse angeboten.

- Im Zusammenhang mit der Steuerfreiheit auf die „armen Frauen“ zu verweisen, die nun lt. Bild-Zeitung „gerettet“ sind, ist unlauter, weil die ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit dem, was sie verdienen, nicht über das sowieso steuerfreie Existenzminimum kommen.

- Die Tatsache, dass Arbeitgeber nur in die Renten- und Krankenversi-

cherung einbezahlen, nicht aber in die Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, lässt für die Zukunft nichts gutes ahnen. Dies signalisiert den Einstieg in den Ausstieg der hälftigen Finanzierung in die Systeme der sozialen Sicherung. Die Option, dass auch geringfügig Beschäftigte an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilhaben können, um sich zu qualifizieren und perspektivisch existenzsichernde Arbeitsplätze einzunehmen, ist in noch weitere Ferne gerückt.

- Erstaunlich ist die breite Zustimmung im Arbeitgeberlager. Wenn es stimmt, dass die Mehrheit der Arbeitgeber die Pauschalsteuer abgewälzt hat, kommen auf diese Arbeitgeber erhebliche Mehrkosten zu. Zu befürchten ist deshalb, dass weiterhin und vermehrt versucht wird, geringfügig Beschäftigte unter Tarif zu bezahlen und ihnen zustehende Rechte vorzuenthalten (z.B. Urlaub, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), auch wenn dies illegal ist. Dies kennen wir bereits aus der Vergangenheit.

Regelung zu Lasten von Frauen und ArbeitnehmerInnen

Fazit: Es hat sich für die Betroffenen nicht nur nichts verändert – es ist

noch schwieriger geworden, weil eine Chance vertan wurde, Deregulierung wirklich zu stoppen, geringfügig Beschäftigte arbeits- und sozialrechtlich gleichzustellen und die Solidargemeinschaft insgesamt zu stärken.

Statt dessen wird eine Richtung eingeschlagen, die sogenannten „Billig-Jobs“ salonfähig zu machen und auszubauen. Diese Regelung – so bestätigt dies der Bundesfinanzminister – „ist ein Einstieg in den Ausbau des Niedriglohnssektors“.

Das aber würde eine weitere Spaltung der Gesellschaft bedeuten und auch eine Schwächung der Gewerkschaften. Völlig offenkundig ist, dass sich dies letztlich zulasten von Frauen auswirken wird und zulasten ihrer Möglichkeiten, ihre Existenz eigenständig abzusichern.

Bleibt nur zu hoffen und Druck zu machen, dass die neue Regierung rechtzeitig genug den Mut aufbringt, die notwendigen Korrekturen erneut auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die Gewerkschaftsfrauen jedenfalls und das bundesweite Bündnis „Mittendrin ... und trotzdem draußen – geringfügig Beschäftigte sozialversichern!“ werden nicht locker lassen.

Es wird eine Richtung eingeschlagen, die sogenannten „Billig-Jobs“ salonfähig zu machen und auszubauen. Diese Regelung – so bestätigt dies der Bundesfinanzminister – „ist ein Einstieg in den Ausbau des Niedriglohnssektors“.

spw

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- Wir trauern um unseren Mitherausgeber *Heinz Albrecht*. Er ist am 6. Januar in Berlin im Alter von 88 Jahren gestorben. Er war der einzige der gegenwärtigen HerausgeberInnen, der schon seit der Gründung der Zeitschrift 1978 diese Funktion innehatte. Auf Seite 12 bringen wir einen Nachruf. Wer die älteren Ausgaben der spw hat, sei auch noch auf den Artikel von Hans Willi Weizen, Mit aller Kraft voraus! Heinz Albrecht zum 75. Geburtstag, in spw 27 (1985), und das Interview mit Heinz Albrecht, 1946: Sofortige Vereinigung verneint, Bündnis hingegen bejaht, in spw 30 (1986), hingewiesen.

- Unser ehemaliger Mitherausgeber *Diether Dehm* ist auf dem PDS-Bun-

desparteitag am 16./17.01.99 zum stellv. Parteivorsitzenden der PDS gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg. Seine Herausgeberschaft der spw hatte er nach seinem SPD-Austritt bereits im Oktober niedergelegt.

- Die *spw-Frühjahrstagung 1999* wird am Samstag, 24.04.99, in Hannover stattfinden. Sie wird sich mit dem Themenkomplex Internationales und Friedenspolitik beschäftigen. Am Sonntag, 25.04.99, wird eine Vereins- und Gesellschaftsversammlung der spw stattfinden. Anreise ist bereits am Freitag möglich. Weitere Informationen und Anmelde-möglichkeit bei der spw-Redaktion.

- Am 16.-18.04.99 führen die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Zeit-

schriften Sozialismus und spw und Professoren/Dozenten der Gesamthochschule Kassel gemeinsam einen Kongreß „Jahrhundertbilanz Sozialdemokratie“ durch. Auf der Basis von Referaten und Einleitungsbeiträgen soll im Plenum und in 7 Arbeitsgruppen ein „Blick zurück nach vorn“ versucht werden, um für die Auseinandersetzungen heute und morgen zu lernen. Weitere Informationen bei der spw-Redaktion.

- In den nächsten Tagen werden wir den Betrag für das *Jahresabonnement 1999* abbuchen. Wir bitten darum, daß die Konten gedeckt sind und uns Änderungen der Kontoverbindung umgehend mitgeteilt werden, weil sonst Rücklastgebühren anfallen.

Die spw-Redaktion

Zwischen Feigheit vor dem Feind und mutigen Strukturreformen

Rot-grüne Steuerpolitik

von Burkhard Winsemann*

Lothropreisenungen für Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine gab es jüngst auf der Titelseite von *Cash*, einer Zeitschrift, die über Anlagefonds, meist in Verbindung mit hohen Steuervorteilen informiert. In der Tat ist der Entwurf für ein Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 für die Zunft der Geldsammler und Provisionsjäger recht erträglich ausgefallen, da er keinen rigorosen Abbau von Sonderabschreibungsmöglichkeiten vorsieht, sondern stattdessen auf das Konzept der Mindestbesteuerung setzt. Danach können auch weiterhin hohe Buchverluste gemacht werden. Diese können jedoch aufgrund einer neuen Unterscheidung zwischen aktiven und passiven Einkunftsarten nur noch begrenzt mit anderen Einkünften verrechnet werden.

Ob dieser Spagat zwischen steuerlicher Investitionsförderung und dem Ziel, Steuersparkünstlern das Handwerk zu legen, ökonomisch und fiskalisch wünschenswerte Ergebnisse zeitigen wird, muß vorerst offen bleiben. Immerhin: Ideologisch hat die zukünftige Abgrenzung von guten und bösen Einkünften einen gewissen Charme.

Positive Verteilungswirkungen

Auch verteilungspolitisch läßt sich über die rot-grüne Steuerreform durchaus Gutes berichten. Die Tarifsenkungen werden nun zwar schrittweise und vorsichtiger als vor der Wahl angekündigt vorgenommen, setzen aber an der richtigen Stelle an. In der ersten Stufe beschränken sie sich auf den unteren Einkommensbereich, und auch in den weiteren Stufen wird hier der Schwerpunkt der ta-

riflichen Entlastungen liegen. Die „neue Mitte“ hingegen sieht in diesen Tagen mit einer Mischung aus Erstauen und Entsetzen die nur geringfügig vom Vorjahr abweichende Nettzahl auf der Gehaltsabrechnung.

Auf der anderen Seite trifft es durchaus zu, daß das Gros der Gegenfinanzierung bei den Unternehmen eingesammelt werden soll(te). Insbesondere die Möglichkeiten, durch Bildung von Rückstellungen Gewinne zu verstecken, werden deutlich eingeschränkt. Ganz überwiegend trifft das keine Armen, sondern Versicherungen, die Atomwirtschaft und andere große Konzerne.

Wie ich schon in der vorigen Ausgabe diagnostiziert habe, weiß die neue Koalition noch nicht recht mit der neuen Situation umzugehen. Plötzlich steht die eigene Politik im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung und ist deshalb auch Gegenstand vieler kritischer Eingaben. Diesem Druck auch einmal standzuhalten, fällt „Anfängern“ schwer, und deshalb haben gutorganisierte Interessengruppen leichtes Spiel.

Kampagnen der Unternehmenslobbyisten

Zunächst wurde von Seiten der Wirtschaftsverbände der Eindruck erweckt, allein vom Fortbestand der geltenden Regelungen für Verlustvor- und -rückträge hinge das Überleben der deutschen Wirtschaft ab. Flugs wurden die hier geplanten Einschränkungen weitgehend wieder fallengelassen, noch bevor die Koalitionsvereinbarung in einen Gesetzentwurf gegossen wurde. Freilich hatte (vielleicht in weiser Voraussicht) die Arbeitsgruppe, die das rot-grüne Steuerreformkonzept ausgearbeitet hatte, etwas über das Ziel hinaus geschossen. So ist – seltenes Schauspiel – der Kompromiß zwar der Finanzierung der Reform abträglich, aber im Übrigen nahe am steuersystematischen Optimum.¹

Nach diesem knappen Punktsieg für die Lobbyisten stieg wie Phönix aus der Asche ein neues Thema auf: Das geplante Verbot der Teilwertabschreibung, d.h. der Möglichkeit, Wirtschaftsgüter in der Bilanz mit einem niedrigeren als dem sich nach normalen Abschreibungsregeln ergebenden Wert anzusetzen. Dies ist vor allem bei Lagerbeständen üblich, etwa wenn der Preis eines Rohstoffs fällt. Nunmehr wurde dieses Vorhaben so dargestellt, als werde es jedes einzelne Unternehmen unabwendbar

in den Ruin treiben. Denn ohne Teilwertabschreibung müßten Scheingerinne versteuert werden. Davon kann natürlich nicht die Rede sein, denn tatsächlich geht es darum zu verhindern, daß Schein- (bzw. noch nicht eingetretene) Verluste in die Bilanzen eingestellt werden.

Und siehe da: Auch diesmal hat die ausgeklügelte Schlachtordnung Erfolg gehabt: Buchhandel, Verlage und Schriftsteller als Sympathieträger voran, sodann der von Jahren des Kaufkraftschwundes gezeichnete Einzelhandel, und in beider Windschatten die Banken (die ihre notleidenden Kredite auf den Teilwert abschreiben) haben einen weitgehenden Erhalt der Teilwertabschreibung durchgesetzt. Weil es dabei im wesentlichen um einen Vorzieheffekt geht, wird es in den nächsten Jahren Mindereinnahmen in Milliardenhöhe geben.

Man darf gespannt sein, welcher Brocken als Nächster drankommt. Im Hinblick auf die Verhandlungen aus der Atomenergie drängt sich der Gedanke an Kompromisse bei den Entsorgungsrückstellungen geradezu auf. Aber auch die Versicherungswirtschaft wird kaum zurückstehen wollen, wenn alle anderen bekommen, was sie sich wünschen.

1999 wird die rot-grüne Koalition damit noch gerade so über die Runden kommen, zumal ja angesichts der verschlechterten Konjunkturlage vielfach – und auch von wohlmeinenden Kritikern – gefordert worden ist, die für 2002 avisierte Nettoentlastung um 15 Mrd. DM vorzuziehen.

Strukturreform der Unternehmenbesteuerung

Allerdings, und darauf zielt letztlich auch die massive Kritik, stehen die Punkte, die jetzt nicht umgesetzt werden, in der Debatte über die Unternehmenssteuerreform erneut auf der Tagesordnung. Dabei handelt es sich um einen steuerpolitischen Befreiungsschlag, weil endlich die Besteuerung der Unternehmen von der Besteuerung der Unternehmer entkoppelt wird. Zukünftig sollen alle bilanzierenden Unternehmen als von ihren Eigentümern unabhängiges Besteuerungsobjekt behandelt und ihr Gewinn mit einem Steuersatz von voraussichtlich 35% belastet werden. Wenn der Gewinn entnommen bzw. an die Anteilseigner ausgeschüttet wird, unterliegt er dem normalen Einkommensteuertarif.

Maßgeblich für die Unternehmenssteuer ist dann die Leistungsfähigkeit

Ob der Spagat zwischen steuerlicher Investitionsförderung und dem Ziel, Steuersparkünstlern das Handwerk zu legen, ökonomisch und fiskalisch wünschenswerte Ergebnisse zeitigen wird, muß vorerst offen bleiben.

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

des Unternehmens, maßgeblich für die Einkommensteuer ist die am gesamten Einkommen, unabhängig von seiner Herkunft, gemessene Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen. Die verfassungsrechtlich fragwürdige Tarifiermäßigung für gewerbliche Einkünfte, die 1994 eingeführt wurde, fiel somit weg. Auch könnten Einkommen- und Unternehmensteuertarif künftig unabhängig voneinander geändert werden. Es wäre höchst unerfreulich, wenn dies in erneuten Schimpfkanonaden über vermeintlich ungerechtfertigte Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage unterginge.

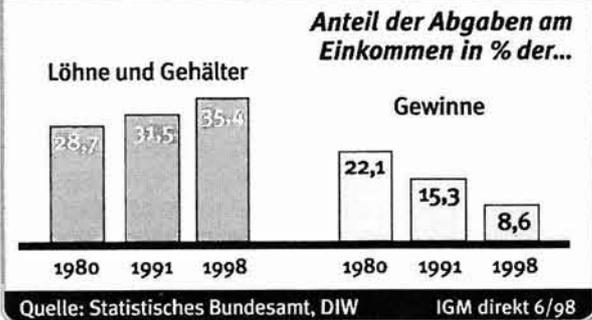
Die Gedankenskizze für eine Unternehmenssteuer, die Oskar Lafontaine um die Jahreswende vorgestellt hat, ist durchweg auf ein positives Echo gestoßen.² Lediglich vom BDI kam die unvermeidliche Warnung, daß es der Bundesregierung ja doch nur um Steuererhöhungen gehe, aber auch eine für diesen Verband ungewöhnliche Aufgeschlossenheit für das Reformkonzept.³ Und was tut man, um sich nicht Lügen strafen zu lassen? Man sorgt für ein möglichst niedriges Ausgangsniveau, so daß jede auch nur annähernd vernünftige

Einnahmeerzielungsabsicht des Staates den Charakter eines Steuererhöhungsplans annimmt. Der Legendenbildung über das Hochsteuerland Deutschland tut derlei bekanntlich keinen Abbruch.

So wird denn die Unternehmenssteuerreform entweder ein einigermaßen akzeptables Aufkommen erbringen und Rot-Grün der Denunziation als standortschädigende Steuererhöhungskoalition preisgeben. Oder aber, man läßt sich beim Steuersatz Prozentpunkt für Prozentpunkt abhandeln, um die eine oder andere Bereinigung der Bemessungsgrundlage durchzusetzen. Gerade nur vorübergehend aufkommenserhöhende Maßnahmen wie die Abschaffung der Teilwertabschreibung sind den Lobbyisten da sicher sehr willkommen: Einmalige Belastungen nimmt man für dauerhafte Tarifsenkungen immer gern in Kauf. spw

¹ Auch zukünftig können Verluste unbegrenzt vorgetragen, aber nur noch für eine Übergangszeit und nur in relativ geringem Umfang zurückgetragen werden. So entspricht es dem *common sense*, denn die aktuellen Verluste belasten das zukünftige Budget, haben aber natürlich das verfügbare Einkommen früherer Perioden nicht geschmälert. Diejenigen aller-

Abgabenbelastung: Sozial ungerecht



dings, die sich besonders für den Erhalt des Verlustausgleichs eingesetzt haben, haben mit Steuersystematik sonst nicht viel am Hut. Das sieht man beispielsweise an der immer mal wieder erhobenen Forderung, Existenzgründer von der Steuer zu befreien. Es wäre interessant, diese Forderung einmal eingehender zu erörtern – allein um zu sehen, wie ihre Urheber gleichzeitig die Steuerfreiheit möglicher Gewinne und die Vortragbarkeit möglicher Verluste in der Gründungsphase eines Unternehmens fordern.

² vgl. z.B. „Lafontaine überrascht seine Kritiker“, in: Handelsblatt v. 8.1.99

³ was damit zu tun haben könnte, daß der Vorschlag anders als das Konzept der AG Finanzen des Frankfurter Kreises von 1996 (vgl. spw 6/96, S. 49f.) die Einbeziehung der Gewerbesteuer in die Unternehmenssteuer vorsieht.

Die Punkte, die jetzt nicht umgesetzt werden, stehen in der Debatte über die Unternehmenssteuerreform erneut auf der Tagesordnung.

Das weltweit bisher größte Einführungsprogramm für photovoltaische Sonnenenergie startet am 1. Januar mit marktorientiertem Förderansatz.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1999 an wird es starten: das 100.000-Dächer- und Fassaden-Programm für Photovoltaik. Es wird das größte praktische Markteinführungsprogramm, das es bisher weltweit gegeben hat – im Haushaltsvolumen und im Anlagenvolumen. Insgesamt sollen 300 MW in sechs Jahren realisiert werden – neben anderen Anwendungen, die nicht von dieser Förderung erfaßt werden, aber deren Ausweitung damit dennoch stimuliert wird.

Es ist erstmals eine über einen längeren Zeitraum gegebene sichere Perspektive, auf die sich die Photovoltaik-Industrie mit ihren Investitionen einstellen kann. Und es ist mit einem Fördermodus konzipiert, der einen notwendigen qualitativen Wechsel von bisherigen Fördermethoden bedeutet – von dem bisherigen „Zuschußmarkt“ hin zu einem auf den allge-

meinen Kundenmarkt orientierten Finanzierungsansatz. Damit stellt das Programm auch eine neue Herausforderung dar, für die Photovoltaik-Industrie, Installateure, Kreditinstitute und Kunden. Sie alle zusammen müssen und können mitwirken, um das Programm zu einem Erfolg zu machen.

Die Bedeutung des Programms

Der Maßstab dieses Erfolgs ist, daß es

- gelingt, die Industrialisierung der Photovoltaik mit der damit verbundenen Kostendegression wesentlich zu beschleunigen,

- eine Lokomotive in zweifacher Hinsicht wird: zum einen für die Anwendung der Photovoltaik, von der Einführung in Entwicklungsländern bis zu zahlreichen, bisher nur teilweise praktizierten, integrierten Anwendungen in Stromverbrauchsgeräten oder elektrischen Inselbetrieben; zum anderen für andere Regierungen, damit diese ebenfalls endlich diese zentrale Zukunftstechnologie mit ambitionierten Programmen vorantreiben.

Das deutsche 100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm

von Hermann Scheer*

Die Photovoltaik ist die gegenwärtig teuerste und deshalb auch die – sogar bei manchen Befürwortern Erneuerbarer Energien – am meisten unterschätzte und umstrittenste So-

* Hermann Scheer MdB, Präsident der Europäischen Sonnenenergie-Vereinigung „Eurosolar“, ist Mitglied des SPD-Parteivorstands und leitet das Umweltforum der SPD. Eine wesentlich umfangreichere Fassung des folgenden Textes ist erschienen in der Zeitschrift Solarzeitalter 4/1998, wir danken für die Nachdruckgenehmigung.

Jahr	Anzahl der Anlagen	Geförderte Kapazität
1999	6.000	18 MW
2000	9.000	27 MW
2001	12.000	36 MW
2002	17.000	51 MW
2003	24.000	72 MW
2004	32.000	96 MW
Summe	100.000	300 MW

Das Programm stellt auch eine neue Herausforderung dar, für die Photovoltaik-Industrie, Installateure, Kreditinstitute und Kunden. Sie alle zusammen müssen und können mitwirken, um das Programm zu einem Erfolg zu machen.

lartechnologie. Sie ist aber gleichzeitig die vielseitigste – von radikalster Dezentralisierung in Mikro-Anwendungen bis zu Kraftwerken und in allen Weltregionen mit unterschiedlichsten Geographien und Klimazonen – und deshalb vielversprechendste. Sie kann im 21. Jahrhundert eine kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung haben, die nur mit der Informationstechnologie vergleichbar ist – neben der ökologischen Bedeutung für eine umweltfreundliche Energieversorgung. Dieser Technologie den Weg aus Nischen und Kleinproduktion zur Breitenentfaltung und Massenproduktion in einem großen Schritt ebnen zu helfen, das ist der Ansatz des 100.000-Dächer-Programms.

Der Regierungswechsel zu rot/grün setzte berechtigte Erwartungen an umfangreiche neue Solarförderungen frei. Die Aufnahme des 100.000-Dächer-Programms für Photovoltaik in die Koalitionsvereinbarung bestätigte diese Erwartungen. Die Folge war eine sofort eintretende Stornierung von Photovoltaik-Aufträgen. Es mußte also ein Fördermodell gefunden werden, das aus den negativen Erfahrungen bisherigen Förderprogramme neue Konsequenzen zieht und das sofort mit Wirkung vom 1. Januar starten kann. Die kostengerechte Vergütung war damit aktuell keine reale Option, auf die man hätte setzen können.

Kriterien für ein erfolgreiches Programm

Die Kriterien, die an ein erfolgreiches Programm angelegt werden müssen, sind folgende:

1. Das Konzept mußte unbürokratisch angelegt werden, d.h. Zuschußprogramme im üblichen Sinne mußten vermieden werden. Der für ein paar hundert Dachanlagen schon unerträglich bürokratische Aufwand, konnte schon gar nicht für 100.000 gewählt werden.
2. Eine Programmkonkurrenz zu anderen Förderprogrammen war zu vermeiden, um der Gefahr vorzubeugen, daß die Länder oder Gemeinden gegebenenfalls eigene Zuschußpro-

gramme unter Verweis auf die neue Bundesförderung einstellen. Lediglich ein Austausch von öffentlichen Kostenträgern liegt nicht im Sinne des Programms, das auf Expansion zielt.

3. Eine Vereinbarkeit mit Modellen der kostengerechten Vergütung mußte gewährleistet sein, um diesen damit indirekt einen Auftrieb zu geben.

4. Das Programm mußte so angelegt werden, daß eine kontinuierliche Markterweiterung eingebaut ist, um den Produzenten eine zuverlässige Perspektive zu geben, damit diese in Produktionstechniken investieren.

5. Gleichzeitig sollte das Konzept flexibel angelegt sein, um zu starre Festlegungen auf absolute Installationszahlen pro Jahr zu vermeiden. Deshalb sollte auch zusätzlich mit Zielgrößen der damit angestrebten und geförderten Kapazitäten gearbeitet werden.

6. Das Programm soll Wettbewerb unter den PV-Produzenten stimulieren, damit die Preise möglichst schnell sinken.

7. Die aktuelle Haushaltsbürde dürfte nicht so groß werden, d.h. ein Finanzierungskonzept mußte gefunden werden, das – ohne das Programmziel zu reduzieren – eine große Mittelbeanspruchung im ersten Jahr vermeidet.

8. Es mußte am 1. Januar starten können, um den Marktentismus so schnell wie möglich aufzuheben. Da aber die neue Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushalts der alten Regierung für 1999 nicht übernehmen konnte, bedeutet das, daß aus haushaltsrechtlichen Gründen ein Programmstart erst ab 1. Juli 1999 möglich gewesen wäre – also nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts im Mai bzw. Juni 1999.

Das Konzept des Sechs-Jahres-Programms

Die Berücksichtigung aller dieser Kriterien mündete in das Konzept eines Sechs-Jahres-Programms (s. Tabelle):

Zur unbürokratischen Abwicklung wurde die Durchführung über eine Bank gewählt. Die Förderung besteht zum einen aus einem zinsfreien Darlehen, wobei in den ersten beiden Jahren

keine Rückzahlung verlangt wird, so daß sich die Rückzahlung auf 8 Jahresrate erstreckt, und zum anderen aus einem Erlaß der letzten Rückzahlungsrate von 12,5 %. Die Programmentwicklung erfolgt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (die Entscheidung fiel zwischen diesem Bankinstitut und der Deutschen Ausgleichsbank), die innerhalb von fünf Tagen die Kreditzusage macht. Damit wird das Programm rundum unbürokratisch gehandhabt. Kumulationen, also Aufstockungen mit anderen Fördermodellen auf Länder- und Kommunalebene sind möglich – auch die Integration der Förderung in Modelle kostengerechter Vergütung, sofern diese nicht über 100 % der Finanzierungskosten gehen.

Die durchführende Bundesbank übernimmt die Haftung, so daß Hausbanken keinen Grund mehr für Verzögerungen mit Kreditnehmern wegen der Haftungsfragen haben. Sie zahlt auf Wunsch auch den gesamten Subventionswert von rund 37,5 Prozent sofort aus, so daß daraus ein direkter Zuschuß wird. Vor allem aber: Sie tritt ab dem 1. Januar in Vorlage, um den Programmstart zu ermöglichen, der sonst aus haushaltsrechtlichen Gründen erst im Juli möglich gewesen wäre. Das Programm wird damit – mit errechneten Kosten von 918 Mio DM für den Bundeshaushalt – zum größten, das es bisher weltweit für die Photovoltaik gegeben hat.

Die Chancen des Programms

Das Programm ist eine große Chance. Es ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ der Schritt in eine neue Dimension der Photovoltaik. Deswegen sollte man es nicht an bisherigen Erfahrungen mit kleindimensionierten Programmen messen und auch nicht den Subventionswert bis auf Kommastellen nachrechnen. Mit kleinen Karos lassen sich große Programme weder bewerten noch nutzen. Deshalb hängt sein Erfolg auch wesentlich davon ab, daß die wirtschaftlichen Akteure der Photovoltaik diese Chance voll ergreifen und Werbe- und Finanzierungsideen auf dieser Basis entwickeln.

Im übrigen ist es nur der erste große Schritt zu neuen politischen Initiativen. Blicke das 100.000-Dächer-Programm allein für sich, würde auch sein Effekt deutlich hinter den tatsächlichen Möglichkeiten bleiben. Weitere Initiativen müssen folgen: für die anderen Träger Erneuerbarer Energien, für eine neue Energiegesetzgebung zur klaren Vorrangstellung Erneuerbarer Energien, für Exportstrategien.

spw

Besprechung zu: *Silke Raab (Hg.): Zwischen Mühsal und Selbstbestimmung. Vielfalt und Reichtum weiblicher Arbeitswelten*, Ketteler Verlag, Bornheim 1998, Schriftenreihe „Arbeit & menschenwürde“ Band 6

Eine „Collage der Arbeitswirklichkeiten von Frauen“ wollte die Sozialwissenschaftlerin Silke Raab mit ihrer 1998 erschienenen Aufsatzsammlung zeichnen. Ausgangspunkt für die Zusammenstellung der Artikel war dabei die These, daß für Frauen die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsprozeß und die Mitgestaltung desselben Grundstein für ihre Emanzipation seien. Collagenartig liest sich denn auch das Inhaltsverzeichnis: Frauen in Ostdeutschland, Frauen in der Geschichte, Frauen in Wissenschaft und Forschung, Frauen in Kirche und Religion. Bei dieser Vielfalt ist der kleinste gemeinsame Nenner aller Texte, daß Frauen arbeiten wollen, können und müssen – und zwar schon immer und überall. Eine Erkenntnis, die die erfahrene Feministin im ausgehenden 20. Jahrhundert wenig überrascht. Und doch bietet dieser Sammelband einige ungewohnte Sichtweisen auf das Thema, die – zumindest in sozialdemokratischen Kreisen – über den üblichen Diskurs über weibliche Erwerbsarbeit hinausgehen.

Ungewohnte Sichtweisen

Dabei beginnt es wenig spektakulär: Die Texte von Hansi-Christiane Merkel über die Frauenerwerbsarbeit in den neuen Bundesländern und Olga Bovkun über die Rolle der Frau in der ehemaligen Sowjetunion bringen wenig Neues: Die Frau war auch in sozialistischen Gesellschaften nicht real gleichberechtigt, weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nie überwunden wurde. Beeindruckend sind allenfalls die Berichte der Zeitzeuginnen aus der ehemaligen DDR, die die Wider-

sprüchlichkeit weiblicher Berufstätigkeit beschreiben.

Der historische Abriss von Mechthild Hartmann bietet eine guten Überblick über die Entwicklung der Frauenarbeit von der vorindustriellen Gesellschaft bis heute. Eindrucksvoll schildert Hartmann die Lebensbedingungen von Textilarbeiterinnen und Dienstbotinnen während der Jahrhundertwende und stellt die Verknüpfung von kapitalistischer Ausbeutung und patriarchal-bürgerlichem Familienideal dar, das weite Teile des Arbeitermilieus erfaßt hatte. Unzureichend ist m.E. die undifferenzierte Bewertung des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft: Sie zementiere die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, weil die Haus- und Familienarbeit weiterhin von Frauen erledigt werde. Über die Chancen der Tertiärisierung verschiedener Wirtschaftsbereiche für die Umgestaltung von Arbeitsorganisation, über neue Beschäftigungsfelder für Frauen in anspruchsvollen Dienstleistungsjobs und über neue Vereinbarungsmodelle lesen wir bei Hartmann leider nichts.

Frauenarbeit in der Kirche: Geringfügige Beschäftigung hat lange Tradition

Aufschlußreich sind die Aufsätze zum Verhältnis der beiden großen Kirchen zur weiblichen Erwerbsarbeit. Sabine Feren-schild beschreibt den Kampf der katholischen Kirche gegen die „unsittliche“ Fabrikarbeit der Frauen um die Jahrhundertwende. Am Beispiel der katholischen Arbeiterinnenvereine in Aachen zeigt die Autorin, daß die Kirche mit ihrem Ziel, selbstbewußte, ledige Fabrikarbeiterinnen zum „Lebensberuf der Hausfrau und Mutter“ zu bekehren, an der Realität scheitern mußte.

Ingeborg Wick hat das Umgehen der beiden großen Kirchen mit geringfügiger Beschäftigung von Frauen unter die Lupe genommen. Sie schildert die langjährige Tradition ungesicherter Beschäftigung

Eine kleine Geschichte der Frauenarbeit

von Barbara König*

von Frauen im Reinigungsgewerbe und den Profit, den auch die Unternehmen der evangelischen und katholischen Kirche daraus zogen. Nur langsam wenden sich die Kirchen, zuletzt in ihrem gemeinsamen Sozialwort 1997, gegen die geringfügige Beschäftigung von Frauen. Ihre Taten, wie z.B. die Einstellung sozialversicherungspflichtiger Putzfrauen bei Caritas und Diakonie, lassen jedoch noch zu wünschen übrig.

Schließlich wird den LeserInnen die Arbeit von Frauen in Wissenschaft und Forschung biographisch nähergebracht. Die Beiträge von Heike Knortz und Hella Hoppe erzählen u.a. aus dem Leben der Physikerin Lise Meitner und der Ökonomin Harriet Taylor, die gegen die gesellschaftliche Ignoranz und ihren ganz persönlichen Konflikt, Beruf und Privates zu vereinbaren, kämpften.

Ein historisches Lesebuch

Silke Raab hat ein historisches Lesebuch zur Frauenarbeit geschaffen, das die widersprüchliche Entwicklung weiblicher Erwerbsarbeit aus verschiedenen Blickwinkeln schildert. Auch wenn das Buch keine zusammenfassende Klammer oder einen wegweisenden Ausblick bietet, ist es ein fundiertes Nachschlagewerk für all diejenigen, die sich nicht nur aus wissenschaftlichem Interesse mit der Geschichte der Frauenarbeit, sondern auch politisch mit deren Zukunft beschäftigen. spw

Der Sammelband bietet einige ungewohnte Sichtweisen auf das Thema, die – zumindest in sozialdemokratischen Kreisen – über den üblichen Diskurs über weibliche Erwerbsarbeit hinausgehen.

* Barbara König, Bonn, Politikwissenschaftlerin und Jugendbildungsreferentin beim Juso-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Mitglied der spw-Redaktion

Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises – Die Linke regiert!

12. - 14. März 1999 im Willy-Brandt-Haus Berlin

Fast überall in Europa gilt: Die Linke regiert! Was das bedeutet, welche Chancen und Risiken darin liegen, soll auf der diesjährigen Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises den Schwerpunkt der Diskussion bilden.

Mit dabei sind u.a.: Bernard Pignerol (PSF - Gauche Socialiste), Prof. Dr. Michael Krätke (Universität Amsterdam), Ken Livingstone (Labour-Linker, angefragt)

Angefragt sind außerdem die Kabinettsmitglieder Edelgard Bulmahn, Herta Däubler-Gmelin, Oskar Lafontaine, Heidi Wieczorek-Zeul

Weitere Informationen und Anmeldungen beim Büro Detlev von Larcher, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228-1683659. Das Büro ist auch behilflich bei der Buchung von Übernachtungsplätzen.

Heinz Albrecht ist tot

von Andreas Wehr und
Burkhard Zimmermann*

Heinz lebt nicht mehr. Am 6. Januar ist er in seinem Kladower Haus gestorben. Seine letzten Jahre hatte dieser so agile Mensch fast vollständig erblindet ertragen müssen. Er hat uns aber nie anmerken lassen, wie sehr ihn dies wirklich belastete.

Heinz Albrecht ist sein ganzes Leben lang aktiv gewesen. Er war immer ein Kämpfer und hatte dabei nur selten die Mehrheit auf seiner Seite. Seine Erzählungen und Analysen waren spannend und konnten auch die Jungen in Bann schlagen und inspirieren. Er verkörperte die Lebendigkeit der alten und doch so jungen Arbeiterbewegung.

Schon früh wurde er mit den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik konfrontiert. Als Schüler erlebt der 1910 geborene die Besetzung seiner Schule in Berlin-Charlottenburg durch die Kapp-Putschisten. Von 1927 bis 1930 absolviert er eine kaufmännische Lehre, um dann kurz als Einkäufer zu arbeiten. Wie viele andere gehört er aber bald zu dem riesigen Heer der Arbeitslosen. Erst 1934 findet er wieder eine Anstellung.

Trotz der ungünstigen Umstände resigniert er aber nicht. In dieser schweren Zeit hat er die Kraft, sich ein umfangreiches Wissen anzueignen. Von 1927 bis 1931 besucht er Volkshochschulkurse, 1930 hört er Vorlesungen von Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Fritz Tarnow an der Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau. Es folgen Lehrgänge an der Marxistischen Arbeiterschule („Masch“). Vom Sommersemester 1931 bis zum Wintersemester 1932/33 besucht er Vorlesungen an der Deutschen Hochschule für Politik. 1934 wird er wegen „staatspolitischer Unzuverlässigkeit“ relegiert.

Angesichts dieser Interessen ist es fast zwingend, daß er sich auch bald politisch engagiert. Bereits seit 1929 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterju-

gend, der sozialdemokratischen Jugendorganisation, tritt er im Januar 1931 in die SPD ein. Als Neumitglied wird er zunächst einmal Unterkassierer. Zu seinem Kassiererbezirk gehört auch das prominente Mitglied Hermann Müller, der eine kurze Zeit Reichskanzler war. Er hat uns oft die Geschichte erzählt, wie er einmal von dem Dienstmädchen durch die große Charlottenburger Wohnung bis in das Arbeitszimmer geleitet wurde, wo Hermann Müller ihm persönlich den Parteibeitrag überreichte. So war das damals.

Doch noch im Jahr seines Beitritts verläßt Heinz Albrecht bereits wieder die SPD. Er wechselt zu der von der SPD 1931 abgespaltenen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der SAP. Wie viele aus seiner Generation – genannt werden hier nur Willy Brandt und Otto Brenner – war er tief enttäuscht über die Passivität und die parlamentarische Tolerierungspolitik der SPD angesichts der heraufziehenden braunen Gefahr. Mit den Genossinnen und Genossen der SAP geht er nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten auch in den Widerstand. Im Mai 1933 wird er verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in das KZ Oranienburg verschleppt. Auch nach seiner Freilassung bleibt er illegal tätig. Eine Anekdote aus dieser Zeit hat seine Zuhörer immer wieder begeistert und fasziniert. Es war die sogenannte „Expander-Aktion“. Abend für Abend bestieg eine Gruppe von Illegalen das Dach des Hauses gegenüber dem UFA-Palast am Bahnhof Zoo. Sobald die Massen nach den Vorstellungen herausströmten, wurde mit Hilfe eines Expanders ein Bündel Flugblätter bis zur anderen Straßenseite geschleudert, wo sie auf die Besucher herabregneten. Die Gestapo suchte wochenlang vergeblich nach den Urhebern. Erst als die Gruppe eines Abends auf dem Nachbardach verdächtige Gestalten bemerkten, ließen sie es fortan bleiben.

Den Krieg überlebte Heinz als Sanitäter an der Ostfront. Als Soldat „durfte“ ja der politisch Unzuverlässige nicht dienen.

Im August 1945 ist er wieder in Berlin. Und sofort ist er wieder politisch aktiv. Er kehrt zur SPD zurück und wendet sich gegen die angeordnete Vereinigung von SPD und KPD zur SED. In der berühmten Funktionärsversammlung der SPD im Admiralspalast ist er der erste Redner, direkt nach Otto Grotewohl und noch vor Franz Neumann. Das Schicksal eines sozialdemo-

kratischen Freundes, der in Velten als Bürgermeister von der sowjetischen Militäradministration systematisch zugunsten der KPD schikaniert wurde, motivierte ihn zu diesem Engagement.

Von 1946 bis 1954 ist er Landesparteitagsdelegierter, 1952/53 stellvertretender Kreisvorsitzender in Charlottenburg. Erst in den achtziger Jahren sollte er erneut Delegierter werden, nun für Spandau. Daß er in den Jahrzehnten dazwischen keine bedeutenden Positionen in der SPD mehr einnahm, war aber nicht Ausdruck mangelnden Engagements. Ganz im Gegenteil! Heinz Albrecht war auch in den Zeiten des Kalten Krieges aktiver Marxist geblieben, und als solcher war er in der sich nach rechts bewegenden SPD nicht mehr wohlgefallen. Zusammen mit anderen Isolierten gehörte er in dieser Zeit zu den Gründern des Marxistischen Arbeitskreises in der Berliner SPD, dessen langjähriger Vorsitzender er war.

Erst Ende der sechziger Jahre ändert sich das Klima. Zusammen mit Erwin Beck, Reinhold Walz, Ernst Froebel und Harry Ristock setzt er auf die in die Partei eintretenden Studenten, die die Jungsozialisten nach links bewegen. Heinz arbeitet vor allem mit den Marxisten unter ihnen zusammen. So wird er einer der Herausgeber der 1978 gegründeten Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft spw. Bis zu seinem Tod verfolgt er ihre Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. Als die Augen nicht mehr wollten, ließ er sich die Hefte regelmäßig von vorne bis hinten vorlesen, um sie anschließend mit dem Vorleser ausführlich zu diskutieren.

Im Zuge des Aufschwungs linker Ideen in den siebziger und achtziger Jahren arbeitet Heinz in vielen Initiativen auch außerhalb der Partei mit. Als aktiver Streiter in der Friedensbewegung bekämpft er die von der SPD/FDP-Regierung beschlossene sogenannte Nachrüstung. Seine Liebe gilt aber in diesen Jahren der Theaterarbeit mit der „Berliner Compagnie“. Als ehemaliger Schüler der Max-Reinhardt-Schule und Komparsen im Brecht-Film „Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt“ erfüllt er sich damit im Alter seinen Lebens Traum. Noch als über 80-jähriger tourte er mit der Compagnie über das Land, von Friedensini zu Friedensini. Allein in dem Stück „Die Kuba-Krise“ stand er unzählige Male auf den Brettern.

Sein Leitspruch war: „Wenn man nichts tut gegen die da oben, ist man selber schuld, wenn sie es tun.“ Nach diesem Prinzip sollten auch wir leben!

spw

Heinz Albrecht ist sein ganzes Leben lang aktiv gewesen.

Er war immer ein Kämpfer und hatte dabei nur selten die Mehrheit auf seiner Seite. Sein Leitspruch war: „Wenn man nichts tut gegen die da oben, ist man selber schuld, wenn sie es tun.“

* Andreas Wehr ist Herausgeber, Burkhard Zimmermann war in den 80er Jahren Herausgeber der spw und leitet heute den Marxistischen Arbeitskreis in der Berliner SPD.

Süddeutsche Zeitung, 8.12.98: „Wollen Sie den Jugendlichen Arbeitslosen- oder Sozialhilfe kürzen, wenn sie keinen Bock haben auf Ausbildung?“ Walter Riester: „Diese Möglichkeiten haben wir alle schon. Das wird häufig übersehen. Entscheidend ist, daß wir genügend Plätze anbieten können. Als erstes werden Herr Jagoda und ich demnächst alle nicht versorgten Auszubildenden anschreiben. Wenn jemand sagt: nein, das interessiert mich gar nicht, ich habe mich eigentlich ganz gut eingerichtet, müssen wir auch die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten anwenden.“

Was waren die schlimmsten Sauerreien der alten Kohl-Regierung? Nun, jedenfalls nicht die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Verschlechterung des Kündigungsschutzes – so übel dies auch war. Nein, die tiefgreifendsten „Reformen“ im Arbeits- und Sozialrecht waren die Veränderung des alten § 116 Arbeitsförderungs-gesetz, der die Streikfähigkeit der Gewerkschaften empfindlich traf, und die Verschlechterung der Lage für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bei der Zumutbarkeit der Arbeitsaufnahme, der Schaffung von Quasi-Arbeitsdiensten für Stützeabhängige und weitreichenden, dem Benehmen der Sachbearbeiter überlassenen Drangsalierungsoptionen.

Unzumutbarkeiten

Wir erinnern uns: Nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit gilt keine Qualifikation, kein Lebensalter, keine Wahlfreiheit, keine soziale Sicherheit mehr. Wer dann irgendeinen angebotenen Job nicht akzeptiert (der lediglich nicht „erheblich weniger“ Verdienst bringen darf als die Arbeitslosengeld), bekommt eine Sperrzeit von 3-6 Monaten verpaßt. Oder: Aktuell dürften über 100.000 Menschen im Arbeitsdienst stecken. Der Zwang zu „gemeinnütziger Arbeit“, der im Sozialrecht (BSHG) immer schon angelegt war, wird nunmehr massenhaft praktiziert und notfalls mit rigidem Zwang durchgesetzt, der Drohung mit Kürzung der Sozialhilfe.

Während Punkt 9 von Schröders Wahlkampf-Garantiekärtchen versprach (und einhielt) „Kohls Fehler korrigieren bei Renten, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“, wird man auf die Korrektur der Maßnahmen zur „Bekämpfung der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger“ (so hatten SozialdemokratInnen einst die entsprechenden

Neugestaltungen im Sozialgesetzbuch bezeichnet) vergeblich warten.

Weder in der Koalitionsvereinbarung noch in den aktuellen Planungen im Arbeitsbereich Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion finden sich Vorhaben, die sich explizit für die Wiederherstellung der früher geltenden, keineswegs komfortablen Rechtspositionen für sozial Schwache engagieren. Im Projektierungstext des Arbeitsministeriums zu einem geplanten Vorschaltgesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB III) gibt es einen einzigen Punkt, wo man vermuten könnte, es ginge vor allem um die Rechtspositionen der Betroffenen, aber da heißt es dann unter „Wegfall der Verpflichtung der persönlichen Arbeitslosmeldung alle 3 Monate“: „Die mit dem SGB III eingeführte Verpflichtung von Arbeitslosen, ihre persönliche Meldung im Abstand von drei Monaten zu erneuern, hat in der Praxis zu erheblichem Verwaltungsaufwand in den Arbeitsämtern geführt. Zur Bekämpfung des Leistungsmißbrauchs stehen den Arbeitsämtern effektivere Instrumente zur Verfügung.“ Kein Wort zur demütigenden Schikane, die damit beseitigt würde.

Zwang als Legitimationszwang

Es herrscht mittlerweile ein Klima in der öffentlichen Meinung, das es keinem Politiker (schon gar nicht einem Sozialdemokraten) mehr zu gestatten scheint, von sozialen Verbesserungen zu sprechen, ohne verbal gleich die Keule mitzuschwingen. Kein Beispiel illustriert dies besser als das (positive) Programm zur Schaffung von Lehrstellen, Schulabschlüssen und Arbeitsplätzen für 100.000 Jugendliche. Wenn immer von dieser „Wohltat“ geredet wird, kommt man ohne Umschweife zum Thema Zwangsmaßnahmen, mit denen Faule oder Betrüger behandelt werden müßten.

Man kann den meisten SPD-SozialpolitikerInnen getrost unterstellen, daß sie keine VerfechterInnen von sozialer Kälte und feudalem Umgang mit Sozialklienten sind, aber sie unterliegen längst dem PR-Zwang, alle Maßnahmen mit Hinweisen auf Repressionsmöglichkeiten zu legitimieren. Sie kommen damit verbreiteten und mobilisierten Ressentiments entgegen, die es in der Bevölkerung und in den eigenen Reihen gibt.

Nun befindet man sich in einer Falle. Unfähig geworden, zwischen der Bekämpfung von Mißbrauch, dem dosierten Druck zur Begleitung der helfenden „Aktivierung“ von Klienten und

Zuckerbrot und Peitsche

von Frank Wilhelmy*

der Schikane oder Drangsalierung noch wirksam zu unterscheiden, werden in Zukunft immer mehr Repressionsmaßnahmen immer unterschiedsloser angewendet werden. Immer wirkungsloser werden sie gleichzeitig sein, da ja die ökonomischen und arbeitsförderrechtlichen Voraussetzungen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Armut bisher bei weitem nicht in Sicht sind.

Repressive Solidarität

Zum Schluß ein Beispiel für die Falle der, Marcuse hätte gesagt: „repressiven Solidarität“: Bei den Beratungen des Sofortprogrammes für 100.000 Jugendliche wurde intern immer wieder versprochen, daß auf Zwangsmaßnahmen verzichtet werden soll. Nun wirbt Riester bereits mit denselben (s.o.). In den Sofortprogramm-Richtlinien, die an den Fraktions- und Parlamentsgremien vorbei vom Arbeits- und vom Bildungsministerium vereinbart und nun öffentlich wurden, findet sich verschämt am Ende der Artikel 17, Kürzung der Sozialhilfe: „Bei Jugendlichen, die Sozialhilfe beziehen, hat das Arbeitsamt im Falle der unbegründeten Verweigerung der Teilnahme oder des unbegründeten Abbruchs von Maßnahmen ... den Träger der Sozialhilfe zu unterrichten. Dieser prüft, ob der Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß §25 BSHG zu kürzen ist.“

Offensichtlich ist das keine neue Repressalie, sondern eine bewährte alte. Über die Meldepflicht freuen sich die kommunalen Sozialämter. Ihnen geht es darum, ihre Kosten für Sozialhilfe zu reduzieren und sie werden jede Chance nutzen. Und jetzt kommt die Klappe der Falle: Wer nun moniert, das ganze sei ja ungerecht, da ja nur die sozialhilfeabhängigen Jugendlichen bestraft werden könnten, welche Antwort wird der wohl bekommen? Ganz einfach: „Gerechter wäre doch, wenn man allen etwas kürzen könnte!“

spw

Es herrscht mittlerweile ein Klima in der öffentlichen Meinung, das es keinem Politiker (schon gar nicht einem Sozialdemokraten) mehr zu gestatten scheint, von sozialen Verbesserungen zu sprechen, ohne die Keule verbal gleich mitzuschwingen

* Dr. Frank Wilhelmy, Politikwissenschaftler, Bonn, Mitglied der spw-Redaktion

Ohne gesellschaftliche Mobilisierung wenig Chancen

Zur Neuauflage des Bündnis für Arbeit

von Michael Schlecht*

Mit den im Dezember 1998 begonnenen Gesprächen im Rahmen des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ soll das wichtigste Ziel der Bundesregierung, nämlich der Abbau der Arbeitslosigkeit, verfolgt werden. Die Zusammenarbeit soll durch die „Wiederentdeckung des Wertes von Konsens und Kooperation“ (Hombach, S. 63)¹ erfolgen. In dieser Anlage des Bündnisses für Arbeit steckt viel Illusionäres.

Man muß bezweifeln, ob sich in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung Arbeitslosigkeit durch Konsens abbauen läßt. Letztlich stehen sehr unterschiedliche ökonomische Interessen hinter den sozialen Gruppen. Und außerdem: Dieses soziale Problem ist selbst Resultat einer bestimmten Zuspitzung von inneren ökonomischen Widersprüchen, die letztlich nur durch sehr weitreichende Eingriffe in die Produktionsstrukturen beseitigt werden können.

Es kann doch wohl nicht davon ausgegangen werden, daß die Arbeitgeberverbände ein vorrangiges Interesse an der Verringerung der Arbeitslosigkeit haben. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus: Massenarbeitslosigkeit und die Angst um den Arbeitsplatz schwächt die Gewerkschaften und diszipliniert die Beschäftigten auf wundersame Weise. Die Interessen der Arbeitgeber sind auf die Steigerung ihrer Profite ausgerichtet und die Sicherung von Mindestkapitalrenditen, die in der Größenordnung von 12 bis 15 Prozent festgesetzt werden. Folglich singen die Arbeitgebervertreter nach wie vor das hohe Lied neoliberaler Politik und damit der Verbes-

serung der Angebotsbedingungen. Für die Unternehmensvertreter stehen Kostenentlastungen und Verbesserungen der sonstigen Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns im Vordergrund. Hierzu gehört insbesondere eine Steuerentlastung für Unternehmen. Bereits im ersten Bündnisgespräch im Dezember 1998 ist ihnen hierzu zugesagt worden, daß angestrebt wird, die Absenkung der Unternehmenssteuer auf den 1.1.2000 vorzuziehen. Von entscheidender Bedeutung ist für die Unternehmensvertreter darüber hinaus die Lohnkostenbegrenzung. Aus ihrer Sicht muß es im Bündnis für Arbeit auch Absprachen über Tarifierhöhungen geben. Im Kern geht es ihnen darum, von den Gewerkschaften die Anerkennung zu erreichen, daß die Anzahl der Beschäftigten eine abhängige Variable der Lohnentwicklung ist.

Für die Gewerkschaften wird aber insbesondere die mehrheitliche Position der Bundesregierung zum Problem und zur Gefahr. Insbesondere der Kanzler und sein Berater Hombach schlagen sich in wichtigen Fragen auf die Seite neokonservativer Positionen. Bemerkenswert ist alleine schon die Namensweiterung des Bündnisses, nämlich um den Begriff der „Wettbewerbsfähigkeit“. Damit ist es jetzt auch offiziell erklärtes Ziel, daß das Bündnis auch der bundesrepublikanischen Standortlogik dienen soll.

Wie dies konkret aus Sicht von Schröder/Hombach aussehen soll, läßt sich anhand des Buchs „Aufbruch“ von Bodo Hombach grob skizzieren. Vorbild und Anregung für die eigenen Ideen sind das niederländische Polder-Modell und die Erfolge der US-amerikanischen Beschäftigungspolitik. Dabei werden keineswegs die dortigen konkreten Maßnahmen einfach kopiert, sondern in kritischer Verarbeitung für ein eigenes Konzept verarbeitet. Dies sieht im wesentlichen folgendermaßen aus:

Moderate Lohnpolitik?

Man muß davon ausgehen, daß Schröder/Hombach alles versuchen werden, um die Gewerkschaften auf Absprachen über eine moderate Lohnpolitik festzulegen. Seit dem Abkommen von Wassenaar 1982 gibt es in den Niederlanden eine Politik der Lohnzurückhaltung „als Folge eines Lernprozesses bei den Gewerkschaften. ... Zwischen 1982 und 1995 betrug der jährliche nominale Lohnzu-

wachs nur 2,6 Prozent und lag damit nur wenig über der Inflation. Tatsächlich hat eine gemäßigte Lohnentwicklung ... eine wichtige Rolle gespielt.“ (Hombach, S. 136f)

Der Kanzler hat mittlerweile ausdrücklich erklärt, daß die Frage der Tarifpolitik Bestandteil der Bündnisgespräche sein müsse. „Schröder ... hat betont, daß bei den Gesprächen über ein Bündnis für Arbeit auch über die Tarifpolitik geredet werden solle.“ (Handelsblatt 5.1.99, S. 4) Wie er sich dies vorstellt, findet sich im Konvergenzbericht der Bundesregierung für die europäische Union am 6. Januar 1999. Darin wird davon ausgegangen, daß die Lohnpolitik 1999 auf einem „moderaten Kurs bleibt“. Für die Effektivlöhne wird nur mit einem leicht stärkeren Anstieg als 1998 gerechnet. Dies würde bedeuten, daß die Lohnzuwächse nach Einschätzung der Regierung geringer als Produktivitäts- und Preissteigerung bleiben würden. Das Handelsblatt kommentiert: „In Zahlen umgesetzt hieße das Tarifabschlüsse von kaum mehr als 2,5%“. (Handelsblatt 7.1.99, S. 2) Ob Lafontaine weiterhin den Gewerkschaften Ratschläge für eine Lohnpolitik geben darf, die mindestens auf Steigerungen in Höhe von Produktivität und Inflationsrate abzielen?

Die Lohnzurückhaltung der niederländischen Gewerkschaften war neben der Arbeitsumverteilung insbesondere mittels Ausweitung der Teilzeitarbeit ein wichtiger Faktor zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und beschäftigungsmäßigen Entwicklung. Während in der Bundesrepublik im Verarbeitenden Gewerbe von 1986 bis 1995 die Beschäftigung um rund 15% zurückging, war in den Niederlanden faktisch eine Stagnation zu verzeichnen. Dies war aber nur möglich durch eine Strategie der realen Abwertung gegenüber der DM und anderen EU-Währungen. „Daß mehr produziert wird, als im eigenen Land abgesetzt werden kann, war der Kern der niederländischen Strategie. Sie ging zu Lasten der Handelspartner, allen voran Deutschlands, Belgiens und Frankreichs. ... (Dies) ist aber für ein großes Land auf Dauer nicht möglich. Denn die stimulierenden Impulse aus den Marktanteilsgegewinnen werden von der Abschwächung der Konjunktur bei den Handelspartnern ausgeglichen.“ (Köppen, Margit: Das „Modell Niederlande“, in: Sozialismus 11/98, S. 55)

Deshalb kann die Entwicklung in den Niederlanden kein Vorbild sein. In

Klar ist in jedem Fall, daß der Kardinalfehler bislang darin besteht, daß von gewerkschaftlicher Seite nichts unternommen wurde, um für die eigenen Ziele im Rahmen des Bündnis für Arbeit zu mobilisieren.

* Gewerkschaftssekretär bei der IG Medien – Hauptvorstand – Stuttgart

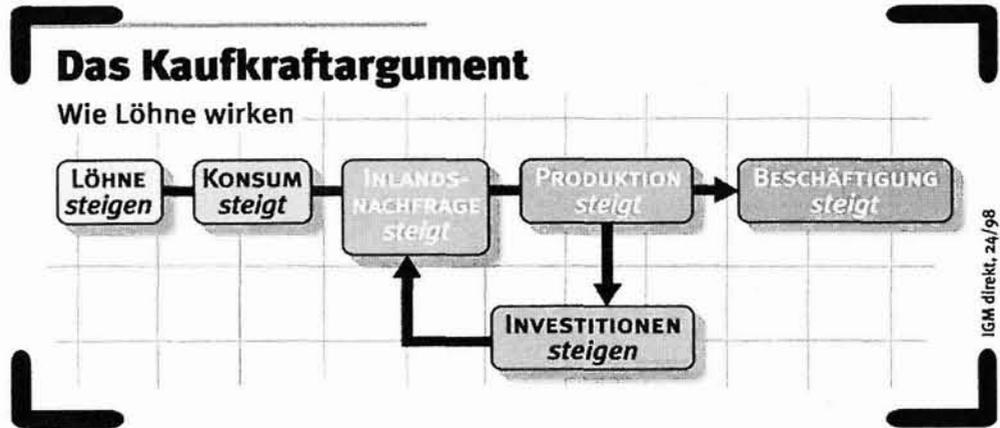
der gegenwärtigen Situation, in der die Konjunktur aufgrund der Abschächung der Exporte bereits wieder wegzurutschen droht, kommt es für die bundesrepublikanische Entwicklung darauf an, durch kräftige Lohnsteigerungen die binnenwirtschaftliche Nachfrage deutlich zu verbessern. Insofern behalten die Ratschläge von Lafontaine und Flassbeck weiterhin ihre Gültigkeit. Für die Tarifpolitik wird es entscheidend darauf ankommen, daß in der Lohnrunde dieses Winters/ Fröhjahres die Gewerkschaften frei von irgendwelcher Bevormundung konsequent für ihre Lohnforderungen kämpfen. Wenn nötig auch mit dem Mittel des Arbeitskampfes. Harmoniebedürfnisse in der Bündnisrunde in Bonn dürfen dies nicht behindern.

Deregulierung und Flexibilisierung oder Umverteilung der Arbeit?

„Die SPD will die konzeptionslosen Einschnitte beim Kündigungsschutz zurücknehmen. An ihre Stelle muß aber ein wohlüberlegtes Konzept treten, wie man beispielsweise befristete Arbeitsverträge oder auch die Arbeitnehmerüberlassung gezielter und planvoller als Einstiegshilfe für Arbeitslose nutzen kann.“ (Hombach, S. 150) In den Niederlanden hat die Leiharbeit erheblich zugenommen. „Resentiments gegen diese Form der Arbeit, die bei uns langsam abgebaut werden, spielen bei unseren Nachbarn keine Rolle.“ (Hombach, S. 140) Der Kanzler wird – wie bereits im Wahlprogramm angekündigt – für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeitgestaltung eintreten.

Von Schröder wird darüber hinaus mittlerweile klar formuliert, daß er von gesetzlicher Flankierung der Arbeitszeitverkürzung und vor allem von einem Verbot oder auch nur einer Begrenzung der Überstunden nichts hält. „Vereinbarungen über Arbeitszeiten und speziell zum Überstunden-Abbau (sollen) auch künftig nur von den Tarifparteien ausgehandelt werden. ... Mehr Flexibilisierung der Arbeitszeiten sei nötig, und Überstunden müßten reduziert werden. ‚Staatlichen Zwang‘ werde es aber nicht geben. Finanzminister Oskar Lafontaine (SPD) hatte der Wirtschaft mit gesetzlicher Begrenzung von Überstunden gedroht.“ (Frankfurter Rundschau 9.12.98, S. 1)

Der wichtigste Beitrag eines Bündnisses für Arbeit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit könnte aus gewerk-



schaftlicher Sicht hingegen in der Arbeitsumverteilung bzw. in der Arbeitszeitverkürzung liegen. Gelänge es, die gesetzliche Höchstarbeitszeit, die heute noch eine 60-Stunden-Woche erlaubt, auf 40 Stunden zu begrenzen, so wäre hiermit ein erheblicher Beitrag zur Beschäftigungssicherung und -schaffung möglich. Die im Arbeitszeitgesetz festgelegte wöchentliche Höchstarbeitszeit hebt auf die effektiven wöchentlichen Arbeitsstunden ab und beinhaltet damit auch die Überstunden. Wenn dieses Ziel nicht erreichbar ist, müßte in jedem Fall versucht werden, die Überstunden generell zu verringern und einen zwingenden Freizeitausgleich für nicht vermeidbare Überstunden vorzusehen.

Jüngst hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) darauf hingewiesen, daß „bis zu 400 000 neue Stellen durch den Abbau von Überstunden“ (Handelsblatt 5.1.99, S. 5) möglich sind. Rein rechnerisch entsprach das Volumen von 1,8 Mrd. Überstunden sogar 1,2 Millionen Vollzeitjobs.

Eine weitere Maßnahme zur Arbeitszeitverkürzung müßte die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Teilzeitarbeit sein. Dies würde insbesondere bedeuten, daß Teilzeitarbeit von der ersten Stunde an sozialversicherungspflichtig wird und ein entsprechender Leistungsanspruch damit verbunden ist.

Tarifrente?

Zur Arbeitsumverteilung gehört auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis. Dies kann einerseits Verbesserungen bei der Altersteilzeit bedeuten, zum anderen auch die Schaffung von Möglichkeiten, ohne Rentenabschlag vorzeitig mit 60 Jahren in die Rente eintreten zu können. Durch die Verlängerung der Le-

bensarbeitszeit bis 65 Jahre besteht die Gefahr, daß alle durch Arbeitszeitverkürzung in den letzten 15 Jahren bewirkten Beschäftigungseffekte wieder mehr als zunichte gemacht werden.

Notwendig ist die Verbesserung der Möglichkeit, auch vor dem 65sten Lebensjahr ohne finanzielle Nachteile in Rente gehen zu können. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei allerdings, daß dies im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung auf Basis des Generationenvertrages erfolgen muß. Die SPD Bundestagsfraktion hat hierzu bereits 1996 einen Gesetzentwurf² vorgelegt, die dies ohne zusätzliche Belastung der Rentenkasse ermöglicht. Vorgesehen sind insbesondere finanzielle Beiträge der Arbeitgeber, die häufig ein Interesse haben, sich älterer, leistungsgeminderter Arbeitnehmer/innen zu entledigen.

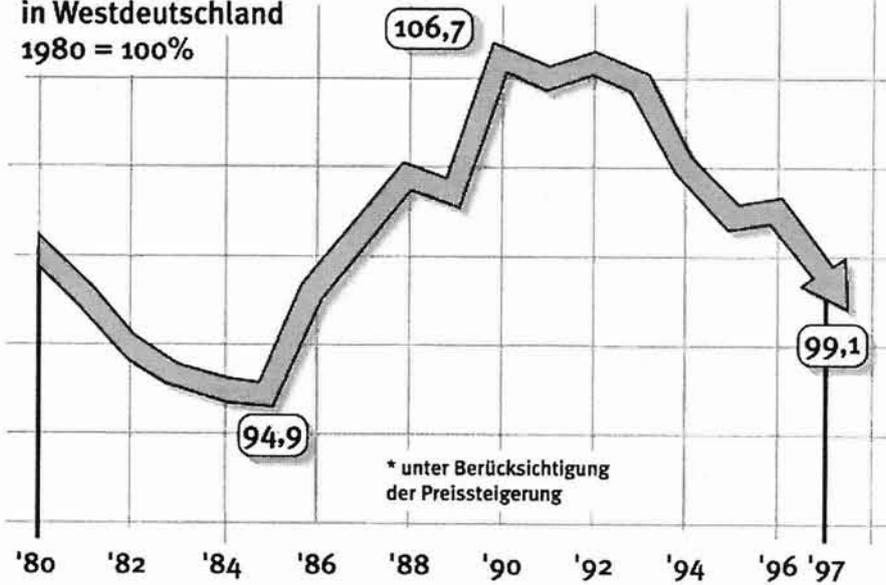
Vor dem Hintergrund der Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung wäre eine Begrenzung des vorzeitigen Renteneintritt auf besonders belastete Arbeitnehmergruppen, wie zum Beispiel Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter denkbar. Seit vielen Jahren existieren hierzu Vorschläge. Diese sehen vor, daß die Arbeitgeber, die Schichtarbeiter beschäftigen, pro Jahr zwei Monatsbeiträge zur Rentenversicherung gesondert abführen, damit mit diesem zusätzlichen Beitragsaufkommen der vorzeitige Renteneintritt von Schichtarbeitern/innen ermöglicht werden kann.

Die vorgeschlagenen Modelle einer Tarifrente sind dagegen abzulehnen. Die Einführung von Tariffonds zur zusätzlichen Rentenfinanzierung birgt eine Reihe von Gefahren in sich. Es würde ein Beitrag zur Privatisierung des Rentensystems geleistet, wie er von konservativer Seite seit langem gefordert wird. Durch mehrjährigen

Der wichtigste Beitrag eines Bündnisses für Arbeit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit könnte aus gewerkschaftlicher Sicht hingegen in der Arbeitsumverteilung bzw. in der Arbeitszeitverkürzung liegen.

Löhne: Seit 1991 geht es bergab

Entwicklung der realen* Nettolöhne und -gehälter
in Westdeutschland
1980 = 100%



IGM direkt, 20/98

Verzicht auf jeweils einen Prozentpunkt der Lohnsteigerungen sollen die Beschäftigten die zusätzliche Rentenleistung alleine aufbringen, und dies nach vielen Jahren des Reallohnverlustes. Zudem würde sich dadurch mit den Reallöhnen auch die daran gekoppelte Höhe der Renten in einem Umfang schwächer entwickeln, die etwa der Senkung des Renteniveaus durch den von der SPD als unakzeptabel abgelehnten Blüm'schen demografischen Faktor entspräche.³ Außerdem würde die Orientierung auf eine Tarifrente weitere Schritte allgemeiner tariflicher Arbeitszeitverkürzung blockieren.

Niedriglohnsektor?

Hombach propagiert die Ausweitung eines Niedriglohnsektors. „Vieles deutet darauf hin, daß wir von den USA vor allem die höhere Flexibilität am unteren Ende des Arbeitsmarktes lernen können.“ (Hombach, S. 144) „Bei uns wird es ... um eine Senkung der Arbeitskosten vor allem am unteren Ende des Arbeitsmarktes gehen, also gewissermaßen um eine Spreizung der Arbeitskosten. ... In dieser Richtung geht der Vorschlag der SPD, die Lohnzusatzkosten im unteren Einkommensbereich zu subventionieren. Das ist der Kern der deutschen Kombilohn-Debatte.“ (Hombach, S. 148)

Vor diesem Hintergrund muß man auch die geplante gesetzliche Festschreibung der 620-DM-Arbeits-

verhältnisse sehen. Nebenbei: Über dieses Vorhaben gibt es in der Bundesregierung durchaus unterschiedliche Auffassungen. Arbeitsminister Riester hat noch Anfang November 1998 erklärt, daß die sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse „nicht nur sozialversicherungspflichtig werden, sondern auch steuerpflichtig bleiben müssen. Ein bloßer Austausch von Steuerpflicht gegen Sozialversicherungspflicht beseitigt nicht die ordnungspolitische Verzerrung“, sagte Riester dem Magazin ‚Focus‘. Als neue Versicherungsgrenze nannte er einen Betrag ‚zwischen 200 und 300 DM‘. Über 300 DM sollen nach Presseberichten die Arbeitnehmer zunächst lediglich den hälftigen Beitragssatz zur Rentenversicherung zahlen und dafür eingeschränkte Leistungen bekommen.“ (Handelsblatt, 2.11.98, S. 1)

Noch in der Opposition hatte die SPD-Bundestagsfraktion Ende 1995 einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der geringfügigen Arbeitsverhältnisse eingebracht.⁴ Jetzt in der Regierung ist der damals vorgelegte Gesetzentwurf vergessen, da man die 620-DM-Verhältnisse als Baustein für den Niedriglohnsektor benötigt.

Solange der Staat auf diese Weise im Niedriglohnbereich Arbeiten öffentlich privilegiert, die keine eigenständige Existenz und soziale Absicherung und keine berufliche Perspektive bieten, werden die Barrieren

gegen die Begründung sinnvoller, sozial geschützter und qualifizierter Teilzeitverhältnisse fortgeschrieben und verstärkt. Die Polarisierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft, vor allem zu Lasten der Frauen, würde sich fortsetzen und vertiefen. (Vgl. dazu auch den Artikel von Gisela Breil in diesem Heft, Anm. d. Red.)

Mit der Deregulierung und dem Niedriglohnsektor soll die Arbeitslosigkeit und die erheblich angestiegene Zahl von Sozialhilfeempfängern abgebaut werden, indem insbesondere letztere stärker zur Arbeit verpflichtet werden sollen. Hombach blendet komplett das Problem aus, daß die hohe Arbeitslosigkeit und die hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern in einem Mangel an Arbeitsplätzen besteht. Angeblich wollen die Leute „nicht um jeden Preis in ein System der Vollversorgung eingebunden sein. Sie wollen nicht mit Subventionen zugeschüttet und durch die staatliche Wohlfahrt entmündigt werden“. (Hombach, S. 26) Abgesehen von der inhumanen und perversen Haltung⁵, die hierbei sichtbar wird, führt das Konzept des Niedriglohnsektors letztlich zu einer allgemeinen Absenkung des Lohnniveaus, wie das US-amerikanische Beispiel zeigt. Das US-amerikanische Vorbild der „working poor“ wird damit auch von Teilen der Bundesregierung zum Programm erhoben.

Bezeichnend ist, daß selbst vom ehemaligen Arbeitsminister der ersten Clinton Regierung – Robert Reich – gewarnt wird. „Nun, da ... Staaten Westeuropas in Erwägung ziehen, sich dem amerikanischen Modell anzupassen, ist es angebracht, sich der bedrohlichen Aspekte dieses Modells bewußt zu werden. ... Zwischen 1979 und 1995 stiegen die Einkommen im oberen Fünftel der Haushalte um 26%, während die Einkommen im unteren Fünftel der Haushalte um 9% fielen.“ (Robert Reich, in: Financial Times 3.3.97) Reich weist darauf hin, daß zwischen 1950 und 1978 die Verbesserung der Einkommen zumindest prozentual parallel verlief. Die damals bestehende soziale Übereinkunft, daß es jedermann besser gehen sollte, ist seit Ende der 70er Jahre aufgekündigt und bedroht zunehmend den Zusammenhalt der US-amerikanischen Gesellschaft.

Gefahren

Faßt man die sich zur Zeit abzeichnende Gemengelage zusammen, so scheint ein Konsens im Rahmen des

Für die Tarifpolitik wird es entscheidend darauf ankommen, daß in der Lohnrunde dieses Winters/ Frühjahres die Gewerkschaften frei von irgendwelcher Bevormundung konsequent für ihre Lohnforderungen kämpfen.

Bündnisses für Arbeit, der für breite Teile der Bevölkerung tatsächlich einen Fortschritt darstellt, insbesondere einen wirklichen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bringt, kaum vorstellbar. Vielmehr zeichnet sich ab, daß die Arbeitgeber und die Regierungsseite das Projekt zu einem Standort-Bündnis machen oder machen wollen. Es besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften sich letztlich in diese Logik einbinden lassen: „Die politische Tauschformel könnte lauten: Gegen einige wohlklingende Zusagen ... sagen die Gewerkschaften lohnpolitische Zurückhaltung und ein Entgegenkommen bei der Flexibilisierung der Arbeits- und Sozialverfassung zu.“ (Horst Schmitthenner, in: Sozialismus 11/98, S. 42) Die Gefahr, daß letztlich doch Absprachen mit dem Charakter von Lohnleitlinien getätigt werden, besteht auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Sozialpakten in anderen europäischen Ländern. „In allen sozialen Pakten steht eine Vereinbarung über eine moderate Lohnentwicklung an erster Stelle. Die Bereitschaft der Gewerkschaften, niedrige Lohntarifverträge nicht nur für ein Jahr, sondern längerfristig abzuschließen, ist die zwingende Vorbedingung für weitergehende Vereinbarungen.“ (Anke Hassel, Soziale Pakte in Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/98, S. 629)

Es kommt hinzu, daß innerhalb des Gewerkschaftslagers hierzu keine einheitliche Abwehrfront besteht. Während von der IG Metall das Einbeziehen von Tarifierhöhungen in die Bündnisgespräche abgelehnt wird, ist von Seiten der IG BCE die Bereitschaft zu einer moderaten Lohnpolitik und auch einer entsprechenden Festschreibung im Rahmen der Bündnisgespräche durchaus gegeben. So ist vom Vorsitzenden Schmoltdt die Formel vom „Ende der Bescheidenheit“ jüngst zurückgewiesen worden. Die IG BCE habe in der Vergangenheit eine moderate Lohnpolitik im Interesse der Beschäftigungssicherung betrieben und werde auch in Zukunft dies weiter verfolgen. Damit haben zumindest Teile des Gewerkschaftslagers offen Partei ergriffen für die angebotspolitische Position, nach der die Beschäftigung eine abhängige Variable der Lohnentwicklung ist.

Auch wenn andere Teile der Gewerkschaften sich diesen neokonservativen Glaubenssatz nicht zu eigen gemacht haben, ist mit der auch von

Gewerkschaftsseite unterstützten Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten, insbesondere der Sozialversicherungsbeiträge, längst ein Eingehen auf neokonservative Positionen signalisiert – zumindest wenn nicht klar ist, daß es um eine reine Umfinanzierung durch höhere steuerfinanzierte Staatszuschüsse gehen soll. Die über die verschiedenen Sozialkassen vermittelten Transfer-Zahlungen bzw. Sachleistungen stellen im Grundsatz nichts anderes dar als eine weiteren kollektiven Einkommensbestandteil jenseits des individuellen Geldlohns, der den Beschäftigten unmittelbar zufließt. So sinnvoll es ja sein mag, Schritte zur Reform und Reorganisation des sozialen Systems in der Bundesrepublik durchzuführen, es bleibt der Tatbestand, daß über die Sozialkassen der kollektive Konsum der Beschäftigten abgewickelt wird. Geld- und Soziallohn gemeinsam stellt die eigentliche gesellschaftliche Lohnsumme dar. Wenn man bereit ist einen Teil davon – den „Soziallohn“ – auf dem Altar einer vermeintlichen Beschäftigungsförderung zu vermindern, ist man im Grundsatz mit einem Bein bereits im Lager der neokonservativen Systemveränderer gelandet; auch wenn man sich dessen nicht bewußt ist.

Gesellschaftliche Bewegung mobilisieren

Auch in Anbetracht aller Gefahren kann das Projekt „Bündnis für Arbeit“ nicht einfach abgelehnt werden. Entscheidend wird sein, ob die Gewerkschaften sich den skizzierten Gefahren erwehren und eigene Positionen ohne falsche Kompromisse zur Geltung bringen können. Klar ist in jedem Fall, daß der Kardinalfehler bislang darin besteht, daß von gewerkschaftlicher Seite nichts unternommen wurde, um für die eigenen Ziele im Rahmen des Bündnis für Arbeit zu mobilisieren! In dem Maße, wie es gelingt, eine gesellschaftliche Gegenbewegung zum Konzept der Arbeitgeber und der Mehrheitsfraktion in der Bundesregierung zu organisieren, werden die Gefahren begrenzt und die Chancen für wirkliche Reformschritte verbessert. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür sollte die Mobilisierung für die Lohnrunde '99 sein.

Um eine gesellschaftliche Bewegung zu unterstützen, ist die Konzentration auf wenige, möglichst handgreifliche Ziele wichtig, ebenso die Ablehnung und Klarheit in den Köp-

fen in Bezug auf soziale Forderungen der Gegenseite. Aus meiner Sicht stehen dabei folgende Punkte im Vordergrund:

1. *Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung.* Der wichtigste Beitrag im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit liegt – wie oben dargestellt – in der Arbeitsumverteilung bzw. in der Arbeitszeitverkürzung und Begrenzung der Überstunden. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für sozial abgesicherte Teilzeitarbeit verbessert werden.

2. *Wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssektor.* Zur Sicherung und vor allem zur Schaffung von neuer Beschäftigung ist eine aktive staatliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik notwendig. Hierzu gehören die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Fortbildung und Umschulung und die öffentliche Förderung von Beschäftigung. Da gerade im sozialen Bereich erhebliche Mängel bestehen, können hier durch staatliche Förderung in erheblichem Maße Wirkungen erzielt werden.

3. *Wir brauchen eine neue Steuerpolitik.* Die mit dem 1. Januar 1999 in Kraft getretene Änderung des Steuertarifs ist hierfür allerdings nur ein erster, sehr spärlicher Schritt. Wichtig ist eine weitere Senkung der Steuern für untere und mittlere Einkommen. Wenn auf die Senkung des Spitzensteuersatzes verzichtet würde, wäre auch in den weiteren Stufen der Steuerreform eine deutlichere Senkung für die unteren Einkommensgruppen möglich. Darüber hinaus muß eine konsequente Besteuerung der Vermögen wieder eingeführt werden und die sich immer stärker ausweitenden spekulativen Finanztransaktionen müssen mit einer Steuer belegt werden; zum Beispiel in Gestalt der „Tobin-Steuer“. Mit diesen zusätzlichen Mitteln könnte auch die finanzielle Ausstattung eines öffentlichen Beschäftigungssektors gesichert werden. spw

Es zeichnet sich ab, daß die Arbeitgeber und die Regierungsseite das Projekt zu einem Standortbündnis machen oder machen wollen. Es besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften sich letztlich in diese Logik einbinden lassen.

¹ Hombach, Bodo: Aufbruch – Die Politik der Neuen Mitte, Düsseldorf 1998

² Bundestagsdrucksache 13/3747

³ Ausführliches siehe hierzu: Johannes Steffen, Roßtäuscher & Swinkram, in: Sozialismus 1/99, S. 10ff.

⁴ Gesetz zur Beseitigung des Mißbrauchs der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung, Bundestagsdrucksache 13/3301 vom 11.12.95

⁵ siehe hierzu auch die Rezension von Rudolf Dreßler über das Hombach-Buch in: Focus 44/98 vom 26.10.1998

Allez, Flop?

Frankreichs Regierung wagt große Sprünge für Arbeit und Soziales

von Uwe Wiedenstried*

Wofür Jospin eintritt, ist ursozialdemokratisch: Kein blindes Götzenvertrauen in die Wirtschaft, kein Kotau vor der „unsichtbaren Hand“ des Marktes, die schon alles zum Besten richten wird, kein Nachtwächterstaat des „laissez faire“. Die demokratisch legitimierte Regierung muß handeln.

In dreizehn Ländern Europas stellen Sozialdemokraten die Regierung bzw. sind an ihr beteiligt. Alle wollen sie über Blairs „dritten Weg“ ab in die „Neue Mitte“; mal mehr, mal weniger Rücksicht auf die Opfer ihrer „Modernisierung“ nehmend. Einer will nicht mit; zumindest sagt er das: Lionel Jospin ist Premierminister der Linkskoalition aus Sozialisten (PS), Kommunisten (PCF), Grünen (Les Verts) und Bürgerbewegung (MDC), die seit Juni 1997 Frankreich regiert. Sein Credo: „*Ich sage, was ich tue. Und ich tue, was ich sage.*“ – Stimmt's?

Wofür Jospin eintritt, ist ursozialdemokratisch: Kein blindes Götzenvertrauen in die Wirtschaft, kein Kotau vor der „unsichtbaren Hand“ des Marktes, die schon alles zum Besten richten wird, kein Nachtwächterstaat des „laissez faire“. Die demokratisch legitimierte Regierung muß handeln, nicht die Krämer, nicht die Konzerne, nicht das Kapital. „*Die Regierung bestimmt und führt die Politik der Nation*“, heißt es in Jospins Regierungserklärung vom 19. Juni 1997. Frankreichs Regierung handelt, und sie handelt sich damit Protest ein – von Arbeitgebern und von Arbeitslosen.

„Jospin, bist du taub?“ – Sechs Millionen unter Tausend

Kaum eine Regierung in Europa steht unter einem derartigen Erfolgsdruck. Bringt sie keine Resultate, legen eben die Fernfahrer wochenlang den Verkehr lahm, geht eine halbe Million Schüler auf die Straße, besetzen Arbeitslose die Pariser Handelsbörse und Büros der Arbeitslosenversicherung, stürmen Nobelrestaurants und zwingen so den Premierminister, ihnen via TV Rede und Antwort zu stehen. Hier duldet niemand mehr der Politik fischersche Sophistereien und schrödersche Pirouetten. Entweder



die Regierung schafft Arbeit und soziale Gerechtigkeit – und zwar „*au plus vite!*“ – oder es gibt einen Tritt in den „*cul*“.

3,5 Millionen Arbeitslose gab es im November 1997 in Frankreich. Nach der standardisierten Arbeitslosenstatistik der EU ergibt dies eine Arbeitslosenquote von 12,5%. In Deutschland beträgt die Arbeitslosenrate nach dieser Zählweise gut 9%. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen liegt wesentlich höher. „*Fünf Millionen Menschen sind mehr oder weniger auf der Suche nach Arbeit*“, erläutert Martine Aubry, Ministerin für Beschäftigung und Solidarität, am 15. September 1997 der französischen Nationalversammlung. Nur 50% aller offiziellen Arbeitslosen beziehen Arbeitslosengeld; in Deutschland immerhin mehr als 80%. Das Arbeitslosengeld macht 70% des letzten Gehaltes aus. Tendenz: fallend. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto geringer werden die Bezüge. Nach 30 Monaten erlischt der Anspruch. Ab dann gibt es nur noch die „*Solidaritätsbeihilfe*“, die „*Allocation de solidarité spécifique*“. „*Solidaritätsbeihilfe*“ erhalten 500.000 Langzeitarbeitslose. Sie müssen mit 2.300 Francs (690 DM) im Monat über die Runden kommen. Langzeitarbeitslose stellen zur Zeit 38,9% aller Arbeitslosen, macht 1,362 Millionen Menschen. 500.000 davon erhalten „*Solidaritätsbeihilfe*“; und die anderen 862.000, wovon leben die? Von einem „*Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung*“ oder anderen „*minima sociaux*“, staatlichen Mindestleistungen, die noch unter der „*Solidaritätsbeihilfe*“ liegen. Junge Arbeitslose unter 27 haben überhaupt keinen Anspruch auf Sozialleistungen, wenn sie noch nie in ihrem Leben gearbeitet haben. Von den „*Untersiebenundzwanzig-*

jährigen“ ist jeder vierte arbeitslos. Eine Million Jugendliche betrifft das. Jeder zweite Arbeitslose (ca. 1.7 Mio. Menschen) muß von weniger als 3.000 Francs (900 DM) im Monat leben, gibt das Arbeitsministerium an.

Arbeitslosigkeit macht arm, Arbeit auch. Sechs Millionen Franzosen leben unterhalb der Armutsgrenze von 3.316 Francs (ca. 1.000 DM) im Monat, ob nun mit oder ohne Job. Der Anteil der Teilzeitstellen und prekären Beschäftigungsverhältnisse hat sich seit 1983 mehr als verdoppelt. 1983 lag er bei 8,6%, 1997 bei 17,4%. Jeder zweite Arbeitnehmer in einer solchen Stelle hat sich „*unfreiwillig*“ auf Teilzeit eingelassen.

„*Jospin, bist du taub?*“, riefen die Arbeitslosen im Winter 1997/98. Sie forderten eine einmalige „*Weihnachtsprämie*“ von 3.000 Francs für jeden Arbeitslosen. Die Regierung solle die „*minima sociaux*“ um 1.500 Francs pro Monat erhöhen und zudem auf Personen unter 25 ausdehnen. Für Erwerbslose solle es in Zukunft ein „*allgemeines Garantiegehalt*“ geben.

„*Die Regierung steht auf der Seite der Arbeitslosen, arbeitet für die Arbeitslosen*“, sagt Lionel Jospin. Deshalb macht er nur geringe Zugeständnisse und auch die wohl nur aus Gründen der Koalitionsräson: Die Grünen, MDC, die PCF sowie die kommunistische Gewerkschaft CGT solidarisierten sich mit den Forderungen der Arbeitslosen. Jospin versprach, einen Fonds in Höhe von einer Milliarde Francs für Arbeitslose in besonderen Notlagen anlegen zu lassen, sowie die „*Solidaritätsbeihilfe*“ rückwirkend und in Zukunft der Inflation anzupassen. Für Arbeitslose über 55 mit mehr als 40 Beitragsjahren solle die „*Solidaritätsbeihilfe*“ sogar deutlich um 1.500 Francs steigen. Eine Kommission wer-

* Uwe Wiedenstried, Münster, Politikwissenschaftler und Journalist, arbeitet z.Z. für den Verein „Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.“

de die „*minima sociaux*“ einer generellen Prüfung unterziehen. Langzeit-arbeitslose will er verstärkt in schon existierende Arbeitsmarktprogramme integrieren. Außerdem werde die Regierung die Arbeitslosenvereinigungen als Berater zum geplanten Gesetz gegen soziale Ausgrenzung hinzuziehen.

Zu mehr ist Jospin nicht bereit. Nicht nur, weil die Forderungen der Arbeitslosen, darauf hinauslaufen, einem Erwerbslosen soviel zugestehen wie einem Beschäftigten, der den Mindestlohn erhält. Nicht nur, weil die „*minima sociaux*“ um 1.500 Francs anzuheben, mit 70 Milliarden Francs im Haushalt zu Buche geschlagen wäre und damit die Teilnahme am Euro gefährdet hätte. Nein, Jospin will die zentralen Projekte seiner Beschäftigungspolitik nicht aufs Spiel setzen – sein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit sowie das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche.

Warten auf Godot? – Arbeit und Brot für 700.000 Jugendliche

„Die traditionelle Beschäftigungspolitik kann man heute nicht länger praktizieren. ... Ein zusehends anwachsender Teil gesellschaftlicher Bedürfnisse findet nicht von selbst einen zahlungsfähigen Markt. ... Eben hier muß staatliche Intervention ansetzen, da – wie durch dramatische Einzelschicksale millionenfach bewiesen – die natürliche Evolution des Marktes nicht alle Probleme lösen kann. ... Als erstes müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um diese neuen Tätigkeiten zu »normalen« Berufstätigkeiten zu machen, die von »normalen« Beschäftigten ausgeübt werden. Sie dürfen nicht länger als Übergangsphase zu einem echten Beruf in der Marktökonomie oder schlimmer noch als Beschäftigungstherapie und Asyl der Ausgeschlossenen angesehen werden.“

Diese Sätze stehen in einem 1996 erschienenen Buch von Philippe Séguin, dem ehemaligen Präsidenten der französischen Nationalversammlung (Zitiert nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, 1996, S. 1469). Séguin ist einer der führenden Köpfe der Konservativen. Der Titel des Buches „*En attendant l'emploi*“ („Warten auf Beschäftigung“) spielt auf Samuel Becketts Theaterstück „*En attendant Godot*“ („Warten auf Godot“) an. Wer allein auf Markt und Wachstum setzt, kann auf Arbeit warten, bis er schwarz

wird: „*Es ist bereits alles über die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gesagt worden. ... In Zukunft wird die Vernichtung von Arbeitsplätzen im marktwirtschaftlichen Sektor nicht länger auf Perioden brutaler Umstrukturierungen ... beschränkt bleiben. Heute handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozeß der Anpassung, der sich ohne Unterbrechung unter dem doppelten Zwang von technischem Fortschritt und Konkurrenz vollzieht. Er ist von einer unausweichlichen Reduzierung des Personalbestandes begleitet*“ (ebenda, S.1468).

Die sozialistische Regierung tut, was der Konservative Séguin fordert. Martine Aubry, Jospins Arbeitsministerin, will innerhalb von fünf Jahren, sage und schreibe, 700.000 Jugendliche in Arbeit und Brot bringen. 350.000 dieser Stellen sollen im öffentlichen Sektor entstehen, die 350.000 anderen in privaten Unternehmen. Die Stellen im öffentlichen Dienst sollen einen „sozial nützlichen Charakter“ tragen. Es geht z.B. um die Versorgung älterer Menschen, den Umweltschutz, um Aufsicht auf Schulhöfen, in Parkhäusern oder Supermärkten, um Hausmeister-tätigkeiten, die Betreuung von Strafgefangenen, Personal für Nachhilfeunterricht, um Information, soziale Integration, Bildung und Kultur.

Das Unterrichtsministerium hat Bedarf für 140.000 dieser Stellen angemeldet; 40.000 „*aides éducateurs*“ hat es bereits eingestellt. 150.000 Interessenten haben sich als „*aide éducateur*“ beworben. 7.000 junge Leute haben Hilfstätigkeiten bei der Polizei übernommen. Innenminister Jean-Pierre Chevènement (MDC) verspricht, ihnen später eine feste Stelle zu bieten. Der Dachverband der Wohlfahrtsvereinigungen UNIOOSS hat Projekte für 100.000 Stellen vorgelegt.

„*Es geht hier nicht darum, Jugendliche in ungesicherte Arbeitsverhältnisse zu bringen, um sie mit geringfügigen Aufgaben in der Verwaltung oder in Vereinen zu beschäftigen. ... Diese Stellen müssen zu richtigen Berufen gemacht werden, ... damit sie anerkannte Abschlüsse erlangen können*“, sagt Martine Aubry, als sie den Gesetzentwurf vorstellt.

Verantwortliche aus zehn Ministerien haben gemeinsam mit Wissenschaftlern und Fachleuten aus den Gemeinden, Regionen, den Arbeitsämtern und sozialen Gruppen 22 Berufsbilder und Qualifikations-

profile entwickelt, die den „neuen“ Bedürfnissen entsprechen. Ist der junge Arbeitslose eingestellt, durchläuft er zunächst eine Ausbildungs- und Qualifizierungsphase. Sein Vertrag läuft über fünf (!) Jahre. Sein Gehalt soll wenigstens dem gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 5.240 Francs (1.700 DM) netto entsprechen. Die Regierung hat den Mindestlohn im Sommer 1997 um 4% angehoben. Der Staat übernimmt für den gesamten Zeitraum 80% der Bruttolohnkosten, die restlichen 20% muß der Arbeitgeber tragen. Der Staat fördert also jede Stelle mit 92.000 Francs pro Jahr und zahlt zudem Projektmittel für Bildungsprogramme und Markterschließungsstudien. Für private Arbeitgeber gelten die gleichen Konditionen. Die Kosten des Programms machen insgesamt etwa 35 Milliarden Francs (ca. 10,5 Mrd. DM) aus.

Fraglich ist, ob die Arbeitgeber tatsächlich 350.000 neue Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen können und wollen. Für die 350.000 im öffentlichen Dienst steht die Regierung im Wort, für Nummer Dreihundertfünfzigtausendundeins will sie keine Garantie geben. In einem Interview, das der Fernsehsender *arte* am 12. November 1998 ausstrahlte, erklärte Lionel Jospin: „*Hier handelt es sich nicht mehr um eine direkte Verpflichtung der Regierung.*“

Skepsis ist auch bei dieser Passage aus dem Gesetzentwurf angebracht: „*Es geht hier nicht darum, ... ordentliche Beschäftigte zu ersetzen. ... Wir haben nicht vor, Jugendliche in bereits bestehenden öffentlichen Stellen unterzubringen.*“

Das Erziehungsministerium umgeht mit den 40.000 im Bildungswesen geschaffenen Stellen den für Beamte verhängten Einstellungsstopp, wie ein Bericht der Sozialkommission der Nationalversammlung klarmacht. Außerdem müssen jetzt wohl Lehramtsstudierende angesichts der billigen Konkurrenz um ihren einträglichen Nebenjob bangen. Sie haben bisher als sog. „*pions*“ die Aufsicht auf Schulhöfen geführt. Daß es sich bei den „*emplois-jeunes*“ (Jugend-Jobs) ausschließlich um neue, „richtige Berufe“ mit Ausbildung und anerkanntem Abschluß handelt, scheint zweifelhaft. – Welche besondere Qualifikation braucht ein Parkhauswächter? Oft genügt Madame Aubry schon ein neues Etikett. So werden aus herkömmlichen Abfallkontrolleuren einfach „Umweltagen-

Ist der junge Arbeitslose eingestellt, durchläuft er zunächst eine Ausbildungs- und Qualifizierungsphase. Sein Vertrag läuft über fünf (!) Jahre. Sein Gehalt soll wenigstens dem gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 5.240 Francs (1.700 DM) netto entsprechen

„Einstellungstreik!“, konterten die Bauarbeitgeber. Die Regierung ließ sich nicht beirren. Das Gesetz über die 35-Stunden-Woche ist seit dem 19. Mai 1998 in Kraft. Es setzt die Unternehmen unter Zugzwang, lockt sie mit Zuckerbrot und macht ihnen Zugeständnisse.

ten“; et voilà, wieder ein „neues“ gesellschaftliches Bedürfnis abgedeckt. In einer Pressemitteilung vom 27. August 1997 listet Madame Aubry die 22 angeblich neuen Berufe zwar auf, deren Lektüre gerät aber zum „Rätselraten mit Martine“. Was die Neueingestellten konkret tun sollen, bleibt hinter nebulösen Formulierungen und bis zur grotesken Lächerlichkeit aufgeblasenen Berufsbezeichnungen verborgen: Ein „agent accompagnateur“ ist nichts weiter als ein Beifahrer im Schulbus, der darauf zu achten hat, daß die Lümmel in der letzten Bank keinen Blödsinn machen. In der Polizeistation begrüßt zukünftig ein „agent d'accueil, d'orientation et d'aide aux victimes“ alle freiwilligen wie unfreiwilligen Besucher, denn seine Aufgabe ist es, einen qualitativen Empfang in den Kommissariaten zu gewährleisten („...il sera chargé d'assurer un accueil de qualité dans les commissariats“). Noch Fragen? – Ja. Was genau unterscheidet einen „agent de médiation“, von einem „médiateur local“ und diesen wiederum von einem „médiateur pénal“?

Bisher liegt die Regierung noch ein Drittel unter ihrem Plansoll: 1997 sollten es 30.000 neue Stellen sein, 1998 120.000 und in den beiden folgenden Jahren sollen noch jeweils 100.000 dazukommen. Im November 1998 hatte sie laut Frankfurter Rundschau (FR; 20.11.1998; S.13) 101.000 Jugendliche eingestellt, fehlten also noch 49.000 bis Silvester 1998.

Trotz alledem, noch nie hat eine französische Regierung soviel Geld für ein Beschäftigungsprogramm springen lassen – 10,5 Milliarden Mark. Jospin tut noch mehr: Anfang März 1998 präsentierte die französische Regierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, nach dem Jahr für Jahr 60.000 Jugendliche ohne Berufsausbildung eine Qualifizierung von achtzehn Monaten Dauer erhalten sollen.

„Generalstände gegen Jospin“ – Chefs boykottieren 35-Stunden-Woche

Am 5. Mai 1789 traten die Generalstände seit 1614 zum ersten und zugleich zum letzten Mal wieder zusammen. Ein folgenschweres Ereignis, nicht nur für den damaligen Regierungschef, Louis XVI., der knapp vier Jahre und eine Revolution später seinen Kopf verlor. Im Dezember 1997 traten die „Generalstände gegen die

35 Stunden“ zusammen, die E. A. Sellière, der Chef des französischen Arbeitgeberverbandes, einberufen hatte. Auf dieser Protestversammlung haben die Unternehmer einem Gesetzesvorhaben der Regierung den Kampf angesagt, das Jospin in einem Interview für France 2 am 21. November 1997 als „riskantes Abenteuer“ bezeichnete. Was treibt die Unternehmer auf die Barrikaden? Das: Die Regierung senkt die gesetzliche Wochenarbeitszeit von derzeit 39 auf 35 Stunden. Für Jospin ist laut seiner Regierungserklärung „die Verkürzung der Arbeitszeit ... sowohl ein wirtschaftlicher Fortschritt, weil er viele Arbeitsplätze schaffen wird, als auch ein sozialer Fortschritt.“

Muß er sich wegen läppischer vier Stunden in der Woche schon Sorgen um seinen Hals machen? Ja, denn die drei kleinen Worte, die Jospin zwischen „Arbeitszeit“ und „sowohl“ einfügte, erwecken die Blutrunst jedes Arbeitgebers: „bei vollem Lohnausgleich“.

„Einstellungstreik!“, konterten die Bauarbeitgeber. Die Regierung ließ sich nicht beirren. Das Gesetz über die 35-Stunden-Woche ist seit dem 19. Mai 1998 in Kraft. Es setzt die Unternehmen unter Zugzwang, lockt sie mit Zuckerbrot und macht ihnen Zugeständnisse.

Zugzwang: Für Unternehmen mit mehr als zwanzig Beschäftigten gilt ab dem 1. Januar 2000 eine gesetzliche Wochenarbeitszeit von 35 Stunden; auf Unternehmen mit bis zu zwanzig Beschäftigten trifft dies erst ab dem 1. Januar 2002 zu. Unternehmen, die bis zum 1. Januar 2000 bzw. 2002 ihre Arbeitszeit nicht verkürzt haben, müssen damit rechnen, daß jede Arbeitsstunde jenseits der 35-Stunden-Grenze fortan als Überstunde gilt, die Mehrkosten verursacht, weil Verdienstzuschläge oder vorgeschriebene Ausgleichszeiten anfallen. Wie hoch die Mehrkosten für Überstunden ausfallen, will die Regierung erst Ende 1999 in einem zweiten Gesetz festlegen. So bleibt ihr ein Druckmittel oder ein Spielraum für Zugeständnisse gegenüber den Arbeitgebern, je nach dem, ob und wie weit diese „mitmachen“. Der öffentliche Sektor ist nicht Gegenstand des Gesetzes. Die Regierung hat jedoch den Personalabbau der vergangenen Jahre gestoppt und angekündigt, auch dort die Arbeitszeit zu verkürzen.

Zuckerbrot: Jedes Unternehmen, das vor dem 1. Januar 2000 die Ar-

beitszeit um mindestens 10% kürzt und gleichzeitig die Belegschaft um 6% vergrößert bzw. einen geplanten Stellenabbau im gleichen Umfang vermeidet, bekommt fünf Jahre lang eine staatliche „Prämie“. Will heißen: Die Regierung reduziert die Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung. Damit die Arbeitgeber möglichst rasch neue Leute einstellen, sinken die Prämien nach jedem Jahr, das sie tatenlos verstreichen lassen. 1998 gibt es eine pauschale Lohnsubvention von 9.000 Francs (2.700 DM) für jeden Arbeitsplatz; wohlgemerkt, für jeden, nicht bloß für jeden neu geschaffenen. Diese Subvention verringert sich im Laufe der fünf Jahre bis auf 5.000 Francs im letzten Jahr. Unternehmen, die die Arbeitszeit um mehr als 10% verkürzen und mehr als 6% neue Stellen schaffen bzw. gefährdete Stellen erhalten, bekommen eine höhere Subvention, die bis auf 13.000 Francs je Arbeitsplatz steigen kann. Für dieses Anreizprogramm hat die Regierung etwa drei Milliarden Francs veranschlagt.

Zugeständnisse: Was unter einer 35-Stunden-Woche zu verstehen ist, bleibt letztlich Verhandlungssache zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern. Sie dürfen die Wochenarbeitszeit „modulieren“, d.h. übers Jahr hinweg flexibel gestalten. Eine Arbeitswoche sind weder fünf Tage noch 35 Stunden; die durchschnittliche Wochenarbeitszeit über einen größeren Zeitraum sollte nur bei 35 Stunden liegen. Auf Arbeitszeitkonten können Arbeitnehmer Urlaubsansprüche über mehrere Jahre hinweg sammeln. Wer mehr als 35 Stunden pro Woche arbeitet, bekommt übers Jahr mehr Urlaubstage. So erhalten Unternehmer die Möglichkeit, ihr Personal entsprechend der Auftragslage springen zu lassen. Flexibilitätsreserven oder Überstundenkontingente nennt sich das, will aber nichts anderes sagen, als dies: Arbeitnehmer, ordne dich in deiner ganzen Lebensführung den Maschinenlaufzeiten unter!

Die Regierung will es allen recht machen. Sie will flexibilitätsbedingte Produktivitätsgewinne der Unternehmen in Grenzen zulassen, die Beschäftigung erhöhen und gleichzeitig negative Effekte auf die Kaufkraft vermeiden. Bei einem derartigen Balanceakt kann schon mal der eine oder andere hehre Vorsatz ins Taumeln geraten und abstürzen. Na, um welchen Vorsatz mag es sich wohl handeln? Richtig, um den des vollen Lohnaus-

Es gibt eine realistische Alternative zu Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung, mehr soziale Gerechtigkeit ist möglich, Unternehmer und Besserverdienende müssen ihren Teil dazu beitragen, und sind sie nicht willig, muß sie eine entschlossene Regierung notfalls dazu zwingen. Diese Botschaft geht von Paris aus.

gleichs. Anders als in Jospins Regierungserklärung geht nämlich das Gesetzeskonzept davon aus, „daß die Gewerkschaftsvertreter Kollektivvereinbarungen auch dann unterstützen, wenn diese einen differenzierten (also: unvollständigen) Lohnausgleich vorsehen.“ (Bode, Ingo: Aus alt mach neu? Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaftsstrategien in Frankreich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft 11/1998, S. 22–31, hier S. 28).

C'est la vie, collègues! Bei euch in Frankreich wie überall auf der Welt gilt: Wenn eine Regierung einen Grundsatz fallen läßt, liegt meist ein erschlagenes Arbeitnehmerrecht darunter.

Die Arbeitgeber rennen die vielen offenen Hintertore ein, die ihnen das Gesetz läßt. Der mächtige Metallarbeitgeberverband UIMM hat am 28. Juli 1998 eine Abkommen mit drei kleineren Gewerkschaften unterzeichnet. Das Abkommen trägt den Buchstaben des Gesetzes Rechnung, beraubt es aber durch Jahresarbeitszeitkonten und großzügige Überstundenkontingente seines Inhalts, sodaß faktisch die 39-Stunden-Woche weiterbesteht. Selbst die gemäßigte Gewerkschaft CFDT spricht von einem „schwarzen Tag für die Arbeitszeitverkürzung“ (FR; 30.7.1998). Arbeitsministerin Martine Aubry spricht von einem „virtuellen Abkommen“ (ebenda). Es gibt trotz der lukrativen Anreize für die Arbeitgeber erst 80 Unternehmensvereinbarungen, die nur zu 1.300 neuen Arbeitsplätzen geführt haben. (FR; 14.8.1998)

Mit dem Gesetz für die 35-Stunden-Woche ist Jospin als Königstiger gesprungen und droht, als Bettvorleger zu landen: Das staatliche Statistikinstitut INSEE hat berechnet, daß die Zahl der Überstunden rechnerisch 700.000 Vollzeitarbeitsplätzen entspricht. Wenn das Gesetz zur 35-Stunden-Woche ein voller Erfolg wird, sind auch bis zu 700.000 neue Arbeitsplätze drin, zeigen unabhängig voneinander makroökonomische Simulationsmodelle der französischen Nationalbank und des Konjunkturforschungsinstitutes OFCE (Observatoire français des conjonctures économiques). 700.000 sind zwar nur ein Viertel der gegenwärtig Arbeitslosen; aber immerhin.

Das Wirtschaftsministerium präsentiert drei verschiedene Szenarien. Nach dem günstigsten entstehen 550.000 neue Arbeitsplätze. Bisher

sieht es eher so aus, als würde das Ministerium mit seiner ungünstigsten Prognose der Wirklichkeit am nächsten kommen. Diese geht von einer totalen und erfolgreichen Blockade seitens der Unternehmer aus. Ergebnis: 20.000 Stellen. – Weniger als heute!

Allez, Flop oder Top? – Wer unten geben will, muß oben nehmen

Mehr Jobs gibt es nur gegen fallende Löhne und Sozialabbau. Darauf schwören sie alle – in Washington, in London, in Bonn. Lionel Jospin leistet in seiner Regierungserklärung einen anderen Eid: „Um Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit zu fördern, müssen die Arbeitseinkommen weniger stark besteuert und die unangemessenen Privilegien für andere Einkommenskategorien abgeschafft werden. ... Um das Wachstum zu stützen, brauchen wir ein Steuersystem, das den Verbrauch ankurbelt.“

Der Premierminister hat die Körperschaftssteuer für Unternehmen mit über 50 Millionen Francs Jahresumsatz von 36,6% auf 41,6% erhöht; zwar zunächst nur für 1997 und 1998, aber, damit muß jedes fünfte französische Unternehmen fünf Prozentpunkte mehr an Steuern zahlen. Erwartete Einnahme: 22 Milliarden Francs. Die Kapitalertragssteuer steigt von 20,9% auf 25%, dies soll zusätzlich 20 Milliarden bringen. Die Steuer auf Veräußerungsgewinne verdoppelt sich von 19,0% auf 41,6%. Jospin gibt weniger Geld für Rüstung aus; 1997 zwei Milliarden Francs weniger, 1998 sogar acht Milliarden. Besserverdienende mit einem Monatseinkommen ab 25.000 Francs (ca. 7.500 DM) vor Steuern erhalten weniger Kindergeld und geringere Subventionen für ihre Haushaltshilfen. Die allgemeine Sozialsteuer (CSG= Contribution sociale généralisée), die auf nahezu alle Einkommensarten erhoben wird, also auch auf Kapitalerträge, Mieteinnahmen u. a., steigt von 3,4% auf 7,5%. Für Rentner und Arbeitslose erhöht sich die CSG in weitaus geringerem Maße. Außerdem senkt die Regierung die Krankenversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer von 5,5% auf 0,75%. Martine Aubry will so die Arbeitnehmer mit rund 30 Mrd. Francs (9 Mrd. DM) entlasten. So geht es also auch, wenn man will.

In Deutschland will man nicht. Hier hat die Steuerlast von Unternehmen zwischen 1980 und 1995 um

29,3% abgenommen. Die Gewinne haben sich zwischen 1980 und 1997 fast verdreifacht (269,8%). Als Kohl sein Amt antrat, gab es offiziell ca. 1,7 Millionen Arbeitslose, heute sind es 4,3 Millionen. Daß Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, wenn sie weniger Steuern zahlen müssen, widerlegt die Wirklichkeit Tag für Tag. Unternehmen machen Gewinne und behaupten sich gegen die Konkurrenz gerade eben dadurch, daß sie mehr Arbeit vernichten als zeugen. Rot-Grün senkt die Körperschaftssteuer von 45% auf 40%, den Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte in zwei Stufen von 47% auf 43% und gibt damit den Unternehmen ein eindeutiges Signal: „Bravo! Weiter so!“

Der Neoliberalismus Thatchers, Reagans und Kohls ist gescheitert. Jospin zieht daraus die richtigen Konsequenzen, nicht Blair, nicht Clinton, nicht Schröder. Es gibt eine realistische Alternative zu Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung, mehr soziale Gerechtigkeit ist möglich, Unternehmer und Besserverdienende müssen ihren Teil dazu beitragen, und sind sie nicht willig, muß sie eine entschlossene Regierung notfalls dazu zwingen. Diese Botschaft geht von Paris aus.

„Regieren“ kommt für die Franzosen immer noch vom lateinischen Wort für „Herrschen“, „Führen“ und „In der Gewalt haben“. „Regieren“, diesen Ausdruck ersetzt Schröder für seine Rolle in einem „Bündnis für Arbeit“ durch ein ebenso schwaches wie verräterisches „Moderieren“: Was will Schröder tun? Laut Fremdwörterduden kann er mit „Moderieren“ nur dies gemeint haben: Sich mäßigen oder wie Kuli selig den Conférencier einer großen Unterhaltungsshow mimen.

Seit Jospins Amtsübernahme ist die Arbeitslosenquote von 12,5% auf 11,8% gesunken. Daraus läßt sich noch kein Trend ablesen. Jospin profitiert von der zur Zeit günstigen Wirtschaftskonjunktur in Frankreich; deren Dauer hängt im wesentlichen vom privaten Verbrauch ab. Jospin muß also weiter oben nehmen, um unten geben zu können. Zwischen der Regierung und den Arbeitgebern stehen die Zeichen auf Sturm. Bringt Jospin den Mut auf, den Unternehmern mit dem Nachfolgegesetz zur 35-Stunden-Woche zu zeigen, wer Herr im Haus ist? Dies ist die Frage, die über Wohl und Wehe seiner Beschäftigungs- und Sozialpolitik entscheidet: Allez, Flop oder Top? spw

Bringt Jospin den Mut auf, den Unternehmern mit dem Nachfolgegesetz zur 35-Stunden-Woche zu zeigen, wer Herr im Haus ist? Dies ist die Frage, die über Wohl und Wehe seiner Beschäftigungs- und Sozialpolitik entscheidet: Allez, Flop oder Top?

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Herausforderung Europa

Einleitende Bemerkungen zum Schwerpunkt

von Joachim Schuster*

Mit dem Bonner Regierungswechsel im September letzten Jahres hat sich die politische Landkarte in Europa erheblich gewandelt. Mit Deutschland ist die wichtigste Bastion konservativer Politik in Europa gefallen.

Das Ziel muß sein, eine Abkehr von neoliberaler Politik durchzusetzen und die Herausbildung eines neuen europäischen Sozialstaatsmodells einzuleiten.

Ab 1999 wird sich keine sozialdemokratisch geführte Regierung mehr herausreden können, eine konservative Regierung habe entscheidende Reformen blockiert.

Und es gibt noch eine weitere einschneidende Veränderung. Abgesehen von oberflächlichem Presserum-

mel ist weitgehend unbemerkt eine der wesentlichsten ökonomischen Veränderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen worden. Seit dem 1.1.99 kettet der Euro elf Volkswirtschaften der Europäischen Union fest aneinander. Damit ist der Binnenmarkt weitgehend vollendet.

Neue Anforderungen für die Linke

Diese neue Situation stellt auch die sozialistische Linke vor neue Anforderungen. Es geht darum, mit den neuen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten umzugehen und gleichzeitig keinen Illusionen über die europäische Regulierungsfähigkeit zu erliegen. Anders ausgedrückt: In der heutigen politischen

und ökonomischen Landschaft ist eine erweiterte wirtschaftspolitische Regulation auf der Ebene der EU notwendig und auch möglich. Gleichzeitig muß aber im Blickfeld bleiben, daß es in den meisten Fällen nicht um besonders gelungene europäische Politiken geht, sondern um eine möglichst effiziente Verzahnung und Koordination europäischer, nationaler und regionaler Politiken. Inhaltlich muß das Ziel sein, gegen mächtige Interessengruppen in Politik und Wirtschaft eine Abkehr von neoliberaler Politik durchzusetzen und die Herausbildung eines neuen europäischen Sozialstaatsmodells einzuleiten.

Der vorliegende Schwerpunkt widmet sich den Problemen dieses Politikwechsels. Die rot-grüne Bundesregierung hat im ersten Halbjahr 1999 die EU-Ratspräsidentschaft inne und spielt damit eine herausragende Rolle für die Einleitung eines Politikwechsels. *Thorben Albrecht* formuliert Anforderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft und kontrastiert diese mit den programmatischen Aussagen der Schröder-Regierung. Dabei wird deutlich, daß ein Politikwechsel trotz erdrückender sozialdemokratischer Mehrheit in Europa keineswegs ein Selbstläufer ist.

Im Anschluß daran findet sich ein Artikel zu einem konkreten Reformfeld. *Karin Jöns* beschreibt in ihrem Aufsatz zur Reform der EU-Strukturfonds, wie stark nationale Interessen die Politik der Europäischen Union bestimmen und einen europäischen Solidarausgleich auf der Ebene der Regionen aber auch der Mitgliedstaaten behindern. Wiederum wird deutlich, daß die neue Bundesregierung dabei keineswegs nur eine vorwärtsweisende Kraft ist.

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben

Eine Politikwechsel ist ohne eine Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nicht zu erreichen. Ohne Zweifel kommt dabei den Arbeitsbeziehungen eine entscheidende Bedeutung zu. In seinem Aufsatz zur „europäischen Tarifpolitik“ plädiert *Thorsten Schulten* für eine europäische Koordination der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, deren gemeinsame Orientierung wieder die Ausschöpfung der durch die Produktivitätssteigerungen gegebenen Verteilungsspielräume sein sollte. So könnte ein europaweites Tarifdumping verhindert werden.

Den Abschluß des Schwerpunktes bilden Auszüge des jüngsten Memorandums der „Europäischen Ökonominnen für eine alternative Wirtschaftspolitik“, deren Zielsetzung und Entstehungsgeschichte eingangs von *Heiko Glawe* erläutert wird. Wir haben bewußt nicht die kurzfristigen Forderungen der Memorandums dokumentiert, sondern den Teil, in dem mittel- bis langfristige Ziele für die europäische Integration formuliert werden. Wir betrachten dies als Teil einer für die Linken absolut notwendigen Diskussion um die Perspektiven der Europäischen Union. Wenn die Linke den Anspruch erhebt, gestaltend in die gesellschaftliche Entwicklung einzugreifen, dann ist es unabdingbar, sich angesichts des entwickelten Systems der europäischen Mehrebenenregulation darüber klar zu werden, welche Zielperspektive linke Politik für die europäische Ebene verfolgen soll. Die „Europäischen Ökonominnen“ haben dazu einen sicherlich viele Fragen offen lassenden aber gleichwohl unerläßlichen Beitrag geliefert.

spw

* Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft (ispw) in Bremen, Mitglied der spw-Redaktion

Mit dem Ende der Regierung Kohl geht auch in Europa die neoliberale Ära zu Ende. Seit 1997 haben in den meisten EU-Staaten im weitesten Sinne „linke“ Regierungen die Macht übernommen, nicht zuletzt in den vier größten Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. War die österreichische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 noch von der Blockadepolitik Kohls dominiert, so ergibt sich mit der deutschen Präsidentschaft erstmals seit langer Zeit die Chance, neue Weichenstellungen in der europäischen Politik vorzunehmen.

Daher sollen im folgenden acht Thesen für eine neue europäische Wirtschaftspolitik formuliert werden, die in der deutschen Ratspräsidentschaft auf den Weg gebracht werden könnte. Fraglich bleibt aber, ob die Bundesregierung zu einem wirklichen europapolitischen Kurswechsel überhaupt bereit ist. Deshalb soll zunächst ein kurzer kritischer Blick auf die Pläne der Bundesregierung für die Ratspräsidentschaft geworfen werden.

Schröders Regierungserklärungen zur deutschen EU-Präsidentschaft

In der Regierungserklärung vom 14. Dezember 1998¹ hat Gerhard Schröder vier Ziele der deutschen EU-Präsidentschaft genannt: „erstens deutliche Schritte hin zu einer wirksamen Beschäftigungspolitik, [...] die in eine Politik der Innovation und der ökologischen Modernisierung in Europa eingebettet ist“², zweitens die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung und Klärung von Zuwanderungsfragen in Europa, drittens eine Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und viertens den erfolgreichen Abschluß der Agenda 2000.

Betrachtet man diese Ziele im Einzelnen, so ergeben sich durchaus qualitative Unterschiede. In der Frage der Agenda 2000 besteht ein außerordentlich hoher Zeit- und Erfolgsdruck, umfaßt dieser Bereich doch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Strukturpolitik und den Finanzrahmen der EU vom Jahr 2000 bis 2006. Damit das Europäische Parlament (EP) die Agenda 2000 noch verabschieden kann, muß sie auf dem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs im März 1999 in Brüssel bereits beschlossen werden. Indem Gerhard Schröder aber die Frage der deutschen „Nettozahlungen“ an die EU zum informellen, aber publikumswirksamen Top-Thema des deutschen Vorsitzes macht, bereitet er das Scheitern der deutschen Präsidentschaft in der Frage der Agenda 2000 vor. Entweder blockiert das Beharren auf verringerten deutschen Zahlungen eine Lösung des Agenda-Komplexes und stürzt die EU in die nächste Existenzkrise, oder die Bundesrepublik bleibt der „größte Nettozahler der EU“³ und Schröder scheitert an den selbstgesetzten Zielen.

Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung nichts Neues zu bieten: Sie will eine „europäische außen- und sicherheitspolitischen Identität“ schaffen, die sich faktisch auf den Bereich der Sicherheitspolitik und dieser wiederum auf die Integration der „Strukturen der WEU in die EU“ reduziert. Ausgearbeitet werden soll dies gemeinsam von „Deutschland, von Frankreich und von Großbritannien“.⁴ Dies bedeutet eine Militarisierung der EU, getragen von den europäischen Mittelmächten und ohne klare politische Vorgaben.

Wohin diese Art deutscher und europäischer Nicht-Politik führt, wurde bereits bei den Angriffen der USA und Großbritanniens auf den Irak deutlich: Während Paris deutliche Bedenken anmeldete, unterstützte Bonn die Kriegsoption unter dem Vorwand, nur so sei eine politische

Richtungswechsel in Europa?

Die deutsche Präsidentschaft für eine neue Wirtschaftspolitik in der EU nutzen!

von Thorben Albrecht*

Lösung zu erreichen. Dass dies höchstgradig unlogisch ist, wussten die rot-grünen Entscheidungsträger, und dies hat sich nach den Angriffen auch bestätigt. Um so unverständlicher, dass die Bundesregierung dieses Niveau nun europäisieren will – nicht weil sie eine konkrete Vorstellungen von den Zielen der GASP hat, sondern weil die EU wegen ihrer wirtschaftlichen Größe notwendigerweise auch eine außen- und sicherheitspolitische Großmacht sein müsse.⁵ Mit einer solchen Konzeptlosigkeit, die durch den Ausbau militärischer Instrumente kaschiert werden soll, wird die GASP nicht gestärkt, sondern geschwächt. Damit bereitet die rot-grüne Bundesregierung in einem zweiten Punkt das Scheitern der deutschen Präsidentschaft vor.

Aussichtsreicher ist da das Vorhaben, in der europäischen Verbrechensbekämpfung und in Zuwanderungsfragen zu neuen Regelungen zu kommen. Im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit hat es in den letzten Jahren – fast unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit – etliche „Fortschritte“ gegeben. Diese bedeuteten allerdings zum Teil Rechte für die und Einschränkungen der demokratischen Kontrolle über die europäischen Behörden („EUROPOL“), die nur schwer mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen der EU-Staaten in Einklang zu bringen sind. Beschlüsse zu diesem Bereich auf dem Gipfel in Köln werden vielleicht endlich das öffentliche Interesse auf dieses Problem lenken. Zu befürchten ist nur, daß die wesentlichen Entscheidungen dann bereits gefallen sind.

Auch in Fragen der Zuwanderungspolitik sind Fortschritte im Sinne einer Europäisierung denkbar. Die Ablehnung von Mehrheitsbeschlüssen durch die Regierung Kohl hatte zu einer Blockade in diesem Bereich geführt, die jetzt aufgebrochen werden kann. Die Verknüpfung der Zuwanderungspolitik mit der Verbrechensbekämpfung zeigt aber, welche Richtung von der Bundesregierung eingeschlagen wird. Nicht die Rechte von MigrantInnen sollen gestärkt, sondern die Begrenzung der Zuwanderung effektiviert werden. Besonders gefährlich wäre dabei die bereits diskutierte Festlegung von „Flüchtlingsquoten“ für die einzelnen EU-Staaten. Ohne ein umfassendes europäisches Asyl- und Flüchtlingsrecht würden so die Rechte von Flüchtlingen weiter eingeschränkt.

Der neben der Agenda 2000 wichtigste und umfassendste Politikkomplex verbirgt sich hinter dem „Thema der Beschäftigung“.⁶ Die Frage der Beschäftigungspolitik bildet den Ausgangspunkt für alle Debatten um die Steuer-, Wirt-

Indem Gerhard Schröder die Frage der deutschen „Nettozahlungen“ an die EU zum Top-Thema macht, bereitet er das Scheitern der deutschen Präsidentschaft in der Frage der Agenda 2000 vor.

* Thorben Albrecht, geb. 1970, Bonn, ist Historiker und Bundesgeschäftsführer der Jusos.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



schafts- und nicht zuletzt Geldpolitik in der EU. Die Konzeption des Bundesarbeitsministeriums für den deutschen Vorsitz im Arbeits- und Sozialrat sieht eine solche Verknüpfung der europäischen Beschäftigungsstrategie mit der Koordination der Wirtschaftspolitik ausdrücklich vor.⁷ Für diesen wichtigen Komplex sollen im folgenden acht Thesen vorgestellt werden, um zu skizzieren, welche Elemente eine solche Politik aus linker Sicht enthalten müßte.

Acht Thesen für eine linke europäische Wirtschaftspolitik

So richtig und wichtig die Stärkung einer Europäischen Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Beschäftigungssituation ist, so notwendig ist eine Neubestimmung der gesamten Richtung der Integration. Denn wenn man Binnenmarkt und Währungsunion befreit vom rhetorischen Pathos („Frage von Krieg und Frieden“) betrachtet, bedeuten sie eine Reduktion des Integrationsprojekts auf eine Freihandelszone. Um das Europäische Projekt wieder zu einem politischen zu machen, ist eine Neuausrichtung nötig. Weg von der als europäische Standortpolitik verstandenen „Wettbewerbsorientierung“, hin zu einer Orientierung auf sozialen Ausgleich, auf beschäftigungsorientiertes und ökologisch verträgliches Wachstum.⁸

Umgesetzt werden müßte diese Neuorientierung der Europäischen Integration durch folgende konkrete Schritte:

1. Die Europäische Zentralbank braucht neue Ziele.

Die Geldpolitik der EZB ist einseitig auf die Geldwertstabilität fixiert. Erst wenn diese gesichert ist, darf laut EU-Vertrag die Geldpolitik auch zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung genutzt werden. Ein erweiterter Zielkatalog ohne einseitige Prioritätensetzung ist daher nötig und wichtiger als die Diskussion um die Unabhängigkeit der Zentralbank. Denn selbst die deutsche Bundesbank hat nicht völlig isoliert von der Politik

der Bundesregierung gehandelt. Aber ohne ausgeglichene Zielvorgaben kann die Bank nicht angemessen auf die Anforderungen der Politik reagieren. Darauf hat Lafontaine in seinen Verweisen auf die US-amerikanische Federal Reserve Bank und die Politik ihres Präsidenten Alan Greenspan abgehoben. Hier könnte die Bundesregierung innerhalb der EU also eine positive Rolle – im Sinne einer Neuausrichtung der Währungsunion – spielen.

Obwohl sich die Bundesregierung grundsätzlich für eine erweiterte Zieldefinition der Währungsunion ausspricht, ist sie bislang nicht bereit, sich für eine Revision des Stabilitätspakts einzusetzen.

2. Wir brauchen eine Revision des Stabilitätspakts.

In seiner jetzigen Form bestraft der Stabilitäts- und Wachstumspakt Staaten, die – außer in Zeiten extremen wirt-

schaftlichen Niedergangs – keinen ausgeglichenen Staatshaushalt haben, mit einer Geldbuße (verschlechtert also die Haushaltssituation noch mehr). Dies ist nicht nur in sich unlogisch, sondern kann auch dazu führen, dass notwendige Investitionen unterbleiben. Das hat auch der italienische EU-Kommissar Monti erkannt und eine Diskussion über die Anrechnung von Investitionen auf die Schuldenkriterien des Stabilitätspakts begonnen.

Eine solche Diskussion über eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Finanzpolitik war bis zum 27.09. nicht zuletzt aufgrund des Stabilitätswahns Theo Waigels europaweit blockiert. Jetzt ist der erste Tabubruch da: Es wird offen über den Stabilitätspakt diskutiert. Der italienische Regierungschef Massimo D'Alema denkt laut darüber nach, den Stabilitätspakt nicht mehr so eng zu sehen, und auch in Frankreich werden diesbezügliche Debatten angestoßen, nicht zuletzt durch Jaques Delors⁹.

Es ist damit eine – von der sozialistischen Linken seit längerem geforderte – Diskussion darüber zustande gekommen, ob die Währungsunion nur ein stabiles Umfeld für einen deregulierten Markt darstellen soll, oder ob Fragen des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungsförderung auch eine Rolle spielen sollen. Obwohl sich die Bundesregierung grundsätzlich für eine erweiterte Zieldefinition der Währungsunion ausspricht, ist sie bislang nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen und sich für eine Revision des Stabilitätspakts einzusetzen.

3. Europäische Mindeststeuern auf Kapitaleinkünfte und in der Unternehmensbesteuerung.

Diese sind notwendig, um den Steuerwettbewerb der EU-Staaten als möglichst attraktive „Standorte“ für Kapital zu beenden. Durch dieses Steuerdumping entstehen in den Haushalten der Mitgliedstaaten riesige Einnahmeverluste, die durch erhöhte Belastungen des Arbeitseinkommens und durch Sozialabbau finanziert werden. Hier haben wiederum die Vorstöße Lafontaines und deren Unterstützung durch den Bundeskanzler nach Angriffen der britischen Presse einen Kurswechsel der deutschen Politik angedeutet. Die – in Fragen der Zinsbesteuerung auch von der EU-Kommission getragenen Ansätze – werden inzwischen nur noch von Großbritannien und Luxemburg abgelehnt.¹⁰

4. Eine Angleichung der Standards der nationalen Sozialsysteme muß angestrebt werden.

Dabei müssen die sozialen Errungenschaften einzelner Länder erhalten werden. Eine Europäisierung der Sozialsysteme wäre nur zu dem Preis des Verlustes vieler wichtiger Einzelregelungen erreichbar. Daher wird Sozialpolitik auf absehbare Zeit in der Verantwortung der Nationalstaaten verbleiben. Dennoch ist bereits jetzt absehbar, dass sowohl die wirtschaftliche Konkurrenz innerhalb des europäischen Marktes, als auch EU-Regelungen – vor allem über den Europäische Gerichtshof – Einfluß auf die nationalstaatliche Sozialpolitik nehmen werden. Es gibt auch erste Modelle, wie zumindest die Standards angeglichen werden können.¹¹ In dieser Frage sind von der deutschen Präsidentschaft keine Ergebnisse zu erwarten. Es könnten allerdings entsprechende Debatten angestoßen werden.

5. Transferleistungen zwischen den Teilnahmestaaten der Währungsunion sind notwendig.

Wenn die Wechselkurse als Anpassungsinstrument bei asymmetrischen wirtschaftlichen Schocks entfallen, bleibt nur noch die Senkung der Reallohne, um die relative Wettbewerbssituation eines unter Druck geratenden Staates zu verbessern. Da ein solches Vorgehen zu einem Lohndum-

ping führt, verschlechtert sich die soziale Situation der abhängig Beschäftigten und damit die Binnennachfrage. Um dies zu vermeiden, müssen Transferleistungen zwischen den Ländern der Währungsunion ermöglicht werden.

Ob dies nach dem Beispiel des deutschen Länderfinanzausgleichs geschehen soll oder ob die Mittel der Strukturfonds massiv aufgestockt werden, bleibt zu diskutieren. Ein Ausgleich über die Strukturmittel erscheint jedoch im institutionellen System der EU wahrscheinlicher. Er könnte jedoch nur effektiv sein, wenn die – jetzt auf 1,27% des EU-Bruttosozialprodukts begrenzten – Eigenmittel der EU massiv erhöht würden. Dem wird sich nicht zuletzt die Bundesregierung widersetzen. Hier besteht die Aufgabe für die Linke, den nächsten Tabubruch zu begehen und – ähnlich wie dies beim Stabilitätspakt bereits gelungen ist – Raum für eine neue Diskussion zu öffnen.

6. Die Währungsunion braucht eine koordinierte Wirtschaftspolitik.

Die Forderung der Regierung Jospin nach einem „gouvernement économique“, im Deutschen übersetzt als „Wirtschaftsregierung“, hat zu einigen Verwirrungen geführt.

Dabei meint „gouvernement“ nicht unbedingt eine Runde von MinisterInnen, sondern vielmehr das Regierungshandeln. Es würde bei einer solchen „Wirtschaftsregierung“ also um eine Koordination der Wirtschaftspolitiken gehen, bei der europäische Leitlinien erarbeitet werden, die dann – im Sinne einer Mehrebenenregulation – europäisch, national und regional umgesetzt werden könnten.

Dabei müßte das einseitig auf die Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Wachstumsmodell der EU korrigiert werden. Wirtschaftswachstum einschließlich des europäischen Binnenwachstums, Beschäftigung und Ökologie müßten einen angemessenen Stellenwert erhalten.

Auch die Bundesregierung setzt sich für eine koordinierte Wirtschaftspolitik ein, ob dies aber auf dem Kölner Gipfel zu verbindlichen Regelungen führt, bleibt abzuwarten.

7. Die Gewerkschaften und ihre Europäisierung stärken.

Wie bereits in These 5 erläutert, kommt der Tarifpolitik unter den Bedingungen der Währungsunion eine besondere Bedeutung zu. Um so wichtiger ist es, die Gewerkschaften zu stärken und eine Europäisierung vor allem der bislang

Politikwechsel – jetzt ?

Eine andere Politik braucht Analysen und Alternativen über den Tag, den Monat, den Zeitgeist hinaus.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Stefan Weizk
A Brave New Corporatist World?
Visionen des MAI

Streit um die Koordinaten der Republik
Ein Gespräch mit Michel Friedman

Josef Esser und Wolfgang Schroeder
Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg

Ilona Ostner
Das Ende der Familie wie wir sie kannten

Thilo Bode
Welches Wachstum hat Zukunft?

Alexander Gauland
Konservativ sein heißt...

Gesine Schwan
Antikommunismus und Antiamerikanismus

1'99

Einzelheft: 17,00 DM Im Abonnement: 10,80/8,30 DM

Saul Friedländer
im Wortlaut

„Oskar Lafontaine, Christa Müller und Claus Noé haben den Gedanken einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft wieder in die politische Arena gebracht ... Mit dieser publizistischen Schlacht werden die gesellschaftlichen Konflikte wieder in ihrem Interessenantagonismus benannt ... Ob die SPD den Spagat aushält, ob es ihr gelingt, die durch die Namen Hombach und Lafontaine symbolisierten, letztlich nicht miteinander vereinbaren Wege zu harmonisieren, wird schließlich vom derzeit assoziierten Mitglied der sozialdemokratischen Familie, von Bündnis 90/Die Grünen entschieden...“
Micha Brumlik

Bestellcoupon

Fax 0 228 / 650 251
Blätter Verlagsgesellschaft
Postfach 2 831, 53 018 Bonn

- 1/99 für 17 DM
- 1 + 2/99 für 19 DM
- ein **Abo** für 137,40 DM/
ermäßigt 107,40 DM
- ein kostenloses älteres Probeheft

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

spw1/99

Die online-oase. <http://www.blaetter.de>

schwachen – aber für die Tarifverhandlungen faktisch wichtigsten – sektoralen Ebene anzustreben. Bevor dies nicht erreicht ist, würde jede Europäisierung der Tarifpolitik eine Schwächung der gewerkschaftlichen Seite bedeuten.

Gerade vor dem Hintergrund der relativen Schwäche der Gewerkschaften auf europäischer Ebene, müssen von den Regierungen rechtliche und institutionelle Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Europäische Sozialpartnerschaft und Einrichtungen wie Europäische Betriebsräte nicht zu einer weiteren Stärkung der Kapitalseite durch die wirtschaftliche Europäisierung beitragen.

8. Europäische Demokratie wagen.

Jede weitere Europäisierung bedeutet eine Entdemokratisierung, wenn nicht parallel die demokratischen Strukturen gestärkt werden. Daher muß entweder das Europäische Parlament in die Koordination der wirtschaftspolitischen Bereiche einbezogen, oder den nationalen Parlamenten bereits während der laufenden Verhandlungen Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben werden.

Neuaustrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik unter deutscher Präsidentschaft?

Klar ist, daß die Erwartungen an die neue Bundesregierung gerade bei der Linken in anderen EU-Ländern sehr hoch sind. Die Äußerungen des Bundesfinanzministers zur Geld-, Zins- und Steuerpolitik haben linke Regierungen in Europa aufhorchen lassen. Auch die Absichtserklärungen, in der

Jede weitere Europäisierung bedeutet eine Entdemokratisierung, wenn nicht parallel die demokratischen Strukturen gestärkt werden.

Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik voranzukommen, erhielten positives Echo. Eine europäische Koordination dieser Politikfelder, die von der französischen Linksregierung seit anderthalb Jahren gefordert wird, erscheint jetzt möglich. Wie

sich die neue Bundesregierung in dieser Diskussion aber letztendlich verhält, ist noch offen.

Gerhard Schröder hat während der deutschen Präsidentschaft zwei Optionen: Entweder er nutzt die Präsidentschaft, um nötige Korrekturen am Konzept der Währungsunion mit Elan anzugehen und dafür zu sorgen, „daß Europa sozialer, demokratischer und auch politisch handlungsfähiger wird.“¹² Mit dem nötigen Mut könnte er die Präsidentschaft

so zum Erfolg führen. Oder er zieht sich auf die Rolle des Moderators und Vermittlers zwischen den verschiedenen Positionen zurück und vermeidet, selbst Position zu beziehen. So kann er ohne Glanz, aber auch ohne sich größerer Kritik in Deutschland ausgesetzt zu sehen, die Präsidentschaft „überstehen“ und den parallel stattfindenden Europawahlkampf vor allem innenpolitisch führen, garniert nur mit der populistischen Forderung, „ganz selbstbewußt und interessengerecht“ „eine größere Beitragsgerechtigkeit“¹³ für Deutschland zu erkämpfen.

spw

¹ Erklärung der Bundesregierung: Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999, abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin, Nr. 80 (14.12.1998), S. 965-969.

² Ebd. S. 965.

³ Es sei hier nur noch einmal der Vollständigkeit halber angemerkt, daß Deutschland bei der Pro-Kopf-Nettozahlung hinter den Niederlanden liegt und daß niemand so sehr von Binnenmarkt und Euro profitiert wie die deutsche (Export-)Wirtschaft.

⁴ Erklärung der Bundesregierung (FN 1), S. 968.

⁵ Wohin eine solche Politik des Geltungsanspruchs ohne Interessendefinition (und damit auch Interessenbegrenzung) führt, hat Hobsbawm anschaulich am Beispiel des Wilhelminischen Deutschland gezeigt. Vgl. Eric J. Hobsbawm: Das imperiale Zeitalter 1875 – 1914, Frankfurt a.M. 1995, S. 399 f.

⁶ Erklärung der Bundesregierung (FN 1), S. 966.

⁷ Bonn setzt auf einen EU-Beschäftigungspakt, in: Handelsblatt 19.11.1998.

⁸ Hinzukommen muß eine Politik des beiderseitigen Ausgleichs in den Außenbeziehungen der Union. Letzteres gilt sowohl in Bezug auf die (Beitritts-)Länder Mittel- und Osteuropas als auch auf die Länder des Südens. Für die Beitrittsländer müssen Heranführungstrategien entwickelt werden, die es ihnen ermöglichen, bis zum Beitritt zur Union wirtschaftlich so stark zu werden, daß sie den Binnenmarkt überleben, ohne dauerhaft eine innere Peripherie zu bilden. Gegenüber den schwächeren Ländern außerhalb der EU müssen gerechte Wirtschaftsbeziehungen geschaffen werden, die auch ihnen eine Entwicklung ermöglichen. Einen Ansatzpunkt dazu bietet die Neuverhandlung des Lomé-Abkommens. Diese Aspekte können hier aus Platzgründen leider nicht in der notwendigen Ausführlichkeit behandelt werden.

⁹ Delors warnt vor Tabus im Euroland, in: Handelsblatt 24.11.1998.

¹⁰ Vgl.: Lafontaine verteidigt Stabilitätspakt, in: Süddeutsche Zeitung 24.11.1998.

¹¹ Vgl. z.B. Klaus Busch: Das Korridormodell: ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/1998.

¹² Erklärung der Bundesregierung (FN 1), S. 965.

¹³ Ebd. S. 967.

rechtigkeit unter den Mitgliedstaaten zu erreichen, eine einschneidende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zustande zu bringen und die Strukturfonds neu zu ordnen, um die Weichen für die Osterweiterung der Union zu stellen. Das bedeutet für manchen Mitgliedstaat, auf liebgewordene Pfründe zu verzichten, die insbesondere aus der Agrar- und Strukturpolitik resultieren. Das bedeutet aber nicht die Abkehr von der im EU-Vertrag festgeschriebenen Selbstverpflichtung der Staaten, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu fördern, regionale Aufholprozesse solidarisch zu begleiten.

Für die Strukturpolitik der Europäischen Union wird auch in Zukunft ein gutes Drittel des EU-Haushalts zur Verfügung stehen. Da die finanzielle Vorausschau für die Jahre 2000 – 2006 erst im Rahmen der Agenda 2000 endgültig beschlossen wird, ist vorerst für diesen Zeitraum für die EU-Strukturpolitik von einem Finanzvolumen in Höhe von 275 Milliarden Euro auszugehen. Nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission sollen davon allerdings 45 Mil-

Das Hemd sitzt näher als der Rock

Kontroversen um die Reform der EU-Strukturfonds

von Karin Jöns*

Der deutschen Ratspräsidentschaft obliegt es, das Unternehmen „Agenda 2000“ bis März 1999 zu einem möglichst guten Ende zu bringen, wahrlich kein einfaches Unterfangen. Sie muß den Spagat hinkriegen, bei unverändertem Finanzrahmen mehr Beitragsge-

* Karin Jöns MdB, Bremen, Mitglied im Beschäftigungs- und Sozialausschuß, Berichterstatterin des Parlaments für die Reform des Europäischen Sozialfonds

liarden Euro für die Integration der mittel- und osteuropäischen Beitrittsaspiranten bestimmt sein.

Konzentration auf die bedürftigsten Regionen

Daraus ergibt sich das Grundprinzip der Reform, nämlich die Strukturhilfen künftig nur auf die bedürftigsten Regionen der Europäischen Union zu konzentrieren. Es soll Schluß damit sein, daß rund 52% der Bevölkerung in Förderregionen der Union leben. Hierüber besteht weitgehend Einigkeit in Europäischem Parlament, Ministerrat und EU-Kommission. Der Dissens beginnt dort, wo es um die konkrete Festlegung der Förderregionen ab dem Jahr 2000 geht. Kernpunkte der Auseinandersetzungen sind:

- Wer wird als sog. Ziel-2-Förderregion, als eine Region mit ökonomischen und sozialen Umstrukturierungsprozessen, anerkannt?
- Was passiert mit den Regionen, die die Förderkriterien nicht mehr erfüllen?
- Soll der Kohäsionsfonds auch für Mitgliedstaaten gelten, die der Währungsunion angehören?
- Wie viele Gemeinschaftsinitiativen (Sonderprogramme) braucht die Union?

Weitgehender Konsens besteht bei der Festlegung der Kriterien für die sog. Ziel-1-Regionen, jene Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand, die heute zwei Drittel der Strukturfondsgelder erhalten. Für sie gilt in erster Linie, daß das durchschnittliche BIP-pro-Kopf der Region unter 75% des EU-Durchschnitts liegen muß.

Das größte Konfliktpotential liegt bei der Festlegung der Ziel-2-Regionen. Denn ausgehend von einer Konzentration der Mittel auf die bedürftigsten Regionen müssen hier die größten Einschnitte erfolgen. Dabei soll das neue Ziel 2 Regionen mit einem sozioökonomischen Wandel in den Sektoren Industrie und Dienstleistungen umfassen, die ländlichen Regionen mit rückläufiger Entwicklung, städtische Problemgebiete sowie die von der Fischerei abhängigen Krisenregionen. D.h. in diesem neuen Ziel-2 sollen die früheren Ziele 2, 5a und 5b aufgehen.

Allerdings sollen sich diese Regionen nicht wie bisher über 25% der EU-Bevölkerung, sondern nur noch über 18% erstrecken. Trotz des Vorschlags der Kommission, daß kein Mitgliedstaat im Zuge dieser Konzentration mehr als ein Drittel seiner Förderregionen verlieren darf, spitzt sich hier ein Konflikt zu, der nicht Parlament und Kommission betrifft, sondern im Ministerrat ausgetragen wird. Denn die Südländer – Italien, Portugal, Griechenland und Spanien -, die in erster Linie Ziel-1-Regionen haben, wollen eine noch stärkere Konzentration in Ziel-2, um so bei den reicheren Mitgliedstaaten weitere Mittel für Ziel-1 herauszuholen. Gleiches gilt für Frankreich, das sich bei einer weiteren Reduzierung der Ziel-2-Förderregionen aufgrund seiner großen ländlichen Räume zusätzliche Ziel-2-Fördergebiete erhofft, während Deutschland diesen Vorschlag begrüßt, da es andernfalls rund zwei Drittel seines heutigen Ziel-2-Plafonds verlieren würde.

Eine weitere sowohl im Europäischen Parlament (EP) als auch im Ministerrat hart umstrittene Frage bei der Ziel-2-Förderung sind die künftigen Kriterien für die verschiedenen Regionentypen. Während die Kommission z.B. für die Industrieregionen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Industriebeschäftigten als Kriterien vorschlägt, will Deutschland bspw. – unterstützt von Italien, Schweden und den Niederlanden – als zusätzliches Kriterium das Wohlstandsgefälle innerhalb einer Region berücksichtigt wissen. Auch möchten die o.g. Mitgliedstaaten die Förderkriterien für die ländlichen Regio-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



nen, nämlich eine niedrige Bevölkerungsdichte oder eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, einen Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft oder der Bevölkerung, um das Zusatzkriterium des regionalen BIP ergänzen. Hinter diesen Forderungen stehen eindeutig nationale Interessen, die sich auch im Parlament quer durch die Fraktionen wiederfinden. Die Regierungen Großbritanniens und Griechenlands gehen sogar noch weiter. Sie lehnen alle vorgeschlagenen Kriterien ab und fordern stattdessen einen Katalog allgemeiner wirtschaftlicher Kriterien, ohne aber diese weiter zu spezifizieren.

Konflikte mit nationaler Förderpolitik

Der dritte Konflikt im Zusammenhang mit der Ziel-2-Förderung betrifft den Vorschlag der Kommission nach einer möglichst weitgehenden Übereinstimmung der Ziel-2-Regionen mit den nationalen Beihilfegebieten (gemäß Artikel 92 (3)c EUV), um einen Subventionswettbewerb zwischen nationalen und europäischen Förderregionen zu verhindern. In Zukunft soll es eben nicht mehr möglich sein, staatliche Beihilfegebiete und europäische Förderregionen derart nebeneinander zu legen, daß eine flächendeckende Subventionspolitik erfolgen kann, wie dies bspw. in Bayern der Fall ist. Dieser Politik gilt es einen Riegel vorzuschieben, weil letztlich nur die reichen Mitgliedstaaten und Regionen in der

Lage sind, entsprechende Beihilfen zu gewähren. Hier ist der Streit im Ministerrat allerdings nicht entlang der Nord-Süd-Schiene festzumachen, wohl aber stehen sich die Mitgliedstaaten in zwei großen Blöcken gegenüber.

Das Europäische Parlament hat zu dieser Frage noch keinen Beschluß gefaßt. In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, der größten Fraktion des EP, zeichnet sich derzeit ein Kompromiß ab, wonach in jedem Mitgliedstaat eine Abweichung von 4% möglich sein sollte. Mehr aber auf keinen Fall, denn sonst würde das Ziel der

Über das Grundprinzip der Reform besteht weitgehend Einigkeit. Der Dissens beginnt dort, wo es um die konkrete Festlegung der Förderregionen ab dem Jahr 2000 geht.

europäischen Strukturpolitik, nämlich den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu fördern, weiterhin durch nationale Beihilfen konterkariert.

Was die Auswahl der Förderregionen anhand der Kriterien betrifft, so soll auch in Zukunft die Kommission auf Vorschlag der Mitgliedstaaten die Regionen bestimmen, allerdings mit einer entscheidenden Neuerung: Die Mitgliedstaaten dürfen 50% der Ziel-2-Fördergebiete nach sog. „weichen“ Kriterien vorschlagen, die sie im wesentlichen selbst definieren. Einem Teil der Mitgliedstaaten geht selbst diese Regelung nicht weit genug. Sie möchten der Kommission ihre Förderkulisse nur noch zum Abnicken zukommen lassen, ein ggf. weiteres Verhandeln verhindern. Das aber widerspricht dem Grundsatz, daß über europäisches Geld auch europäisch entschieden werden muß.

Streit um Übergangsregelungen

Für Regionen, die aufgrund der Konzentration ab dem Jahr 2000 nicht mehr als förderwürdig anerkannt werden, hat die Kommission ein sog. „phasing-out“, eine Auslaufphase, vorgeschlagen. D.h., daß sie für eine bestimmte Zeit noch in den Genuß einer degressiven Übergangsförderung kommen. Für ehemalige Ziel-1-Regionen soll diese Förderung für weitere sechs Jahre gelten, was bspw. für Ostberlin greifen würde. Ehemalige Ziel-1-Regionen dagegen, die nun die Kriterien für Ziel-2-Regionen erfüllen, sollen sogar für weitere sieben Jahre Fördermittel erhalten, was bspw. für das belgische Hainaut gelten könnte. Ehemalige Ziel-2- und Ziel-5b-Regionen dagegen sollen nur noch für vier Jahre Gelder bekommen.

Und hier beginnt wieder das Hauen und Stechen. Jeder ist sich selbst der Nächste. So fordern Staaten, die von den Kürzungen bei den Ziel-1-Regionen stark betroffen sind, wie bspw. Irland, Portugal, Belgien und Italien, hier eine siebenjährige Übergangsfrist. Und auch das Parlament fordert eine Verlängerung des von der Kommission vorgeschlagenen „phasing-out“, nämlich für alle betroffenen Regionen eine Förderung von sechs Jahren. Dagegen unterstützen die deutschen Sozialdemokraten den Kommissionsvorschlag, der eine bessere Konzentration der Mittel bringt. Für sie gilt das Argument, daß eine unterschiedliche Förderintensität auch eine unterschiedliche Übergangsförderung nach sich ziehen muß. Nicht umsonst gab es die Unterscheidung nach Ziel-1 und Ziel-2.

Interessanterweise sprechen sich einige Mitgliedstaaten für kürzere Auslaufphasen aus (D, F, SV, DK, NL), wobei die Forderung der rot-grünen Bundesregierung am weitesten geht. Obwohl ebenfalls selbst betroffen, fordert Deutschland

im Ministerrat drei- bzw. zweijährige Auslaufphasen, was vor dem Hintergrund verständlich ist, daß jede Verlängerung zu Lasten der Ziel-2-Regionen ginge. Einzelne Übergangsregionen jedoch könnte dies vor Probleme stellen. Die Übergangsförderung muß lang genug

sein, um Rückschritte zu verhindern und eine Konsolidierung des bereits Erreichten zu ermöglichen.

Zur Zukunft des Kohäsionsfonds und der Gemeinschaftsinitiativen

Uneins ist man sich auch über die Zukunft des Kohäsionsfonds, der seinerzeit für Irland, Portugal, Spanien und Griechenland eingerichtet wurde, um ihnen die Teilnahme an der Währungsunion zu ermöglichen. Während Deutschland und andere Nettozahler die Fortführung des Kohäsions-

fonds konsequenterweise nur für Griechenland fordern, das als einziger Staat die Maastricht-Kriterien noch nicht erfüllt, macht Spanien dies im Ministerrat zum „casus belli“. Im Europäischen Parlament haben es die Spanier interessanterweise geschafft, quer durch die Fraktionen eine unheilige Allianz zwischen Briten und Spaniern zu schließen, so daß es in 1. Lesung auch hier zu einem EP-Beschluß für das Weiterbestehen des Kohäsionsfonds für alle vier Staaten kam. Nachdem der spanisch-britische Deal aber nicht in allen Punkten im britischen Sinne ausgegangen ist, ist fraglich, ob diese Allianz auch in 2. Lesung Bestand haben wird.

Einvernehmen herrscht bei Kommission, Rat und Parlament über eine Reduzierung der Gemeinschaftsinitiativen. Aller Voraussicht nach wird sich wohl letztlich der Vorschlag der Kommission durchsetzen, sie von 13 auf drei zu beschränken, um mehr Gelder für die Zielförderung zur Verfügung zu haben und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Das Europäische Parlament hat allen drei von der Kommission vorgeschlagenen Gemeinschaftsinitiativen zugestimmt. Das sind eine Gemeinschaftsinitiative INTERREG für grenzüberschreitende Aktionen, eine Gemeinschaftsinitiative LEADER für ländliche Regionen in Umstrukturierung und eine Gemeinschaftsinitiative EQUAL für die Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stimmte das Parlament noch für die Weiterführung der Gemeinschaftsinitiative URBAN zugunsten benachteiligter Stadtteile und für eine neue Gemeinschaftsinitiative RESTRUCT für Regionen in wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten.

Im Rat gibt es eine große Mehrheit für die Vorschläge der Kommission, wobei sich bemerkenswerterweise Deutschland und Dänemark gegen LEADER und EQUAL aussprechen. Für die Vorschläge des Parlaments gibt es nur vereinzelt Unterstützung, so daß davon auszugehen ist, daß diese Frage auch im Vermittlungsausschuß von EP und Rat zu klären ist.

Europäische Solidarität versus nationaler Egoismus

Es zeigt sich also deutlich, wie schwierig es ist, die widerstrebenden Interessen von 15 Mitgliedstaaten bei einem so wichtigen Thema wie der Strukturfondsreform unter einen Hut zu kriegen. Dabei sollten sich alle an der Entscheidung Beteiligten darüber klar sein, daß wirtschaftlicher Zusammenhalt und sozialer Frieden in der EU und die Osterweiterung der Union nicht zum Nulltarif zu haben sind. Wenn wir es aber mit der europäischen Integration ernst meinen, wenn wir den Integrationsprozeß nicht nur konsolidieren, sondern ihn auch weiterentwickeln wollen, dann müssen alle Mitgliedstaaten der Union dazu bereit sein, Abstriche von ihren Maximalforderungen zu machen. Darunter verstehe ich: eine Verkleinerung der bisherigen Förderkulisse, strenge Ziel-2-Kriterien, eine weitgehende Deckungsgleichheit zwischen europäischen und nationalen Fördergebieten, nur begrenzte Auslaufphasen für ehemalige Fördergebiete, die Rückführung des Kohäsionsfonds auf seinen ursprünglichen Zweck und einen Verzicht auf Extrawürste bei den Gemeinschaftsinitiativen.

Nur mit einer Konzentration der Strukturhilfen auf die wirklich bedürftigsten Regionen kann die bisherige Strukturpolitik erfolgreich weitergeführt und letztlich das wirtschaftliche und soziale Gefälle in der Europäischen Union abgebaut und gleichzeitig die Heranführungsstrategie für die Staaten Mittel- und Osteuropas finanziert werden. Die Europäische Union ist nicht zuletzt eine Wertegemeinschaft, die auf dem Solidaritätsprinzip beruht. Nettozahlerdiskussionen auf dem Rücken der EU-Strukturpolitik austragen zu wollen, steht diesem Grundsatz entgegen.

spw

Während Deutschland und andere Nettozahler die Fortführung des Kohäsionsfonds nur für Griechenland fordern, macht Spanien dies zum „casus belli“.

spw-Jahresregister 1998

Das Jahresregister 1998 hat Ralf Krämer für spw erstellt. Es besteht aus vier Teilen: Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen, Verzeichnis der Artikel, Rezensionen/Buchbesprechungen und dem Sachverzeichnis.

Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen

Nr.	Heft	Monate/Jahr	Schwerpunktthema
1/98	99	Januar/Februar 1998	Sozialdemokratie im Übergang
2/98	100	März/April 1998	Sozialistische Politik und Wirtschaft
3/98	101	Mai/Juni 1998	Solidarität oder Spaltung?
4/98	102	Juli/August 1998	Innovativer Kapitalismus?
5/98	103	September/Oktober 1998	Macht, Demokratie, Protest
6/98	104	November/Dezember 1998	Postindustrieller Kapitalismus?

Verzeichnis der Artikel (sortiert nach AutorInnen)

AutorIn: Titel

AutorIn: Titel	Heft	Seite
<i>Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, Studierenden, Basisgruppen, Kircheninitiativen und den TrägerInnen der Erfurter Erklärung: Aufstehen für eine andere Politik</i>	100	30f.
<i>Albrecht, Thorben: Blair's Britain</i>	99	39
<i>Alternatives 100-Tage-Programm: Für einen grundlegenden Politikwechsel</i>	103	16
<i>Annen, Niels: Von Scharping lernen? Die Vorwahlen der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens</i>	101	58
<i>Augst, Kristina; Ridder-Melchers, Ilse (Interview): 10 Jahre Quote</i>	100	54
<i>Babler, Andreas: Sozialdemokratie in Österreich – eine Standortbestimmung</i>	104	8
<i>Bäcker, Gerhard: Niedriglöhne – der letzte Ausweg zur Eingrenzung der Arbeitslosigkeit?</i>	101	25
<i>Bartels, Peter: Rausschmiß durch soziale Ausgrenzung</i>	102	6
<i>Bieling, Hans-Jürgen: Innovation, Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Zum Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission</i>	103	51
<i>Biermann, Uta; Rünker, Reinhold: Die SPD ist angekommen ...</i>	103	4
<i>Bimboes, Detlef: Zeitreise und Neubeginn materialistischer Theoriebildung</i>	100	14
<i>Bollinger, Stefan; Vilmar, Fritz (Interview): Lernen von der DDR?</i>	102	18
<i>Borchert, Rudolf: Das „Schweriner Modell“: eine Chance für linke Politik</i>	104	4
<i>Bourdieu, Pierre (Gespräch): Über Mehrheiten, Medien und Macht</i>	103	26
<i>Braun, Reiner: Die Chancen nutzen. Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen nach dem Regierungswechsel</i>	104	36
<i>Brüggen, Willy; Klein, Dieter; Westphal, Thomas: Den Marktmechanismus planvoll nutzen? Eine Reformperspektive für die blockierte Industriegesellschaft</i>	104	38
<i>Crossover Thesen: 3. Sektor und integrierte Arbeits- und Gewerbeförderung</i>	102	59
<i>Crossover Thesen: Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit – Umverteilung der Erwerbsarbeit</i>	102	53
<i>Crossover Thesen: Ökologische Steuerreform</i>	102	50
<i>Crossover Thesen: Wirtschaftsdemokratie – Investitionslenkung – Verbraucherdemokratie</i>	102	56
<i>Crossover Thesen: Zweite Bildungsreform gegen Elitepolitik</i>	102	61
<i>Dahlheimer, Achim; Fröhlich, Lothar; Underberg, Barbara: Das Elend der linken Sozialdemokratie an den Hochschulen</i>	100	41
<i>Dehm, Diether: 100 Jahre Brecht – 80 Jahre Taktik der Niederlage</i>	99	57
<i>Dehm, Diether: Sozialistischer Aufbruch mit Kleinbürgern?</i>	103	60
<i>Diefenbacher, Erich: Steueroasen, Off-shore Banken und Wirtschaftskriminalität</i>	101	52
<i>Dobberthin, Marliese: Bundesregierung folgt Gentechnik-Lobby</i>	102	11
<i>dos Santos Hermann, Susana: Auf dem Weg nach Deutschland</i>	99	12
<i>Drohse, Petra: Dienstleistungsagenturen – Schlüssel zur Professionalisierung der Hausarbeit?</i>	104	26
<i>Dütsch, Roman; Krems, Martin: Neuauflage des Magdeburger Modells – Stolperstein oder Diskussionsanstoß?</i>	101	3
<i>Dütsch, Roman: „Hauptsache es kommt gut rüber“. Die SPD auf dem Weg zur Medienpartei</i>	99	19
<i>Eppler, Erhard: Die Wiederherstellung der Politik</i>	103	28
<i>Ewald, Thomas: „Ökosteuern“ in der Debatte – kritische Annäherungen von links</i>	104	52
<i>Fichter, Tilman: Eliten- und Theoriebildung in der SPD nach 1945</i>	99	42
<i>Fischer, Andrea: (s. Round table)</i>	101	41
<i>Frankfurter Kreis: Vom Regierungswechsel zum Politikwechsel</i>	103	14
<i>Franz, Ulf Birger: Am Beginn einer neuen Ära? Die Jusos nach dem Bundeskongreß von Essen</i>	101	7
<i>Franz, Ulf-Birger: Die Krise, der Neoliberalismus und die Suche nach einer neuen Prosperitätskonstellation</i>	99	36
<i>Fröhlich, Lothar: (s. Dahlheimer, Achim)</i>	100	41
<i>Gehrcke, Wolfgang: Der Wechsel und eine gestärkte PDS</i>	103	13
<i>Gehrcke, Wolfgang: Sozialismus im 21. Jahrhundert</i>	100	27
<i>Gerszewski, Stefanie; Neumann, Lars: Vorwärts und reflektieren. 20 Jahre spw – die Geburtstagsfeier im Willy-Brandt-Haus Berlin</i>	104	6
<i>Glawe, Heiko: (Haar)Risse im neoliberalen Fundament!? – Memorandum 1998</i>	101	47
<i>Göll, Edgar: Lokale Agenda 21 – zwischen Sandkasten und Systemveränderung</i>	104	54
<i>Hahn, Reinhard: Wer, wenn nicht Wir. Jugendbündnis für eine zukunftsfähige Politik</i>	100	10
<i>Hansen, Ralf: Das Nachtgesicht des Neoliberalismus. Konturen einer neuen „Sicherheitsgesellschaft“</i>	100	44

<i>Haug, Frigga</i> : Kampf gegen den Neoliberalismus	100	29
<i>Hensche, Detlef</i> : Der soziale Protest in Deutschland und die Rolle der Gewerkschaften	103	42
<i>Hirsch, Jürgen; Mann, Thomas</i> : Österreich 1998 – europäisch oder „anders“	100	58
<i>Höhn, Bärbel</i> : Große Koalition gegen den Naturschutz?	102	8
<i>Horstmann, Axel</i> : Point of no return oder turning point in der Gesundheitspolitik?	99	4
<i>Jobelius, Sebastian; Rünker, Reinhold</i> : Wie weich ist die harte Kante? Sozialdemokratischer Führungswechsel in NRW	102	13
<i>Jobelius, Sebastian; Vössing, Konstantin</i> : Gesellschaftliche Problemlösung durch Innovation im Bildungswesen	102	45
<i>Klein, Dieter</i> : (s. Brüggen, Willy)	104	38
<i>Knake-Werner, Heidi</i> : (s. Round table)	101	41
<i>Krämer, Ralf; Schuster, Joachim</i> : Postindustrieller Kapitalismus?: Einleitung zum Heftschwerpunkt	104	14
<i>Krämer, Ralf; Schuster, Joachim</i> : Dienstleistungsgesellschaft als Herausforderung gesellschaftlicher Regulation	104	15
<i>Krämer, Ralf</i> : Aufstehen für eine andere Politik. Bochumer Ratschlag beschließt Großdemon am 20.06.98 in Berlin	100	7
<i>Krämer, Ralf</i> : Drei Ziele – kein Weg: Neo-Sozialdemokratie. Kritik der Studie der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung	101	10
<i>Krämer, Ralf</i> : Endlich auf der Straße: Die neue A-Klasse	100	13
<i>Krämer, Ralf</i> : Solidarität oder Spaltung? Einleitung zum Heftschwerpunkt	101	17
<i>Krämer, Ralf</i> : Sozialistische Politik und Wirtschaft. Einleitung zum Heftschwerpunkt	100	17
<i>Krämer, Ralf</i> : Sozialökonomische Krisenprozesse und Alternativen der sozialistischen Linken	103	62
<i>Krätke, Michael R.</i> : Paul Levi (1883 – 1930): Der letzte Ritter	100	31
<i>Krebs, Carsten; Reiche, Danyel</i> : Beschäftigungswirkungen einer ökologischen Steuerreform	103	57
<i>Kremer, Uwe</i> : Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie	100	20
<i>Krugman, Paul</i> : Die Lokalisierung der Weltökonomie	102	32
<i>Künkler, Martin</i> : Belebt Wettbewerb tatsächlich das Geschäft? Und: wessen Geschäfte?	104	43
<i>Levi, Paul</i> : 80 Jahre. Zum Geburtstag des Kommunistischen Manifestes	100	18
<i>Liedtke, Christa</i> : (s. Vogel, Arno)	104	28
<i>Lutz, Burkart (Gespräch)</i> : „Wir wissen nicht einmal, wie wir unsere Kinder erziehen sollen!“ Krisenerscheinungen im modernen Kapitalismus	101	37
<i>Lutz, Dieter S.</i> : Heute die NATO im Kosovo, morgen Rußland im Baltikum, übermorgen die ganze Welt?	102	4
<i>Martens, Jens</i> : MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-) Regulierung	100	48
<i>Meyer, Christoph</i> : Protest von rechts: Faschismus mit antikapitalistischem Antlitz	103	47
<i>Meyer, Dirk; Zoerner Birgit</i> : „Jugend in Arbeit“ – wider die Politikrituale nach Sachsen-Anhalt	101	5
<i>Meyer, Dirk; Zoerner, Birgit</i> : Vom Tagelöhner zum Kombilöhner	102	41
<i>Mikfeld, Benjamin; Wischmeier, Jessica</i> : Innovation, Arbeitspolitik und neues Sozialstaatsverständnis	102	36
<i>Mikfeld, Benny</i> : „Das marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je hatte.“	100	5
<i>Möbbeck, Susi</i> : kurzum	103	2
<i>Möbbeck, Susi</i> : Was bleibt vom Berliner Programm?	99	33
<i>Mommsen, Hans</i> : „Das Schwarzbuch des Kommunismus“: Ein Bestseller im Dienste des Ressentiments	102	16
<i>Müller, Kerstin</i> : Nach der Wahl – in eine neue Ära	103	12
<i>Nahles, Andrea</i> : SPD spielt „Bad Cop – Good Cop“	100	2
<i>Nahles, Andrea</i> : Wenn der Genosse der Bosse mit dem Boss der Genossen ...	103	10
<i>Neumann, Kurt</i> : Rechtsstaatlicher Unfug – oder mehr? Wie Gregor Gysi das Fell über die Ohren gezogen werden soll	102	20
<i>Neumann, Lars; Marquaß, Hanna</i> : „Wer nichts Neues bringt, muß den Weg frei machen“	102	48
<i>Neumann, Lars</i> : (s. Gerszewski, Stefanie)	104	6
<i>Neumann, Ulrike</i> : Die Rechtmäßigkeit der Quote	99	15
<i>Notz, Gisela</i> : Bürgerarbeit und Gemeinsinn – Vereinnahmung oder soziale Innovation?	102	64
<i>Offermann, Volker</i> : Von der vermeintlichen Erschöpfung des Wohlfahrtsstaates	101	18
<i>Reiche, Danyel</i> : (s. Krebs, Carsten)	103	57
<i>Ridder-Melchers, Ilse</i> : (s. Augst, Kristina)	100	54
<i>Riedemann, Sonja</i> : Eigentlich Streik	99	50
<i>Rilling, Rainer</i> : Diese Seite der Politik befindet sich noch im Aufbau	104	31
<i>Round table mit Fischer, Andrea; Knake-Werner, Heidi; Schmitthenner, Horst; Schreiner, Ottmar</i> : Reformperspektiven des Sozialstaats	101	41
<i>Rudolph, Karsten</i> : Politikwechsel. Der neue Ort der sozialdemokratischen Linken nach dem 27. September	103	34
<i>Rünker, Reinhold</i> : (s. Jobelius, Sebastian)	102	13
<i>Rünker, Reinhold</i> : (s. Biermann, Uta)	103	4
<i>Rünker, Reinhold</i> : (s. Wilhelmy, Frank)	103	24
<i>Rünker, Reinhold</i> : Sozialdemokratie im Übergang. Einleitung zum Heftschwerpunkt	99	17
<i>Schaller, Marcel</i> : Tilman Fichters politische Sackgasse	100	39
<i>Schauff, Frank</i> : Die russische Version des Neoliberalismus	102	70
<i>Schiller-Dickhut, Reiner</i> : Von Konzernen lernen?... führt zur Kommerzialisierung des Politischen	104	48
<i>Schmitthenner, Horst</i> : (s. Round table)	101	41
<i>Schreiner, Ottmar</i> : (s. Round table)	101	41
<i>Schulze, Svenja</i> : Kein Ende vor der Wende! Rot-Grün in NRW	99	20
<i>Schuster, Joachim; Westphal, Thomas</i> : Innovativer Kapitalismus? Einleitung zum Heftschwerpunkt	102	24
<i>Schuster, Joachim</i> : (s. Krämer, Ralf)	104	14
<i>Schuster, Joachim</i> : (s. Krämer, Ralf)	104	15
<i>Schuster, Joachim</i> : Crossover-Kongreß: Vom Machtwechsel zum Politikwechsel	99	7

<i>Schuster, Joachim</i> : Innovation nur bei Rückzug des Staates?	103	49
<i>Schuster, Joachim</i> : Konturen eines grünen Europas	100	57
<i>Schwemmlé, Michael</i> : Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft	104	21
<i>Seidel, Eckhart</i> : Noch nicht gefunden: Die verlorene Jugend	99	47
<i>Sitte, Ralf</i> : Wider die Zapfsäulenideologie im Klimaschutz	101	6
<i>Skarpelis-Sperk, Sigrid</i> : Optionen des MAI	104	58
<i>spw-intern</i>	99	10
<i>spw-intern</i>	100	15
<i>spw-intern</i>	101	8
<i>spw-intern</i>	102	7
<i>spw-intern</i>	103	8
<i>spw-intern</i>	104	8
<i>Stolz-Willig, Brigitte</i> : Soziale Sicherung und Geschlechterrollen	101	32
<i>Underberg, Barbara</i> : (s. Dahlheimer, Achim)	100	41
<i>Unger, Frank; Wehr, Andreas</i> : Links neu durchdenken	99	24
<i>Vilmar, Fritz</i> : (s. Bollinger, Stefan)	102	18
<i>Vogel, Arno; Liedtke, Christa</i> : Öko-effiziente Dienstleistungen	104	28
<i>Volkmann, Rainer</i> : Wie Beschäftigungspolitik diskreditiert wurde	101	49
<i>von Larcher, Detlev</i> : Aufbruch nach links oder ab durch die „neue Mitte“?	103	9
<i>Vorberg, Uwe</i> : „Wie Reichtum Armut schafft“	104	12
<i>Wahl, Peter; Zugehör, Rainer</i> : Totgesagte leben länger. MAI-Verhandlungen sechs Monate auf Eis	101	9
<i>Walther, Claudia</i> : (s. Wilhelmy, Frank)	103	24
<i>Walther, Claudia</i> : 90 Jahre IUSY	99	11
<i>Walther, Claudia</i> : Europa – im Namen der Rose?	103	37
<i>Wehr, Andreas</i> : (s. Unger, Frank)	99	24
<i>Wehr, Andreas</i> : Die SPD hat sich außerhalb der Friedenspolitik Willy Brandts gestellt	104	11
<i>Wehr, Andreas</i> : Europa versus Nationalstaat?	103	39
<i>Wehr, Andreas</i> : kurzum	102	2
<i>Weinz, Wolfgang</i> : EU-Erweiterung: Das Ende einer Illusion	102	68
<i>Westphal, Thomas</i> : (s. Brüggén, Willy)	104	38
<i>Westphal, Thomas</i> : kurzum	104	2
<i>Westphal, Thomas</i> : Programmierteres Wachstum und moderner Kapitalismus	102	25
<i>Wilhelmy, Frank; Rünker, Reinhold; Walther, Claudia</i> : Macht – Demokratie – Protest: Einleitung zum Heftschwerpunkt	103	24
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Kampa for ever	103	23
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Tanz in das M.A.I.?	99	14
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Die Modernisierer, der Fehlstart und das doppelte Desaster	104	13
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises	100	9
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Künstliche Aufregung	100	16
<i>Wogawa, Stefan</i> : Nur ein treuer Gefolgsmann Hitlers. Rechtsradikalismus in der Bundeswehr	99	6
<i>Zugehör, Rainer</i> : „Keine Angst vor der Globalisierung“.		
Besprechung des neuen Buches von Oskar Lafontaine und Christa Müller	101	15
<i>Zugehör, Rainer</i> : Gipfel der Beschäftigungsblockade	99	55

Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach AutorInnen der Bücher)

AutorIn: Titel (AutorIn der Rezension)	Heft	Seite
<i>Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik</i> : Memorandum 98 (Glawe)	101	47
<i>Courtois, Stéphane (Hg.)</i> : Schwarzbuch des Kommunismus (Mommsen)	102	16
<i>Glawe, Heiko; Schröder, Markus</i> : Der Euro und die 'Idee Europa' – Katalysator oder Sprengsatz der Integration? (Schuster)	100	57
<i>Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen</i> : Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teile I – III (Bieling)	103	51
<i>Lafontaine, Oskar; Müller, Christa</i> : Keine Angst vor der Globalisierung (Zugehör)	101	15
<i>Lambrecht, Lars; Tjaden, Karl Hermann; Tjaden-Steinhauer, Margarete</i> : Gesellschaft von Olduvai bis Uruk (Bimboes)	100	14
<i>Meyer, Christoph</i> : Die deutschlandpolitische Doppelstrategie (dos Santos Hermann)	99	12
<i>Telkemper, Wilfried; Deutsche MdEPs Bündnis 90/Die Grünen</i> : Maastricht II am Scheideweg – Reformen für Europa anstacheln (Schuster)	100	57
<i>von Pierer, Heinrich; von Oetinger, Bolko</i> : Wie kommt das Neue in die Welt? (Neumann, Marquaß)	102	48
<i>Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung</i> : Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele- ein Weg (Krämer)	101	10
<i>Zinn, Karl Georg</i> : Wie Reichtum Armut schafft (Vorberg)	104	12

Sachverzeichnis

Die Angaben hinter den Stichworten beziehen sich auf Heftnummer/Seitenzahl und AutorInnen der Beiträge (es ist nur der erste Name genannt), deren Titel im alphabetischen AutorInnenverzeichnis nachgeschlagen werden können.

Stichwort: Heft/Seite AutorIn

Arbeit/Bündnis für Arbeit/Zukunft der Arbeit/Beschäftigungspolitik: 99/55 Zugehör, 101/5 Meyer, 101/10 Krämer, 101/25 Bäcker, 101/41 Round table, 101/47 Glawe, 101/49 Volkmann, 102/36 Mikfeld, 102/42 Meyer, 102/53 Crossover-Thesen, 102/64 Notz, 103/18 Alternatives 100-Tage-Programm, 103/51 Bieling, 103/57 Reiche, 104/15 Krämer, 104/21 Schwemmlé,

104/26 Drohsel, 104/43 Künkler
Arbeitszeitverkürzung: 102/53 Crossover-Thesen
Ausländer-/Asylpolitik: 102/6 Bartels, 103/22 Alternatives 100-Tage-Programm
Bildung/Ausbildung: 102/45 Jobelius, 102/61 Crossover-Thesen, 103/20 Alternatives 100-Tage-Programm
Crossover: 99/7 Schuster, 102/50 Crossover-Thesen, 102/53 Crossover-Thesen, 102/56 Crossover-Thesen, 102/59 Crossover-Thesen, 102/61 Crossover-Thesen, 104/38 Brüggen, 104/43 Künkler, 104/48 Schiller-Dickhut
DDR: 102/16 Mommsen, 102/18 Bollinger, 102/20 Neumann
Deutschland/Innenpolitik: 100/44 Hansen, 102/2 Wehr, 102/20 Neumann
Energiepolitik/Solarer Umbau: 103/21 Alternatives 100-Tage-Programm
Europa/EU: 99/55 Zugehör, 100/57 Schuster, 100/58 Hirsch (Österreich), 101/58 Annen (Spanien), 102/68 Weinz (EU), 103/19 Alternatives 100-Tage-Programm, 103/37 Walther, 103/39 Wehr
Finanzpolitik/Steuerpolitik: 101/52 Diefenbacher, 103/57 Reiche, 104/13 Winsemann, 104/52 Ewald
Frauenpolitik/Frauenbewegung: 99/15 Neumann, 100/54 Augst
Friedenspolitik/Friedensbewegung: 99/6 Wogawa, 102/4 Lutz, 104/11 Wehr
Gemeinwirtschaft/Neue Gemeinwirtschaft/3.Sektor: 102/59 Crossover-Thesen, 104/43 Künkler
Geschichte/Linke Geschichten/Geschichtspolitik: 99/12 dos Santos Hermann, 99/42 Fichter, 100/18 Levi, 100/31 Krätke, 100/39 Schaller, 102/16 Mommsen
Geschlechterverhältnisse/Gender: 101/32 Stolz-Willig, 102/64 Notz
Gesellschaftstheorie: 100/14 Bimboes
Gewerkschaften: 103/42 Hensche
Grüne: 100/57 Schuster, 103/12 Müller
Hochschule: 99/50 Riedemann, 100/41 Dahlheimer
Internationalisierung/Globalisierung: 99/14 Wilhelmy, 100/48 Martens, 101/9 Wahl, 101/52 Diefenbacher, 104/58 Skarpelis-Sperk
IUSY: 99/11 Walther
Jahresregister: 99/29 (1997)
Jugend: 99/47 Seidel, 99/50 Riedemann, 100/10 Hahn, 101/5 Meyer
Jusos: 99/42 Fichter, 99/47 Seidel, 100/39 Schaller, 101/7 Franz, 103/16 Wischmeier, 103/16 Alternatives 100-Tage-Programm
Kapitalismus: 99/36 Franz, 101/37 Lutz, 102/25 Westphal, 103/62 Krämer, 104/124 Krämer, 104/15 Krämer, 104/21 Schwemmler, 104/38 Brüggen
Linke/Linke Strategie: 99/36 Franz, 99/57 Dehm, 100/17 Krämer, 100/20 Kremer, 100/27 Gehrcke, 100/29 Haug, 103/26 Bourdieu, 103/28 Eppler, 103/34 Rudolph, 103/37 Walther, 103/39 Wehr, 103/42 Hensche, 103/60 Dehm, 103/62 Krämer, 104/36 Braun, 104/38 Brüggen, 104/54 Göll
Marxismus: (siehe TheoretikerInnen und Gesellschaftstheorie und Kapitalismus)
Medien: 103/26 Bourdieu, 104/31 Rilling
Neoliberalismus: 101/25 Bäcker, 102/48 Neumann, 102/64 Notz, 103/51 Bieling
PDS: 103/2 Möbbeck, 103/13 Gehrcke, 104/4 Borchert
Politikwechsel: 99/7 Schuster, 100/7 Krämer, 100/10 Hahn, 100/13 Krämer, 100/30f. Aktionsbündnisse, 103/4 Biermann, 103/9 von Larcher, 103/10 Nahles, 103/12 Müller, 103/13 Gehrcke, 103/14 Frankfurter Kreis, 103/16 Wischmeier, 103/16 Alternatives 100-Tage-Programm, 104/4 Borchert, 104/36 Braun
Politische Theorie/Demokratie: 103/24 Wilhelmy, 103/26 Bourdieu, 103/28 Eppler, 103/34 Rudolph, 103/37 Walther, 103/39 Wehr, 104/33 Rilling
Rechte Politik und Ideologie/Rechtsextremismus: 99/6 Wogawa, 100/44 Hansen, 103/47 Meyer
Rot-Grün/Rot-Rot-Grün: 103/10 Nahles, 104/4 Borchert, 104/13 Winsemann
Sozialdemokratie/SPD allgemein: 99/17 Rünker, 99/19 Dütsch, 99/24 Unger, 99/33 Möbbeck, 99/42 Fichter, 99/47 Seidel, 100/2 Nahles, 100/5 Mikfeld, 100/16 Winsemann, 100/39 Schaller, 101/10 Krämer, 101/15 Zugehör, 103/10 Nahles, 103/23 Wilhelmy, 104/2 Westphal, 104/11 Wehr, 104/13 Winsemann
Sozialdemokratie/SPD Parteilinke: 99/24 Unger, 99/36 Franz, 100/2 Nahles, 100/9 Winsemann, 100/41 Dahlheimer, 103/14 Frankfurter Kreis, 103/34 Rudolph, 104/4 Borchert
Sozialdemokratie/SPD regional: 99/21 Schulze (NRW), 101/3 Dütsch (Sachsen-Anhalt), 102/13 Jobelius (NRW)
Sozialdemokratie international: 99/24 Unger, 99/39 Albrecht (GB), 100/58 Hirsch (Österreich), 101/58 Annen (Spanien), 104/8 Babler (Österreich)
Sozialistische Politik/Strategie: (s. Linke)
Sozialpolitik/Sozialstaat: 99/4 Horstmann, 100/13 Krämer, 101/17 Krämer, 101/18 Offermann, 101/25 Bäcker, 101/32 Stolz-Willig, 101/41 Round table, 102/36 Mikfeld, 102/42 Meyer, 102/64 Notz, 103/18 Alternatives 100-Tage-Programm, 103/51 Bieling
spw: 99/10 spw-intern, 99/29 (Jahresregister 1997), 100/15 spw-intern, 101/8 spw-intern, 102/7 spw-intern, 103/8 spw-intern, 104/6 Gerszewski, 104/8 spw-intern
Staat/Staatsreform: 103/49 Schuster, 104/48 Schiller-Dickhut
Technologie-/Forschungspolitik/Gentechnik: 102/11 Dobberthien, 104/31 Rilling
TheoretikerInnen: 99/57 Dehm, 100/31 Krätke
Umwelt/Ökologie: 101/6 Sitte, 102/8 Höhn, 102/50 Crossover-Thesen, 103/57 Reiche, 104/28 Vogel, 104/52 Ewald
Wahlen/Deutschland: 102/2 Wehr, 103/2 Möbbeck, 103/4 Biermann, 103/9 von Larcher, 103/10 Nahles, 103/12 Müller, 103/13 Gehrcke, 103/23 Wilhelmy
Wirtschaftspolitik/Wirtschaftsdemokratie/Ökonomie: 99/55 Zugehör, 100/20 Kremer, 101/10 Krämer, 101/15 Zugehör, 101/37 Lutz, 101/47 Glawe, 101/49 Volkmann, 102/24 Schuster, 102/25 Westphal, 102/32 Krugman, 102/56 Crossover-Thesen, 103/49 Schuster, 103/60 Dehm, 103/62 Krämer, 104/12 Vorberg, 104/14 Krämer, 104/15 Krämer, 104/28 Vogel, 104/38 Brüggen, 104/48 Schiller-Dickhut

Tarifpolitik unter dem Euro

Wenn die erste Euphorie über den gelungenen Start der Europäischen Währungsunion (EWU) an den internationalen Finanzmärkten verfliegen sein wird, werden die grundlegenden sozialen und ökonomischen Probleme in Westeuropa wieder mit Macht auf die Tagesordnung drängen. Zu den bislang ungelösten Problemen gehört auch die Frage, welche Rolle zukünftig die Tarifpolitik im Euroland spielen wird. Folgt man dem nach wie vor neoliberal geprägten wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream, so steht die Tarifpolitik zukünftig vor der Aufgabe, die Funktion der Wechselkurse zu übernehmen und als eine Art „Schockabsorber“ unterschiedliche ökonomische Entwicklungsniveaus in Europa auszugleichen. Im Klartext bedeutet dies, daß zukünftig auftretende nationale Wettbewerbsverschiebungen primär durch eine Reduzierung der Arbeitskosten kompensiert werden sollen.¹

Aus Sicht der Arbeitgeberverbände und Unternehmen gewinnt die Tarifpolitik im Euroland vor allem dadurch an Bedeutung, daß sich die Tarifabschlüsse nun weit deutlicher als bisher auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit niederschlagen werden. Erst unter den Bedingungen des Euro kann die Durchsetzung einer „zurückhaltenden“ oder „moderaten“ Tarifpolitik ihre volle Wirkung entfalten, läuft sie nun doch nicht mehr Gefahr, durch eine mögliche Aufwertung der nationalen Währung konterkariert zu werden. Damit steigt jedoch der Anreiz für eine tarifpolitische „Beggarmy-neighbour-Strategie“, die durch ein bewußtes Nichtausschöpfen der nationalen Verteilungsspielräume darauf abzielt, die eigene Wettbewerbsposition auf Kosten der europäischen Nachbarländer auszubauen. Da unter diesen Bedingungen über kurz oder lang wahrscheinlich alle Euro-Staaten eine solche tarifpolitische Strategie verfolgen würden, wäre das Ergebnis ein tarifpolitischer Unterbietungswettlauf, der neben den sozialpolitischen Verwerfungen auch erhebliche ökonomische Risiken in Hinblick auf eine mögliche Deflationsspirale mit sich bringen würde.²

Auch die europäischen Gewerkschaften haben von Anfang an die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung vornehmlich aus prinzipiellen integrationspolitischen Gründen unterstützt. Die tarifpolitischen Konsequenzen des Euro wurden dabei jedoch entweder kaum zur Kenntnis genommen oder in ihrer Tragweite deutlich unterschätzt. Erst in jüngster Zeit lassen sich vermehrt gewerkschaftliche Initiativen beobachten, die auf die absehbaren tarifpolitischen Risiken im Euroland aufmerksam machen und als strategischen Ausweg eine stärkere *Europäisierung der Tarifpolitik* einfordern. Die tarifpolitische Praxis ist von dieser Forderung jedoch bislang weitgehend unberührt geblieben; auch unter Euro-Bedingungen wird zunächst einmal nach der Devise „Business as usual“ verfahren.

Zwischen Dezentralisierung und Renationalisierung: Tarifpolitische Entwicklungstrends in Westeuropa

Das weitgehende Fehlen entwickelter gewerkschaftlichen Debatten oder gar praktischer Ansätze einer Europäisierung der Tarifpolitik erscheint um so bemerkenswerter, als daß die nationalen Tarifvertragssysteme unter den Bedingungen einer weitgehend liberalisierten und deregulierten Weltwirtschaft bereits seit län-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Arbeitsbeziehungen im Euroland

Chancen und Widerstände einer Europäisierung der Tarifpolitik

von Thorsten Schulten*

gerem unter einem hohen Anpassungsdruck stehen und in zunehmenden Maße ihre Steuerungskompetenzen einbüßen. Vor allem in den hochgradig miteinander verflochtenen Ökonomien Westeuropas sind die nationalen Tarifvertragsbestimmungen spätestens seit der Einführung des europäischen Binnenmarktes einer harten Regimekonkurrenz ausgesetzt. Grenzüberschreitende Standortkonkurrenzen gehören dabei ebenso zur betrieblichen Alltagserfahrung wie der Versuch von Unternehmensleitungen, diese als Drohpotential gegenüber ihren Betriebsräten und Belegschaften für die Durchsetzung sozialer Zugeständnisse zu instrumentalisieren.

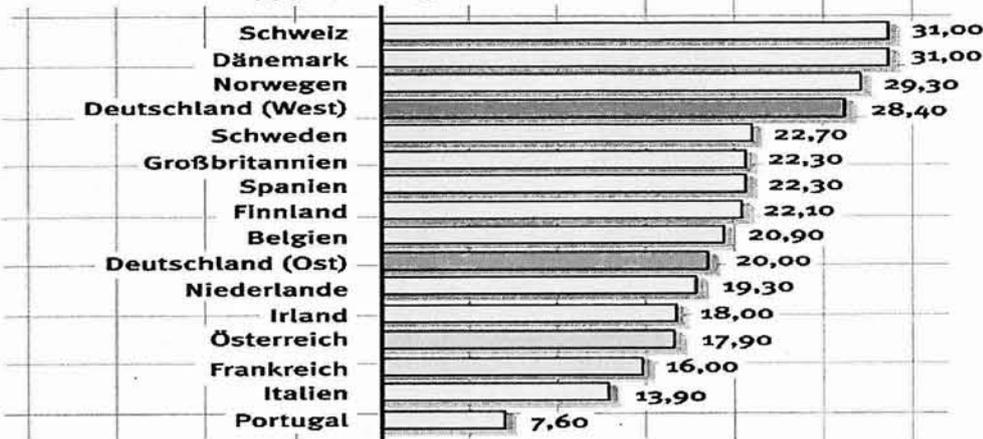
Im Ergebnis kommt es zu einer sukzessiven Verbetrieblichung der Tarifpolitik, bei der immer mehr Unternehmen faktisch aus dem Regelungsbereich überbetrieblicher Flächentarifverträge „aussteigen“ und eigene hausinterne Regelungen etablieren. Die nationalen Gewerkschaften werden demgegenüber in ihrer überbetrieblichen Macht- und Verhandlungspositionen deutlich geschwächt. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit bildet sich eine neue Form des betrieblichen „Concession Bargaining“ (Aushandeln von Zugeständnissen, d. Red.) heraus, dessen Kern in einem politischen Tauschgeschäft liegt, bei dem eine relative Beschäftigungssicherheit der Kernbelegschaften durch den Verzicht auf soziale Leistungen und arbeitspolitische Schutzregelungen „erkauft“ wird.

Im Klartext bedeutet dies, daß zukünftig auftretende nationale Wettbewerbsverschiebungen primär durch eine Reduzierung der Arbeitskosten kompensiert werden sollen.

* Thorsten Schulten, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Europa: Löhne noch weit auseinander

Durchschnittliche Stundenlöhne (brutto) in der westeuropäischen Metallindustrie 1997 in DM (gerundet)



Quelle: EMB/Gesamtmetall

Die zunehmende ökonomische Internationalisierung in Europa scheint zunächst weniger eine Europäisierung als vielmehr eine Dezentralisierung der Tarifpolitik zu begünstigen. Allerdings hat der Dezentralisierungstrend bislang mit Ausnahme von Großbritannien in keinem anderen europäischen Land zu einem kompletten Verschwinden überbetrieblicher Tarifvertragssysteme geführt. Sektorale Flächentarifverträge stellen im Gegenteil in vielen Ländern nach wie vor die wichtigste Tarifvertragsstufe dar, wenn auch mit recht unterschiedlich ausgeprägten Regelungsbefugnissen und zum Teil sehr

weitgehenden betrieblichen Abweichungsmöglichkeiten.³

Parallel zur Dezentralisierung der Tarifvertragsbeziehungen läßt sich insbesondere seit Anfang der 90er Jahre vermehrt ein scheinbar gegenläufiger Trend beobachten, der auf eine „Renationalisierung“ der Tarifpolitik deutet. In zahlreichen europäischen Staaten kommt es dabei zu einer erneuten nationalen Einbindung der Tarifpolitik im Rahmen „neo-korporatistischer Sozial- oder Wettbewerbspakte“.⁴ Im Unterschied zu den Formen neo-korporatistischer Konzertierung in den 70er Jahren, die seinerzeit in eine keynesianische Konzeptionen der Makrosteuerung eingebunden waren, entsteht mit den Sozialen Pakten der 90er Jahre eine neue Form des nationalen „Angebotskorporatis-

mus“, dessen Hauptziel in einer angebotsseitigen Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen besteht und der dabei insbesondere die Gewerkschaften auf eine „moderate“ Lohn- und Tarifpolitik verpflichtet. So beschreibt etwa die EU-Kommission den Kern der neuen Sozialpakete als „Vereinbarungen der Sozialpartner, die zum Ziel haben, den Reallohnzuwachs auf einen Wert unterhalb des Produktivitätszuwachses abzusinken oder den Reallohnzuwachs im Vergleich mit Lohnsteigerungen der wichtigsten Handelspartner zu mäßigen.“⁵

In der Tat wird mit der Bildung nationaler Sozialpakete ein bereits seit den 80er Jahren überall in Europa beobachtbarer tarifpolitischer Paradigmenwechsel zum Programm erhoben, der als Übergang von einer *produktivitäts-* zu einer *wettbewerbsorientierten Tarifpolitik* bezeichnet werden kann. War die Tarifpolitik in der Periode des europäischen Fordismus noch bis in die 70er Jahre hinein durch eine enge Koppelung von Lohn- und Produktivitätsentwicklung gekennzeichnet, so ist es den europäischen Gewerkschaften seither kaum mehr gelungen, den durch das Produktivitätswachstum vorgegebenen Verteilungsspielraum auszuschöpfen. Im Ergebnis kam es in fast allen europäischen Ländern zu einer massiven Umverteilung von Arbeitnehmer- zu Kapitaleinkommen und einem generellen Absenken der gesamtwirtschaftlichen Lohnquoten.⁶

Die Unterordnung der Tarifpolitik unter die nationale Wettbewerbs- und Standortlogik stellt mittlerweile fast überall in Europa das vorherrschende Strukturprinzip dar, in dem die scheinbar widersprüchlichen Entwicklungstrends von Renationalisierung und Dezentralisierung zusammenlaufen. Während auf nationaler Ebene die grundlegende Wettbewerbsorientierung der Tarifpolitik festgeschrieben wird, sorgt die Aufwertung der Unternehmensebene für eine den betriebswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Differenzierung und Flexibilisierung tarifpolitischer Regelungen. Verteilungspolitisch ist der Absenkungswettbewerb in Europa damit bereits im vollen Gange. Mit dem Wegfall der Wechselkurse in Euroland dürfte sich die Fortschreibung einer wettbewerbsorientierten Tarifpolitik jedoch noch gravierender auf die soziale und ökonomische Gesamtentwicklung auswirken.

Supranationale Tarifpolitik in Europa – Bescheidene Ansätze und enttäuschte Hoffnungen

Wenn die nationale Tarifpolitik unter den Bedingungen der EWU alleine nicht mehr in der Lage ist, ihre klassischen Regulierungsfunktion wahrzunehmen und den Lohn- und Arbeitskostenwettbewerb zu beschränken, so erscheint der Aufbau eines supranationalen Tarifvertragsystems in Europa die logische Konsequenz zu sein. Allerdings stehen alle Diskussionen zu dieser Frage zunächst vor dem grundlegenden Dilemma, daß zwischen den Ta-

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFKLÄRUNG diesseits

diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

diesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
Hobrechtstraße 8
12043 Berlin
Telefon 030/613 904-0
Fax 030/613 904-50

rifvertragsparteien interessenpolitisch diametral entgegengesetzte Ausgangspositionen bestehen. Während aus Arbeitgeberseite die europäische Integration als ein primär neoliberales Deregulierungsprojekt gerade einen bedeutsamen Hebel darstellt, um die „institutionellen Rigiditäten“ nationaler Tarifvertragsbeziehungen weiter einzuschränken und die damit einhergehende Machtverschiebung zu stabilisieren, ist aus Arbeitnehmer- und Gewerkschaftssicht die Perspektive eines europäischen Tarifvertragssysteme gerade mit der Hoffnung verbunden, auf nationaler Ebene verlorene Machtressourcen wieder zurückzugewinnen. „Als Resultat findet die Arbeitnehmerseite, wenn sie ihr internationales Klasseninteresse verfolgt, keinen Gesprächspartner, da die Arbeitgeber in der Verfolgung ihres internationalen Klasseninteresses an Nichtregulierung und Nichtentscheidung sich weigern mitzuspielen.“⁷

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach der Entwicklung eines europäischen Tarifvertragssystem zu vorderst eine Frage nach dem zukünftigen politischen Charakter des europäischen Integrationsprozesses. In der Tat wären bereits alle bisherigen arbeitspolitischen Ansätze auf EU-Ebene ohne das politische Wirken der Europäischen Kommission und des Ministerrates kaum denkbar gewesen. Hervorzuheben ist hierbei vor allem die Verabschiedung des Maastrichter Sozialprotokolls von 1991 (das mittlerweile als eigenes Sozialkapitel Eingang in den Vertrag von Amsterdam gefunden hat) mit dem erstmals eine – wenn auch unvollständige – rechtlich Grundlage für europäische Rahmentarifverträge geschaffen wurde. In der Folgezeit kam es erstmals in der Geschichte der Europäischen Union in zwei Fällen zur Verabschiedung europäischer Rahmenabkommen zwischen dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem europäischen Arbeitgeberdachverband (UNICE), in denen für die Bereiche Elternurlaub und Regulierung von Teilzeit bestimmte europäische Mindeststandards festgelegt wurden. Trotz ihrer äußerst bescheidenen Substanz und eher symbolischen Bedeutung kamen diese Vereinbarungen jedoch nur deshalb zustande, weil Kommission und Rat im Hintergrund mit der Verabschiedung einer Richtlinie „drohten“.

Schon bei konflikträchtigeren Themen, wie der Einführung Europäischer Betriebsräte oder aktuell der Absicherung allgemeiner Informations- und Konsultationsrechte erwies sich diese neue Form des „kompensatorischen Sozialdialogs“ als wenig belastbar und hat wegen des Widerstandes der Arbeitgeberseite zum Scheitern der Verhandlungen geführt. Die wirklich „harten“, verteilungspolitisch relevanten Bereiche (wie die Lohnfrage) wurden zudem von vornherein explizit aus dem Geltungsbereich des Maastrichter Sozialabkommens ausgeschlossen; das gleiche gilt für die Bereitstellung elementarer Konstitutionsbedingungen eines autonomen Tarifvertragssystem (wie z.B. das Koalitions- oder das Streikrecht).

Um von den bestehenden Ansätzen des „sozialen Dialogs“ in Europa tatsächlich zu einem supranationalen Tarifsystem zu gelangen, würde es weit umfangreicher politischer und gesetzlicher „constraints“ (Zwänge, d. Red.) bedürfen, die im Endeffekt die Existenz eines entwickelten supranationalen Sozialstaates auf europäischer Ebene zur Voraussetzung hätten. Nur ein starker europäischer Sozialstaat würde in Verbindung mit europaweit handlungs- und konfliktfähigen Gewerkschaften über die nöti-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



ge politische Macht verfügen, die politischen Rahmenbedingungen soweit zu verändern, daß die Arbeitgeberseite selbst ein Interesse an einer Europäisierung der Tarifpolitik entwickeln könnte. Da jedoch solch weitreichende politische Veränderungen auch unter den Bedingungen neuer sozialdemokratischer Mehrheiten derzeit kaum zu erwarten sind, muß auch die Hoffnung auf ein originär-supranationales europäisches Tarifvertragssystem auf absehbare Zeit eine Illusion bleiben.

Restabilisierung nationaler Tarifpolitik im Rahmen nationaler Sozialpakete?

Angesichts der derzeit existierenden strukturellen Blockaden für ein supranationales Tarifvertragssystem scheinen einige Autoren aus der Not eine Tugend machen zu wollen und empfehlen den Gewerkschaften, sich primär auf den Erhalt und die Verteidigung nationaler Tarifvertragsstrukturen zu konzentrieren.⁸ Der in den 90er Jahren beobachtete Trend zu einer Re-Nationalisierung der Tarifpolitik in Europa wird dabei als Chance begriffen, im Rahmen neo-korporatistischer Bündnisse auch zu einer Restabilisierung nationaler Tarifpolitik zu gelangen. Dabei wird aber in der Regel übersehen, daß ein auf internationale Wettbewerbsfähigkeit fixierter Angebotskorporatismus schon deshalb das Moment von Instabilität in sich trägt, weil er nicht verallgemeinerbar ist.⁹ Auch im Regimewettbewerb nationaler Sozialpakete wird es notwendig Verlierer geben; am Ende könnte sogar ein korporatistisch moderierter Absenkungswettlauf in Europa stehen, was die ihn tragenden institutionellen Arrangements auf Dauer freilich kaum überleben dürften. Letztendlich stehen alle Strategien, die primär auf eine Restabilisierung nationaler Tarifvertragssysteme setzen, vor dem grundlegenden Dilemma, daß sie keine Antwort auf die Frage geben können, wie ein nationaler Regimewettbewerb in Europa begrenzt werden kann. Für die Gewerkschaften besteht im Gegenteil sogar die Gefahr, daß die Festschreibung einer wettbewerbsorientierten Tarifpolitik im Rahmen nationaler Sozialpakete selbst noch zu einer entschiedenen Barriere werden könnte, die die Entwicklung hin zu einer Europäisierung der Tarifpolitik blockiert.

Der Koordinierungsansatz zwingt die Gewerkschaften, sich auf ein tarifpolitisches Projekt zu verständigen, daß der neoliberalen Logik nationaler Standortkonkurrenzen entgegensteht.

Letzter Versuch

Vor 12 Jahren starb Reinhard Opitz. Die "Europastrategien des deutschen Kapitáls", seine Geschichte des Sozialliberalismus in der Weimarer Republik und seine Hauptwerk "Faschismus und Antifaschismus" machen lediglich einen kleinen Teil seiner Schriften aus. Im Nachlaß fanden sich 6000 Seiten, die jetzt in drei Bänden zusammengefaßt erscheinen. Der erste enthält Studien zu Liberalismus und Integration, der zweite Arbeiten zum Faschismus und der dritte ein ganzes bislang unveröffentlichtes Buch über die Röhm-Affäre. Es handelt sich um bislang weitgehend unbekanntes Material. Die drei Bände können erscheinen, wenn 150 Exemplare bestellt werden. Da hängt es noch, und dies liegt wohl am unvermeidlich hohen Preis: 298 DM plus 15 Prozent Subskriptionsrabatt. Die Subskriptionsfrist – ursprünglich 31.10.1998 – ist nunmehr ein letztes Mal verlängert worden: bis zum 26. Februar 1999. Es ist der letzte Versuch, bevor die Typoskripte der nagenden Kritik der Mäuse überlassen, im Internet beerdigt oder in die Lahn geworfen werden.

Prospekt schickt der **BdWi-Verlag, Postfach 543, 35017 Marburg,**
Fon 06421/21395, Fax 06421/24654, Mail bdwi@bdwi.org.



Der Koordinierungsansatz – eine alternative Strategie zur Europäisierung der Tarifpolitik

Eine realistische Konzeption für eine Europäisierung der Tarifpolitik steht heute vor der Aufgabe, eine Strategie zu entwickeln, die auf eine Begrenzung des nationalen Regimewettbewerbs abzielt, ohne dabei von vornherein auf ein supranationales Tarifvertragssystem bauen zu können. Eine solche alternative Strategie wird mittlerweile in Teilen der europäischen Gewerkschaften als „Koordinierungsansatz“ diskutiert.¹⁰ Der Kerngedanke des „Koordinierungsansatzes“ besteht darin, daß innerhalb der europäischen (Branchen-) Gewerkschaften gemeinsam tarifpolitische Ziele formuliert werden, die dann nach der Konvergenzmethode unter den jeweils spezifischen Bedingungen innerhalb der verschiedenen nationalen Tarifvertragssysteme umgesetzt werden sollen. Gegenüber anderen strategischen Optionen bringt dieser Ansatz gerade für die Gewerkschaften eine Reihe von Vorteilen:

- Er befreit die gewerkschaftliche Politik von einer tendenziell handlungslähmenden, institutionalistischen Fixierung auf originäre europäische Tarifverträge und löst die Abhängigkeit von einer fehlenden europäischen Tarifvertragspartei auf Arbeitgeberseite. Er betont damit zugleich die Notwendigkeit einer autonomen handlungsfähigen europäischen Gewerkschaftsbewegung.

- Er versucht die Europäisierung der gewerkschaftlichen Tarifvertragspolitik nicht primär als Verlust nationaler Souveränität, sondern als komplementäres „Win-Win-Game“ zu fassen, bei der sich die Restabilisierung nationaler Tarifvertragssysteme und deren europäische Koordinierung gegenseitig stützen.

- Er rückt gegenüber den eher weniger konfliktreichen Themen der europäischen Sozialdialoge die „harten“, konfliktreichen Themen wie Löhne und Arbeitszeiten in den Mittelpunkt und konzentriert sich damit auf den Kernbereich der tarifpolitischen Regimekonkurrenz.

- Er zwingt schließlich die Gewerkschaften, auch neue institutionelle Wege einer Europäisierung des tarifpolitischen Alltagsgeschäfts zu gehen, wie dies z.B. in der Metallindustrie mit dem Aufbau transnationaler Tarifpartnerschaften und dem grenzüber-

schreitenden Austausch von TarifpraktikerInnen begonnen wurde.

Das wichtigste Element des Koordinierungsansatzes liegt jedoch darin, daß die Gewerkschaften gezwungen sind, sich mit gemeinsamen Forderungen und Mindeststandards auf ein tarifpolitisches Projekt zu verständigen, daß der neoliberalen Logik nationaler Standortkonkurrenzen entgegensteht. Unter den Bedingungen der EWU bedeutet dies – wie in der jüngst verabschiedeten „europäischen Koordinierungsregel“ des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) gefordert¹¹ –, zunächst eine bewußte Abkehr von einer wettbewerbsorientierten Tarifpolitik zu vollziehen und im Sinne einer „wettbewerbsneutralen“ Tarifpolitik zumindestens die durch die Produktivitätsentwicklung vorgegebenen nationalen Verteilungsspielräume voll auszuschöpfen. Insgesamt könnte damit die europäische Frage nicht zuletzt auch einen wichtigen Hebel für eine Re-Politisierung nationaler Tarifpolitik bilden.

spw

Insgesamt könnte damit die europäische Frage nicht zuletzt auch einen wichtigen Hebel für eine Re-Politisierung nationaler Tarifpolitik bilden.

¹ Vgl. z.B. Harmen Lehment, Geldpolitik und lohnpolitischer Verteilungsspielraum in der Europäischen Währungsunion, in: Die Weltwirtschaft Nr. 1/98, S. 72-84.

² Vgl. hierzu: Gustav A. Horn/Rudolf Zwiener, Lohnpolitik in der Europäischen Währungsunion: Eine Simulationsstudie, in: DIW-Wochenbericht Nr. 31/98.

³ Vgl. Pete Burgess, Branchentarifverhandlungen in Europa: Flächentarif à la carte?, in: WSI-Mitteilungen 2/97, S. 112-118.

⁴ Vgl. Anke Hassel, Soziale Pakte in Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/98, S. 626-637.

⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Gemeinsamer Bericht zur Beschäftigung 1997 (Rev. 8), Brüssel, 30.09.1997, S. 16.

⁶ Vgl. Thorsten Schulten, Tarifpolitik unter den Bedingungen der Europäischen Währungsunion, in: WSI-Mitteilungen 7/98, S. 482-492.

⁷ Wolfgang Streeck, Vom Binnenmarkt zum Bundesstaat?, in: Stephan Leibfried/Paul Pierson (Hrsg.), Standort Europa. Europäische Sozialpolitik, Frankfurt a.M. 1998, S. 402.

⁸ So insbesondere Wolfgang Streeck, Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, in: WSI-Mitteilungen 1/1998, S. 1-14.

⁹ Zur Kritik an dieser Position s.a.: Thorsten Schulten, Perspektiven nationaler Kollektivvertragsbeziehungen im integrierten Europa, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Regieren in entgrenzten Räumen, PVS-Sonderheft 29, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 145-168.

¹⁰ Für einen Überblick vgl. Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten, Gewerkschaftliche Tarifpolitik in Europa – zwischen nationaler Konkurrenz und internationaler Solidarität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/99, i.E.

¹¹ Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB), „Tarifpolitik mit dem Euro“, Entschliebung der 3. Tarifpolitischen Konferenz des EMB am 9./10. Dezember 1998 in Frankfurt a.M.

Am 09. Dezember 1998, zwei Tage vor dem EU-Gipfel in Wien, haben die European Economists for an Alternative Economic Policy, zum zweiten Mal nach 1997, ein Memorandum veröffentlicht, in dem ein deutlicher Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik eingefordert wird. Das Memorandum mit dem Titel: „Vollbeschäftigung, Solidarität und Nachhaltige Entwicklung in Europa – Alte Herausforderungen, neue Chancen für Wirtschaftspolitik“ (siehe Dokumentation in diesem Heft) wurde bis zur Veröffentlichung von weit über 400 UnterstützerInnen – vorwiegend WirtschaftswissenschaftlerInnen – aus ganz Europa unterschrieben.

Die Medienresonanz auf die Pressekonferenzen, auf denen das Memorandum 1998 in mehreren europäischen Hauptstädten vorgestellt wurde, war national unterschiedlich, doch insgesamt läßt sich ein wachsendes Interesse an der Arbeit der European Economists feststellen. Die diesjährige Verleihung des Lelio-Basso-Preises für das „Memorandum 1997“ ist nicht nur eine Anerkennung für die AutorInnen sondern darüber hinaus eine Auszeichnung für etwas, dessen Notwendigkeit zunehmend (wieder) ins Bewußtsein der Beteiligten rückt. Foren linker kritischer Wirtschaftswissenschaft sind – nach 20 Jahren neoliberaler Hegemonie – rar geworden, es gibt sie keineswegs selbstverständlich auf nationaler und noch viel seltener auf europäischer Ebene.

European Economists: Forum und Netzwerk

Die European Economists for an Alternative Economic Policy bestehen seit 1995. Dieser anfangs kleine Kreis hat sich inzwischen zu einem echten Forum linker europäischer ÖkonominInnen entwickelt. Bei der letzten Tagung, vom 02. – 04. Oktober in Wien, diskutierten ca. 60 TeilnehmerInnen über makroökonomische Rahmenbedingungen der Europäischen Währungsunion, europäische Beschäftigungspolitik und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa. Die Arbeitsstrukturen sollen in den kommenden Jahren weiter verfestigt werden. Bis zur nächsten Jahreskonferenz vom 01. – 03. Oktober 1999 in Brüssel ist geplant, Eckpunkte eines alternativen Europa-modells auszuarbeiten. Dazu gehören u.a. notwendige makroökonomische Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche europäische Beschäftigungspolitik, institutionelle Voraussetzungen zur Demokratisierung der EU, die Zukunft des Sozialstaats und die Tarifpolitik in Europa, oder konkrete Umsetzungsschritte auf dem Weg zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise – nicht nur für die EU, sondern auch unter Einbezug zukünftiger Mitgliedstaaten.

Sollte es gelingen, auf Dauer eine Plattform für eine europäische integrationspolitische Debatte zu schaffen, wäre dies – angesichts der Heterogenität im linken Spektrum zwischen EU-SkeptikerInnen und -EurophorikerInnen – für die Strukturierung des Diskurses hilfreich. Darüber hinaus könnte die Abhängigkeit vom massenmedialen Diskurs der Öffentlichkeit verringert werden.

Als das Memorandum 1997 im Vorfeld der Amsterdamer Regierungskonferenz, ebenso wie einige ähnliche Resolutionen¹, veröffentlicht wurde, war die öffentliche Debatte über den Skandal der Massenarbeitslosigkeit und wachsender Polarisierung zwischen Armut und Reichtum in der EU im vollen Gange. Mittlerweile ist der Elan wieder abgeebbt. Die breite Unterstützung für das Memorandum 1998 ist dagegen ein deutliches Signal für den Bedarf an kontinuierlich Strukturen linker (Wirtschafts-) Politik auf europäischer Ebene.

Alternative WirtschaftswissenschaftlerInnen in Europa

von Heiko Glawe*

Zum einen steigt mit der Einführung des EURO der EU- bzw. europaweite Koordinierungsdruck erheblich, besonders für Akteure, die die europäische Integration nicht dem Markt überlassen wollen. Das gilt nicht nur für Gewerkschaften, die neuen sozial-ökologische Bewegungen und die Parteien, sondern auch für eine kritische Wirtschaftswissenschaft, die in den öffentlichen Debatten intervenionsfähig bleiben will. Zum anderen verbinden sich mit der veränderten politischen Situation in der EU neue Hoffnungen zumindest auf einen leichten Kurswechsel bis hin zum Ende neoliberaler Hegemonie. Die Frage: „Was für ein Europa will die Linke?“, kann wieder gestellt werden.

Die Antwort steht allerdings noch aus. Im Memorandum 1998 werden Ansätze aufgezeigt. Dabei wird vorausgesetzt, daß eine verstärkte Koordination, also der weitere Ausbau der Integration verschiedener Politikfelder zwischen den Mitgliedstaaten und seitens der EU-Kommission, ebenso erfolgen muß wie der (Wieder-)Einstieg in die Debatte über ein europäisches Gesellschaftsmodell. Dabei ist die derzeitige politische Konstellation in der EU – eine deutliche Mitte-Links-Mehrheit – zwar hilfreich, aber keineswegs ausreichend.

Memorandum 1998 – Europäischer statt Nationaler Aktionspläne

Das Memorandum 1998: „Vollbeschäftigung, Solidarität und Nachhaltige Entwicklung“, zeigt nicht nur Maßnahmen zur Lösung oder zumindest Linderung drängendster gesellschaftlicher Probleme, es ist der Entwurf einer integrationspolitischen Agenda, eine Alternative zur von der Kohl-Regierung maßgeblich vorangetriebenen Re-Nationalisierung der 90er Jahre. Mit der Einführung der Europäischen Währungsunion sind Maßnahmen zur Schaffung einer Politischen Union im allgemeinen, also einer steuer-, sozial- oder umweltpolitischen Union im konkreten unvermeidlich.

Auf der offiziellen Agenda steht hingegen bekanntermaßen die EU-Erweiterung, die sich gespensterhaft um die substantielle Klärung des zukünftigen institutionellen Gefüges der EU herummogelt. Die Debatte mit und zwischen KollegInnen aus Beitrittsländern auf der Wiener Konferenz der European Economists im Oktober hinter-

Mit der Einführung des EURO steigt der EU- bzw. europaweite Koordinierungsdruck erheblich, besonders für Akteure, die die europäische Integration nicht dem Markt überlassen wollen.

* Heiko Glawe ist wiss. Mitarbeiter an der Universität Bremen und arbeitet für die European Economists for an Alternative Economic Policy.

ließ den Eindruck, daß nicht nur die Frage nach der inneren Verfaßtheit der EU zu stellen ist. Die bisherige Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber den potentiellen neuen Mitgliedstaaten ist kaum darauf ausgerichtet, die strukturellen Probleme dieser Länder bis zum Beitritt

Nicht die Verzögerung des Beitritts sondern das Ende des Reformstaus in der EU und die zügige Entwicklung und Umsetzung einer solidarischen erweiterungsfähigen Strukturpolitik ist daher geboten.

zu entschärfen. Im Gegenteil, sie verschärft sie eher noch. Die Forderung der European Economists, strukturelle und institutionelle Probleme innerhalb der EU und der Mitgliedstaaten vor dem Beitritt zumindest halbwegs zu lösen, entspringt nicht – wie es häufig der Fall ist – dem Kalkül einer Beitrittsverschiebung. Die

Einhaltung des Zeitplans ist notwendig für die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität in Mittel- und Osteuropa. Doch die Erwartungen in den betreffenden Ländern selbst sind in bezug auf die EU-Mitgliedschaft keineswegs so eindeutig. Auf der Wiener Konferenz hielten sich Befürchtungen und Hoffnungen – oder vielmehr die Furcht vor den Folgen einer Beitrittsverzögerung – die Waage. Nicht die Verzögerung des Beitritts sondern das Ende des Reformstaus in der EU und die zügige Entwick-

lung und Umsetzung einer solidarischen erweiterungsfähigen Strukturpolitik ist daher geboten.

In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, daß auch KollegInnen aus Polen und Ungarn an der Formulierung des anschließend dokumentierten Memorandumtextes (Auszüge) beteiligt waren. Neben den auch weiterhin offiziellen AnsprechpartnerInnen der European Economists: *Miren Etxezarreta* (Universidad Autonoma Barcelona), *John Grahl* (Business School, University of North London), *Jörg Huffschnid* (Universität Bremen), *Jacques Mazier* (Cédi, Université Paris XIII), war u.a. *Laszlo Andor* (Budapest) an der Abfassung des neuen Memorandums beteiligt.

Weitere Informationen über die European Economists, workshops und Vernetzungsaktivitäten, die u.a. von der EU-Kommission im Rahmen des TSER (Targeted Socio-Economic Research)-Programmes gefördert werden, gibt es entweder unter der Internet-Adresse Internet-Adresse: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/europe/euromemo/> oder über den Autor, E-mail: memorandum@t-online.de.

spw

¹ U.a. der „Europäische Appell für Vollbeschäftigung“ der EuropaparlamentarierInnen Ken Coates, Frieder O. Wolf, Luigi Vinci und Anne van Lanckers, sowie der Amsterdamer Aufruf von Robert Went und Geert Reuten (Amsterdam)

Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa

Alte Herausforderungen, neue Chancen für Wirtschaftspolitik

von den Europäischen Ökonominnen und Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik*

3. Eine umfassende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in Europa – Für eine europäische Sozialverfassung

Wir betrachten die im vorangegangenen Kapitel vorgeschlagenen Maßnahmen als erste Schritte in einem Prozeß vollständiger Veränderung der Wirtschaftspolitik mit Richtung auf einen neuen Typ der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. In ihrer historischen Bedeutung ist diese Veränderung vergleichbar mit der Etablierung der Nachkriegsordnung von Bretton

Woods und ihrer allseits akzeptierten wirtschaftspolitischen Priorität für Vollbeschäftigung und Wachstum im Rahmen eines kooperativen internationalen Regelwerkes. In negativer Hinsicht ist die anstehende Veränderung vergleichbar mit der schrittweisen Ersetzung dieser Nachkriegsordnung durch das neoliberale Paradigma unbegrenzter Herrschaft der Märkte und zügelloser internationaler Konkurrenz, die in der Unterordnung aller wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche unserer Gesellschaft unter den obersten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit mündete. Die ruinösen Folgen der Herrschaft des Neoliberalismus während der letzten beiden Jahrzehnte haben aber auch das Feld für einen neuen grundlegenden Wechsel und die Entwicklung eines neuen Paradigmas vorbereitet, das ausdrückliche, individuelle und kollektive Wohlfahrtsziele ebenso wie die übergreifenden Werte der Solidarität, der Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit umfaßt. Wenn dies mehr als ein Wechsel in Worten und bei einzelnen Instrumenten sein soll, erfordert das einen vollständigen Umbau der gesamten institutionellen Struktur der EU und Europas, der weit über die Wirtschaft hinaus geht und die weitergehenden Probleme sozialer Emanzipation und Demokratie umfaßt. Auch in der Wirtschaft ist dieser Paradigmenwechsel nicht ohne eine breite und intensive öffentliche Debatte möglich, da der letztendliche Zweck der Wirtschaft, nämlich die Verbesserung des Wohlstands der Menschen, in den Vordergrund bringt und in einer solchen Weise konkretisiert, daß wesentliche Richtungen benannt und Kernentscheidungen in einer demokratischen Weise getroffen werden können, was Information und Kompetenz erfordert. Märkte müssen in den Zusammenhang dieser Entscheidungen eingebunden werden und können dann ein möglicherweise effizientes Instrument zur Erfüllung von Wohlfahrtszielen sein, die Märkte selber nie definieren können. Wenn Märkte nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen, müssen andere Formen wirtschaftlicher Tätigkeit und Koordinierung durchge-

* Es handelt sich um Auszüge aus dem am 09.12.98 veröffentlichten Memorandum *Europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen*, die vollständige Fassung ist verfügbar in deutscher, englischer und spanischer Sprache über die Internet-Adresse: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/europe/euromemo/publist.htm>

setzt werden. Es ist offensichtlich, daß Veränderungen in diese Richtung aus zwei Gründen eine intensive öffentliche Debatte erfordern: Erstens kann der Widerstand derer, die von der gegenwärtigen Situation profitieren, nur durch politische und soziale Bewegungen überwunden werden. Zweitens erfordert die Konkretisierung wesentlicher ökonomischer und sozialer Grundentscheidungen die kontinuierliche Beteiligung und Debatte, die die Substanz ökonomischer Demokratie ist.

Im folgenden versuchen wir, wesentliche Elemente eines alternativen Typs der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik zu definieren und damit einen Beitrag zu einer solchen demokratischen Debatte zu leisten.

3.1 Gesamtwirtschaftliche Neuorientierung: Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung

Europa muß endlich das enorme Problem der Massenarbeitslosigkeit und der Nichtauslastung der produktiven Möglichkeiten lösen, ein Problem, das nun seit vielen Jahren besteht. Es hat schwerwiegende Nebenwirkungen erzeugt wie Langzeitarbeitslosigkeit, schlechtere Perspektiven für die jüngere Generation, soziale Marginalisierung und große Verschlechterung der Gesundheits- und der sozialen Situation. Wir kritisieren diese Entwicklung in erster Linie aus Gründen der Gerechtigkeit. Millionen von Bürgern konnten keine Arbeit finden und wurden insofern daran gehindert, ihren Lebensstandard und ihre Unabhängigkeit auf ihre eigene Arbeit zu gründen; statt dessen sind sie von den Möglichkeiten und Herausforderungen der persönlichen Entwicklung und Erweiterung ihrer Fähigkeiten abgeschnitten worden. (...)

a) Wirtschaftspolitik: Breite Ziele und engere Kooperation

Die Ziele der Wirtschaftspolitik sollten erweitert werden und Vollbeschäftigung, ökologisch verträgliche Entwicklung, eine faire und gerechte Verteilung des Einkommens und des Vermögens, gleichgewichtige internationale Beziehungen und Preisstabilität umfassen (während die soziale Sicherheit und Wohlfahrt Ziele der europäischen Sozialpolitik sein sollten). Es sollte verbindlich werden, daß in kurzer und mittlerer Frist konkrete Zwischenziele hinsichtlich dieser Orientierungen auf nationaler und europäischer Ebene formuliert werden. Solche Zwischenziele können z.B. die Verminderung der Arbeitslosigkeit um 20 Prozent pro Jahr, die jährliche Verminderung regionaler Disparitäten um 10 Prozent und die Absenkung der Treibhausgasemissionen um 15 Prozent bis zum Jahr 2005 sein.

Auf der institutionellen Seite sollte die Verantwortung für makroökonomische Planung und Koordinierung auf der europäischen Ebene in einer wirtschaftspolitischen Institution gebündelt werden, die als Ansprechpartner und Gegenpart zu der zentralisierten Europäischen Zentralbank agieren kann.

Die Verfahren der Koordinierung, die zu den allgemeinen Richtlinien führen, sollten intensiviert und verbindlicher für die Mitgliedsländer gemacht werden, was die Verabschiedung wirtschaftspolitischer Richtlinien einschließen kann. Die Koordinierung sollte in einer intensiven Überprüfung und Diskussion der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Hinblick auf die gemeinsamen Ziele erfolgen. Wo die Ziele verfehlt werden, sollte der Rat angemessene Hilfsmaßnahmen diskutieren und Empfehlungen in diese Richtung gegenüber den Mitgliedsstaaten aussprechen. Im Falle schwerwiegender und anhaltender Verletzungen der verabredeten Zwischenziele kann der Rat Entscheidungen treffen, die die nationalen Regierungen ver-

pflichten, in einer den gemeinsamen Zielen angemesseneren Weise zu handeln.

b) Geldpolitik: Einbindung der Europäischen Zentralbank in die Gesamtstrategie

Wir schlagen vor, die Ziele der Europäischen Zentralbank so zu erweitern, daß sie die Verantwortung der Geldpolitik für Vollbeschäftigung, die Verminderung von Ungleichheiten und nachhaltiges Wachstum umfassen. Allgemein gesprochen sollte die Zentralbank, ungeachtet der Unabhängigkeit bei der Wahl geldpolitischer Instrumente, in den Prozeß der wirtschaftspolitischen Entscheidungen eingebettet werden und den demokratischen Institutionen rechenschaftspflichtig gemacht werden. Das heißt, Geldpolitik sollte im Vorhinein und im nachhinein gründlich zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank diskutiert werden. Das strikte Verbot der Notenbankfinanzierung nationaler oder europäischer Verschuldung sollte gelockert werden, und die Rolle des lender of last resort sollte ausdrücklich in den Aufgabenkatalog des europäischen Systems der Zentralbanken aufgenommen werden – allerdings sollte es Einschränkungen geben, die darauf abzielen, verantwortungsloses Verhalten durch Finanzinstitutionen zu verhindern.

c) Fiskalpolitik: Erweiterung der Optionen und eine breitere Einkommensbasis

Erstens sollten die dysfunktionalen Beschränkungen für die öffentlichen Defizite der Mitgliedsstaaten aufgegeben werden und sollte den nationalen Regierungen erlaubt sein, die für notwendig gehaltenen Defizite einzugehen, solange sie den gemeinsamen Zielen entsprechen. In diesem Zusammenhang sollten die geplanten und tatsächlich aufgelaufenen Defizite diskutiert und zwischen den Mitgliedsländern innerhalb der europäischen wirtschaftspolitischen Institution koordiniert werden.

Zweitens sollte die EU insgesamt die Möglichkeit erhalten, bestimmte zentrale Funktionen der Fiskalpolitik, die nationale Regierungen nicht erfüllen können, zu übernehmen: Sie sollte in der Lage sein, als ein stabilisierender Faktor im Falle asymmetrischer Schocks für einzelne Länder und Regionen tätig zu werden, und sie sollte auch redistributive Funktionen im Hinblick auf anhaltende Einkommens- oder Beschäftigungsunterschiede innerhalb der Union übernehmen. Langfristig ist es daher unvermeidlich, den Haushalt der Gemeinschaft über das 2 Prozent-Niveau hinaus anzuheben, das wir als Sofortmaßnahme vorgeschlagen hatten.

Drittens muß die EU ihre eigene Einkommensgrundlage vergrößern, um die wachsenden Ansprüche eines einheitlichen Europas zu erfüllen und um andauernde Konflikte über die Verteilung von Zahlungen und Empfang von Geld zwischen den Mitgliedsstaaten zu vermeiden oder zumindest zu minimieren. Zusätzlich zu der kurzfristigen Einführung einer Devisentransaktionssteuer und einer Energieverbrauchs- oder CO₂-Emissionssteuer schlagen wir deshalb vor, eine einheitliche Zinseinkommensteuer einzuführen, wie sie von der Kommission beabsichtigt ist, mit dem Unterschied, daß das Aufkommen direkt an die EU gehen sollte, dazu eine europäische Kapitalgewinnsteuer. Ganz langfristig würde es vermutlich vernünftig sein, die Einkommen der EU vollständig auf spezifisch europäische

Wenn dies mehr als ein Wechsel in Worten und bei einzelnen Instrumenten sein soll, erfordert das einen vollständigen Umbau der gesamten institutionellen Struktur der EU und Europas.

Steuern zu basieren, was allerdings eine langfristige Umstrukturierung und Harmonisierung nationaler Steuersysteme erfordern würde.

Viertens sollten Maßnahmen gegen Steuerkonkurrenz zwischen verschiedenen Ländern ergriffen werden, weil Steuerkonkurrenz dazu tendiert, die nationale Einkommensbasis auszuhöhlen und die Wirtschaft zu destabilisieren. Erste Vorschläge der EU in dieser Richtung – die einheitliche Besteuerung der Zinseinkommen oder die Übermittlung der diesbezüglichen Informationen an die Steuerbehörden des Heimatlandes ausländischer Unternehmen – sollten aufgegriffen und erweitert werden. Allgemein sollte die Ideologie des Wettbewerbsföderalismus, die während des letzten Jahrzehnts viel Zulauf bei Wissenschaftlern und Politikern gefunden hat, zugunsten ökonomischer Stabilität, sozialen Zusammenhalts und Solidarität als Leitlinie für Finanzpolitik zurückgewiesen werden.

3.2 Eine Sozialverfassung für Europa: Kernstück des neuen Paradigma

Wir betrachten die feste Verpflichtung auf eine soziale Gesellschaft, eine Art sozialer Verfassung, als eins der wesentlichen Ziele der Europäischen Vereinigung. Eine solche Verfassung muß auf Vollbeschäftigung gegründet sein, allerdings weit darüber hinaus gehen und den Gebrauch und die Weiterentwicklung der produktiven Kräfte in unserer Gesellschaft umfassen. Sie muß ein weitreichendes und nichtbürokratisches Sozialsystem ebenso wie eine faire Verteilung

von Einkommen, Vermögen und Chancen sowie demokratische Strukturen und Beteiligung auf allen Ebenen der Gesellschaft gewährleisten. Während der letzten beiden Jahrzehnte sind wir mit einer erheblichen Schrumpfung des Wohlstandsstaates konfrontiert gewesen, sowohl wegen des Drucks der Konkurrenz als auch wegen der Unterordnung großer Teile des

traditionellen Wohlfahrtssystems unter die Regeln des privaten Gewinns. Als Folge ist der verbliebene kleinere soziale Sektor zunehmend bürokratisch und autoritär geworden. Dieser Trend muß umgedreht werden.

Wir bestehen darauf, daß es keinen Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und sozialer Wohlfahrt in dem Sinne gibt, daß Vollbeschäftigung nur um den Preis eines niedrigeren Niveaus von Einkommen, sozialer Sicherheit, Arbeitsschutz und anderer Teile der Lebensqualität zu haben ist, wie manche Entwicklungen in den USA zu suggerieren scheinen. Die Verbindung ist eher umgekehrt: Der volle Gebrauch der menschlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Kreativität schafft die Wohlstandsbasis, die eine beständige Verbesserung des materiellen Lebensstandards und der immateriellen Lebensqualität für alle erlaubt. Allerdings zeigen die Entwicklungen in den USA, daß mehr Wohlstand und höhere Einkommen keine automatischen Folgen von mehr Beschäftigung sind. Sie erfordern politische Maßnahmen und Steuerung.

Es hat beträchtlichen Fortschritt in der EU auf wenigen begrenzten Gebieten der Sozialpolitik gegeben, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit und Arbeitssicherheit. Insgesamt ist der Fortschritt jedoch weit unter den Ansprüchen der Charta der Sozialen Rechte von 1989 und der darauf folgenden europäischen Aktionsprogramme geblieben, und in vielen Ländern hat es regelrechten Rückschritt

durch Sozialabbau, Deregulierung von Arbeitsbedingungen, die Kombination von weniger sozialer Sicherheit und mehr Zwang gegeben. Der neoliberale Fundamentalismus hat in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Realität ruinöse Ergebnisse produziert. Ein europäisches Sozialmodell zu etablieren, bedeutet, daß jede Person, die permanent in der EU lebt, das garantierte und bedingungslose Recht auf ein Einkommensniveau, auf ein Maß an sozialer Sicherheit und Wohlfahrt und auf demokratische Beteiligungsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben haben soll, die notwendig sind, um ein unabhängiges und würdiges Leben zu führen. Dieses Ziel sollte ein unerschütterlicher und zentraler Eckpunkt einer europäischen Verfassung werden.

Die gegenwärtige Unterschiedlichkeit der Löhne, der Sozialversicherung, der öffentlichen Sozialsysteme sowie der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Mitgliedsländern der EU schafft schwierige Probleme für die Verfolgung dieses Zieles. Dennoch gibt es Handlungsmöglichkeiten auf mindestens fünf verschiedenen Ebenen:

Erstens sollte die EU ein schrittweise steigendes Mindestniveau sozialer und Wohlfahrtsstandards in den meisten Bereichen der sozialen Sicherheit und Wohlfahrt schaffen.

Zweitens sollte die EU sich in großem Umfang in der Förderung und Finanzierung oder Kofinanzierung von Politiken für bestimmte Gruppen mit besonderen Bedürfnissen und Schwierigkeiten engagieren.

Drittens muß die EU erhebliche Einkommensübertragungen zur Minderung von Arbeitslosigkeit und zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung organisieren. Diese Transfers sollten an Menschen mit besonders niedrigem Wohlstandsniveau gehen, um eine Verbesserung ihrer ökonomischen Lage zu bewirken.

Viertens sollten alle Mitgliedsländer, um Sozialdumping und ein konkurrenzbedingtes Absenken bestehender Standards zu vermeiden, mindestens den gegenwärtigen Standard nationaler Regulierungen, die über den EU-Mindeststandards liegen, beibehalten und auf alle Personen, die in dem betreffenden Land leben, anwenden.

Fünftens: Jede Art unfreiwilliger oder Zwangsarbeit muß verboten werden. Regelungen hinsichtlich des Umfangs und der Flexibilität der Arbeitszeit sollten nicht einseitig durch die Arbeitgeber auferlegt werden, sondern auch den Wünschen und Bedürfnissen der Beschäftigten entsprechen.

3.3 Für ökologische Nachhaltigkeit: Erhaltung der Grundlagen für die Entwicklung

Umweltschutz ist ein Muß für das Überleben jeder Gesellschaft. Die Fortsetzung des energie- und abfallintensiven industriellen Modells der kapitalistischen Welt während des letzten Jahrhunderts würde zu einer Umweltkatastrophe führen und ist daher als Entwicklungsstrategie nicht gangbar. Der Gebrauch nicht erneuerbarer fossiler Energie und die Produktion schädlicher Abfälle muß während der nächsten Jahrzehnte drastisch vermindert werden. Selbst die verstärkte Ausbeutung natürlicher Rohstoffquellen in der Dritten Welt und der Müllexport in die Dritte Welt würden den Zusammenbruch des industriellen Entwicklungsmusters nur verschieben, und sie würden auf zunehmenden und sehr gerechtfertigten Widerstand dieser Länder stoßen.

In letzter Instanz erfordert der Wechsel von einem ökologisch zerstörerischen zu einem nachhaltigen Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung einen gründlichen Umbau der Produktionsweise und der Verbrauchsmuster in Europa. Die höchste Priorität in einer Strategie für nachhaltige Entwicklung bezieht sich auf die Energie: Produktion und

Die Fortsetzung des energie- und abfallintensiven industriellen Modells der kapitalistischen Welt während des letzten Jahrhunderts würde zu einer Umweltkatastrophe führen und ist daher als Entwicklungsstrategie nicht gangbar.

Verbrauch müssen auf niedrige Energieintensität umgestellt werden, die Energieversorgung muß sich von den fossilen und Nuklearenergien weg- und zum Gebrauch erneuerbarer und umweltfreundlicher Energiequellen hinbewegen. Dieser Umbau ist ein zeitraubender Prozeß, der nur in Jahrzehnten zu vollenden ist. Es ist jedoch wichtig, daß wesentliche Entscheidungen in diese Richtung schnell getroffen werden und daß der Weg für eine neue Energiepolitik geöffnet wird. Daher schlagen wir vor:

- Eine Ökosteuer auf alle Formen des Energieverbrauchs aus nuklearen und fossilen Quellen einzuführen. Die EU sollte ankündigen, daß der Satz dieser Steuer kontinuierlich um einen festen Prozentsatz in den nächsten Jahren gesteigert wird.
- Die schnelle Vergrößerung der Mittel für die Entwicklung und Anwendung neuer Energiequellen, insbesondere der Sonnenenergie. Es hat schon einige Bewegung in diese Richtung während der letzten Jahre gegeben, aber sie ist zu langsam, unzureichend und ungleich innerhalb der EU verlaufen. Wir stimmen mit dem Weißbuch von 1997 über erneuerbare Energiequellen überein, das fordert, als Zwischenziel den Anteil erneuerbarer Energiequellen von 6 auf 12 Prozent des allgemeinen Bruttoenergieverbrauches bis zum Jahre 2000 zu verdoppeln – was im übrigen auch die Schaffung von 500.000 bis 900.000 Arbeitsplätzen bedeuten würde.
- Das Einfrieren und die Verminderung der europäischen Forschung im Bereich der Nuklearenergie und verbindlich angekündigte und zuverlässige Zwischenziele für das Auslaufen der Atomkraftwerke innerhalb eines Zeitraums, der für verschiedene Länder je nach deren spezifischen Umständen bestimmt werden sollte.

Die EU kann und sollte in viel größerem Maße als in der Vergangenheit umweltfreundliche nationale und regionale Projekte zum Umbau der Verkehrssysteme ermutigen und fördern. Auf europäischer Ebene sollten solche Politiken durch spezielle Steuern für Flugbenzin und Lastkraftwagen ergänzt werden. Nationale und regionale Programme zur Müll einsparung und zum Recycling können durch europäische Maßnahmen verstärkt werden. Gewöhnlich sind derartige Maßnahmen arbeitsintensiv, daher sollte ein größerer Anteil der insgesamt erheblich gewachsenen Strukturfonds für sie reserviert werden.

3.4 Mehr Unterstützung für den Erweiterungsprozeß: Eine umfassende Ordnung für Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt steht erneut auf der historischen Tagesordnung in Europa

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist die Schaffung einer umfassenden europäischen Ordnung für Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt erneut auf die historische Tagesordnung gesetzt worden. Demgegenüber macht der Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU, der offiziell seit Beginn der neunziger Jahre anvisiert wird, nur ungenügende Fortschritte. Dies ist im wesentlichen auf die EU zurückzuführen, die zögert, den Erweiterungsprozeß voranzubringen. Die früheren sozialistischen Länder, die mit der EU assoziiert sind, haben ihre Wirtschaften mit großen wirtschaftlichen und sozialen Kosten angepaßt, während umgekehrt der Erweiterungsprozeß von Seiten der EU verzögert worden ist. Eine Fortsetzung dieser Strategie würde letztlich zu neuen scharfen Spaltungen und Polarisierungen zwischen Ost und West führen und politische Konflikte schaffen, die schwer zu kontrollieren sind. Daher sollte der Erweiterungsprozeß intensiviert werden:

In erster Linie erfordert dies, daß der Zeitplan für den Beitritt der ersten fünf Länder beibehalten und stärker durch

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



vorbereitende Maßnahmen unterstützt werden soll, die auch mehr finanzielle Hilfen in der Form von Subventionen und niedrigverzinsten Krediten umfassen sollen. In diesem Zusammenhang sollte ein neuer Entwicklungsfonds eingerichtet werden, um wirksamer mit den Produktivitäts- und Einkommensunterschieden zwischen EU und den assoziierten Ländern fertig zu werden. Die Anwendung der Maas-tricht-Kriterien auf die makroökonomischen Größen der osteuropäischen Länder sollte aufgegeben werden. Die neu beitretenden Länder sollten Mitglieder eines neuen europäischen Währungssystems (EWS2) werden, in dem es feste, durch die Europäische Zentralbank gestützte, Wechselkurszonen geben sollte, die allerdings Spielraum für Wechselkursanpassungen im gegenseitigen Einvernehmen lassen.

Auf der Seite der gegenwärtigen EU muß der Prozeß der institutionellen Reformen – in Bezug auf die Größe und Struktur der Kommission, das Gewicht der einzelnen Länder im Entscheidungsprozeß, den Status und die Funktionen des Europäischen Parlaments und andere Fragen – fortgesetzt werden, um einen ordnungsgemäßen Erweiterungsprozeß und die Funktionsfähigkeit einer vergrößerten EU zu gewährleisten. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, die vor ungefähr sechs oder sieben Jahren begann, sollte beschleunigt werden und den bevorstehenden Beitritt von neuen Mitgliedsländern mit großen landwirtschaftlichen Kapazitäten berücksichtigen. Auch sollte die EU in den Beitrittsverhandlungen großzügige und langfristige Übergangsausnahmeregelungen vom Rechtsbestand der Gemeinschaft gewähren. Auf der anderen Seite müssen im Hinblick auf die volle Integration der Arbeitsmärkte Übergangsregelungen ausgehandelt werden, um steigende Arbeitslosigkeit in den gegenwärtigen EU-Mitgliedsländern zu vermeiden.

Die Perspektive der Erweiterung reicht über die erste Runde der fünf Länder hinaus, mit denen gegenwärtig Verhandlungen geführt werden. Daher sollte die EU konkrete Kooperationsabkommen mit den osteuropäischen Ländern unter dem Dach der ständigen europäischen Konferenz anstreben. Schließlich sollte auch ein Verhaltenscodex verabschiedet werden, der die Tätigkeit multinationaler Gesellschaften regelt und die Verletzung sozialer Rechte sanktioniert. (...)

spw

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist die Schaffung einer umfassenden europäischen Ordnung für Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt erneut auf die historische Tagesordnung gesetzt worden.

Wege zur sozialen Stadt?

von Hans Günter Bell*

Besprechung zu: Walter Hanesch (Hrsg.): *Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit*; Leske und Budrich, Opladen 1997, 370 Seiten, 48,00 DM; und zu: Monika Alisch / Jens S. Dangschat: *Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit*; Leske und Budrich, Opladen 1998, 258 Seiten, 44,00 DM

Es droht die Rückkehr des 19. Jahrhunderts ... Marginalisierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt, Abbau von sozialstaatlichen Sicherungsnetzen und sozialräumliche Segregationstendenzen in der Wohnungsversorgung führen zu der Befürchtung, daß sich in den deutschen Großstädten neue sozialräumliche Strukturen herausbilden, die in den letzten 50 Jahren gerade überwunden worden sind.“ (Hartmut Häußermann)¹

Für Hanesch sind die Kommunen einerseits „Opfer“ der Konsolidierung des Bundes und der Länder, andererseits würden sie häufig genug selbst zu „Tätern“ und bürdeten die sozialökonomischen Strukturwandels den sozial Schwächsten auf.

Während die alte Bundesregierung noch durch Gesundheitsminister Seehofer und Jugend- und Familienministerin Nolte verkünden ließ, Armut sei in Deutschland kein Problem, stellt sich die Lage tatsächlich dramatisch anders dar: Ende 1997 bezogen in Deutschland 2,89 Mio. Menschen Sozialhilfe, darunter immer mehr Kinder und Jugendliche – nachzulesen im „Sozialreport 1997“ des Statistischen Bundesamtes². Die Kommunen mußten im Jahr 1997 17,2 Milliarden DM an Sozialhilfe zahlen, 12,7 Milliarden DM mehr als 1980 (eine Steigerung um 286 % !)³.

Diese Entwicklung hat viel menschliches Leid verursacht und die kommunale Selbstverwaltung im Kern erschüttert. Auf die neue Bundesregierung sind daher die Hoffnungen vieler gerichtet. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung zugesagt, die Finanzkraft der Gemeinden stärken und das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung unterziehen zu



wollen. Außerdem kündigen sie an, ein Konzept für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung zu entwickeln. Diese Ankündigungen lassen hoffen, ihnen muß jedoch erst noch die Umsetzung folgen. Und die ersten Erfahrungen mit der neuen Regierung zeigen, daß man vor bösen Überraschungen nicht gefeit ist.

Es kommt jedoch auch auf die Kommunen selbst und ihre Politik an, wenn Armut wirklich bekämpft und ihre Ursachen beseitigt werden sollen. Zwei Bücher widmen sich dem Thema „soziale Kommunalpolitik“: Walter Hanesch legte 1997 einen Sammelband mit dem Titel „Überlebt die soziale Stadt?“ vor, Monikas Alisch und Jens S. Dangschat folgten 1998 mit ihrem Buch „Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit“. Auch vor dem Hintergrund der in diesem Jahr (in NRW) bevorstehenden Kommunalwahlen lohnt sich ein Blick auf ihre Analysen und Konzepte, denn trotz der offensichtlichen Relevanz des Themas ist die politische Linke innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie (noch) nicht in der Lage, überzeugende Alternativen zur vorherrschenden Praxis in den Kommunen zu benennen.

Überlebt die soziale Stadt?

Der von Hanesch herausgegebene Band dokumentiert eine Tagung, die im Juli 1996 in Frankfurt am Main unter dem Titel „Armut in den Kommunen – Armut der Kommunen: Gibt es eine Zukunft für die soziale Stadt?“ stattfand. Er enthält die Vorträge dieser Tagung, ergänzt um einige zusätzliche Beiträge. Sie sind drei thematischen Schwerpunkten zugeordnet:

- Grundlagen und Rahmenbedingungen des kommunalen Sozialstaats
- Strategische Ansatzpunkte für eine Neuorientierung kommunaler Sozialpolitik

- Handlungsfelder und Problemstellungen kommunaler Sozialpolitik

Hanesch, Professor für Sozialverwaltung am Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Darmstadt, weist bereits in seiner Einleitung darauf hin, daß in diesem Band ein breites Spektrum an Positionen und Sichtweisen versammelt sei. Dies und die große thematische Bandbreite der Beiträge machen den Band zu einer guten Einführung in aktuelle Problemstellungen des kommunalen Sozialstaats und in Themen und Fragen sozialer Kommunalpolitik.

Auf alle Beiträge einzugehen, würde den Rahmen dieser Rezension sprengen. Ich beschränke mich daher auf zwei beispielhafte Beiträge, in denen einmal grundlegende Informationen vermittelt (Walter Hanesch: *Konzeption, Krise und Optionen der sozialen Stadt*) und das andere mal an einem konkreten Beispiel Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden (Peter Barthelheimer / Thomas von Freyberg: *Neue Bündnisse in der Krise der sozialen Stadt – Das Beispiel der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt*).

Konzeption, Krise und Optionen der sozialen Stadt

In seinem Beitrag führt Hanesch aus, daß das deutsche Modell kommunaler Sozialstaatlichkeit vor einer entscheidenden Bewährungsprobe stehe. Die Scherenbewegung von wachsenden Ausgaben und begrenzten finanziellen Ressourcen lasse den Kommunen kaum mehr die Möglichkeit, ihrer doppelten Aufgabenstellung, ein letztes Netz materieller Sicherungsleistungen zu gewährleisten und ein breit gefächertes Angebot für ihre BürgerInnen in den unterschiedlichsten Not- und Bedarfssituationen sicherzustellen, gerecht zu werden.

Der damaligen konservativ-liberalen Bundesregierung wirft er vor, die ökonomische und fiskalische Krise

* Hans Günter Bell, geb. 1965, wohnt in Köln, stellv. Vorsitzender der Jusos Mittelrhein, Stadtplaner, Studium der Sozialwissenschaften in Duisburg

werde dazu genutzt, „einen weitreichenden, an wirtschaftsliberalen Vorstellungen ausgerichteten ‚Umbau‘ des Sozialstaats Deutschland in Gang zu setzen“. (H 31 f.) Die Folge sei, daß *schützende Filter und Netze* (z.B. die rechtliche Regulierung des Arbeits- und Wohnungsmarktes oder das zentralstaatliche soziale Sicherungssystem) schwächer würden, während gleichzeitig vom wirtschaftlichen Strukturwandel eine Tendenz zur sozialen Polarisierung in den Kommunen ausgehe.

Auch mit den Kommunen geht es ins Gericht. Zwar seien sie einerseits „Opfer“ der Konsolidierung des Bundes und der Länder, andererseits würden sie häufig genug selbst zu „Tätern“ und bürdeten die Lasten des sozialökonomischen Strukturwandels den sozial Schwächsten auf.

Noch mit Blick auf die alte Bundesregierung hinterfragt er skeptisch, woher die Bereitschaft zu einer Neuregelung des Gemeindefinanzsystems kommen solle, die den Kommunen finanzielle Handlungsspielräume zurückgebe. Doch auch bei der neuen Bundesregierung ist m.E. Skepsis angebracht: Zumindest kurzfristig ist hier mit keinem Befreiungsschlag zugunsten der Kommunen zu rechnen.

Auf absehbare Zeit stehen die Kommunen daher weiterhin vor der Entscheidung, ob die verfügbaren Ressourcen vor allem für ökonomisch-fiskalische Ziele eingesetzt werden sollen, zu denen etwa die *Verbesserung der örtlichen Konkurrenzposition* durch Förderung von harten und weichen Standortfaktoren gehört, oder ob sie dazu genutzt werden sollen, die *soziale Infrastruktur für benachteiligte Bevölkerungsgruppen* und Stadtgebiete zu verbessern. Hanesch fürchtet nicht nur, daß die Entscheidung in der Regel zuungunsten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen fallen wird, sondern auch – mit Verweis auf Walter Siebel und Hartmut Häußermann⁴ –, daß „eine Kommunalpolitik grundsätzlich mehrheitsfähig ist, die die ökonomische und soziale Spaltung der Stadtbevölkerung nicht nur nicht bekämpft, sondern festschreibt und weiter vertieft.“ (H 50)

Neue Bündnisse in der Krise der sozialen Stadt

Dieser Tendenz entgegenzutreten, haben sich lokale Bündnisse, die sich Armutskonferenz, Runder Tisch oder Sozialpolitische Offensive nennen, zum Ziel gesetzt. Gemeinsam sei ih-

nen allen der Anspruch, „örtliche Armutsentwicklungen zu thematisieren und zwischen möglichst vielen Akteuren örtlicher Sozialpolitik eine gemeinsame Problemsicht zu schaffen, die Aktion ermöglicht“ (H 174) – so Peter Barthelheimer und Thomas von Freyberg in ihrem Beitrag.

Die beiden Autoren, Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt, gehen in ihrem Beitrag am Beispiel der *Sozialpolitischen Offensive Frankfurt am Main* (SPO) der Frage nach, welche Bedeutung und welche Potentiale diese neuen Bündnisse haben.

Anfang 1992 bildete sich die SPO. Gründungsmitglieder waren Verbände der freien Wohlfahrtspflege, der DGB, die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände, u.a.m. Ihr politisches Gewicht und ihre Autorität beruhte gerade auf dieser Breite der Zusammensetzung.

Die Arbeit dieses lokalen Bündnisses bestand zum einen darin, regelmäßige Gespräche mit den demokratischen Fraktionen im Frankfurter Stadtparlament zu führen und sich in kritischen Situationen mit Presseerklärungen zu Wort zu melden. Zum anderen wurden mehrere Arbeitskreise gebildet: zur Beschäftigungspolitik, zur Frankfurter Sozialpolitik und zur ArmutBerichterstattung. Letzterer hatte sich das Ziel gesetzt, die „soziale Polarisierung als Kehrseite städtischer Modernisierung zum öffentlichen Skandal zu machen“. (H 189)

Dieser Ansatz stieß bald an seine Grenzen: Gegen den städtischen Haushalt des Jahres 1996 formierte sich lautstarker Protest, der jedoch von einer ad-hoc-Initiative gegen Sozialabbau organisiert wurde, während sich die SPO zu den Haushaltsentscheidungen nicht äußerte. Auch die Mobilisierung für die Bonner Großdemonstration für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Juni 1996 lief an der SPO vorbei; statt dessen rief der Frankfurter DGB ein örtliches Bündnis ins Leben.

Es spricht für die Autoren, daß sie selbst diese Entwicklungen beschreiben und in ihrem „eiligen Blick in den Spiegel“ (H 206) kritisch bewerten. Rückblickend führen sie als Stärken der SPO an, den Anstoß für eine unabhängige kommunale Sozialberichterstattung und für eine koordinierte kommunale Arbeitsmarktpolitik gegeben und ein Forum für die Diskussion der Zukunftsfragen des lokalen Sozialstaats geschaffen zu haben. Für die Thematisierung neuer politischer

Anliegen und ihren Agendazutritt sei die Organisationsform eines losen Rahmenbündnisses mit Konsensprinzip und relativ autonomen Arbeitskreisen gut geeignet. Dem steht gegenüber, daß Aufgaben der Politikformulierung und der Umsetzungskontrolle wohl andere Organisationsformen erfordern, auf Konsens ausgerichtet, schwerfällige Strukturen, wie die SPO, offenbar der Ergänzung durch offensivere und beweglichere Aktionsbündnisse bedürfen.

Diesen Einblick in die Arbeit eines lokalen Bündnisses gegen Armut und die Erarbeitung eines kommunalen Sozialberichtes gegeben zu haben, zeichnet den Beitrag von Barthelheimer und von Freyberg aus. Er kann Anstoß und Hilfe bei der Formierung lokaler Bündnisse an anderen Orten sein.

Neben diesen beiden lesenswerten Beiträgen lohnt sich m.E. der Blick in zwei weitere Beiträge zu den Grundlagen und Rahmenbedingungen des kommunalen Sozialstaats: Ernst-Ulrich Huster zur Zentralisierung der Politik und Globalisierung der Ökonomie und Jens S. Dangschat zur Entwicklung sozialer Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt. Außerdem sind v.a. Claus Reis Beitrag zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte und Monika Alischs Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung empfehlenswert.

Armut und soziale Integration

Alisch, wissenschaftliche Referentin in der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, und *Dangschat*, Professor für Stadt- und Regionalforschung an der Technischen Universität Wien, haben ihre Argumentationen darüber hinaus in einem eigenen Buch zusammengefaßt. Dieses Buch gliedert sich grob in drei Teile:

Im ersten Teil leisten die beiden AutorInnen eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Armutforschung, diskutieren Indikatoren zur Erfassung der Armut, untersuchen die Ursachen von Armut und ihrer räumlichen Konzentration und stellen die Armut als ein großstädtisches Problem vor. Sie verweisen auf die Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Umstrukturierungen und der Deregulierungswelle in der Wohnungspolitik, zunehmender Armut, gesellschaftlicher Desintegration und Entsolidarisierung.

Im zweiten Teil wird beispielhaft die Situation in Hamburg vorgestellt.

Im dritten Teil folgen Bausteine für eine Strategie sozialer Stadtentwick-

Alisch und Dangschat verweisen auf die Gefahr, daß die Ansätze einer städtischen Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung wieder deutlich zurückgenommen würden, soziale Planung habe derzeit „keine Konjunktur“.

lung und lokaler Nachhaltigkeit. Im Vordergrund stehen Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, ergänzt durch Argumente für eine veränderte Wohnungspolitik.

Um es vorweg zu sagen: Langfristige Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, die einen grundlegenden Bruch mit dem Status quo bedeuten würden, werden in diesem Buch nicht angeboten. Die AutorInnen gehen statt dessen davon aus, „daß sich sozial-räumliche Unterschiede mindestens verfestigen, wenn nicht verstärken werden; abgebaut werden sie innerhalb der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre mit Sicherheit nicht“. (A/D 90) Diese resignative Perspektive begründen sie mit dem Fehlen sowohl einer breiten politischen Bewegung als auch einer konsistenten politischen Opposition gegen die derzeit praktizierte Politikvariante in den Kommunen.

Der Schwächen ihrer defensiven Haltung sind sie sich auch selbst bewußt: Sie finde sich mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten ab und damit bestehe auch die Gefahr, gesellschaftliche Ungerechtigkeit festzuschreiben und ausschließlich Erfüllungsgehilfe für eine Strategie zu sein, die Probleme kleinarbeitet, indem sie vermeintlich „runde Tische“ aufstelle, Symposien veranstalte oder ausschließlich Stadtteilkultur betreibe.

Eine solche Gefahr bloß zu benennen, reicht m.E. jedoch nicht aus. So richtig der Hinweis auf die defensive Position, in der sich die BefürworterInnen einer sozialen Kommunalpolitik derzeit befinden, auch ist, der Verzicht auf über den Tag hinausweisende tatsächliche Alternativen ist kein Beitrag zur Formierung einer Bewegung, die die notwendige Umkehr der Politik erkämpfen will und kann.

Diesen Einwand in Rechnung gestellt, lassen sich die analytischen Kapitel des Buches trotzdem mit großem Gewinn lesen. Alisch und Dangschat verweisen auf die Gefahr, daß die Ansätze einer städtischen Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung wieder deutlich zurückgenommen würden. Der Druck auf die Stadtentwicklungspolitik, ihr Instrument der Stadtteilplanung für Ziele einer Standortpolitik zu nutzen, werde wieder erhöht, soziale Planung habe derzeit „keine Konjunktur“. (A/D 188)

Sie gehen sogar noch weiter: Trotz allen Klagen über das Entstehen „sozialer Brennpunkte“ habe die räumliche Konzentration der Armen für die bürgerliche Mehrheit den großen Vorteil,

weite Teile der Stadt von diesen Menschen freihalten zu können. Die „gelebte Intoleranz“ führe mittlerweile zu einem erheblichen Druck auf Verwaltung und Politik, „die Innenstädte ‘armenfrei’ zu machen“. (A/D 92) Auf die Ausgrenzung und Peripherisierung der Wohngebiete folge nun die Konkurrenz um den öffentlichen Raum der Innenstädte. Der Konflikt zwischen der „neuen Dienstleistungsklasse“, den kaufkräftigen TouristInnen und den das Einkaufserlebnis genießenden KundInnen auf der einen und den Obdachlosen, BettlerInnen, AlkoholikerInnen, Junkies und herumhängenden subkulturellen Jugendlichen auf der anderen Seite, werde zunehmend durch Polizeigewalt zu Gunsten der „sauberen Visitenkarte“ der Innenstädte entschieden.

Dem stellen die AutorInnen die Forderung nach einem „Recht auf Immobilität“ (A/D 168) gegenüber. Auf die Wohnung bezogen heißt dies Schutz vor Verdrängung und Vertreibung und Verbleib im dem vertrauten Quartier und damit im sozialen Netzen. Gerade in den Quartieren sehen sie unverzichtbare „Integrationsinstanzen“ (A/D 173), hier müsse die kommunale Politik versuchen mit einer koordinierten Wirtschaftsförderungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anzusetzen.

Die konkret vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Quartiere bieten dann jedoch wenig Neues: Angemessene Förderstrategien für die kleinen und Kleinstbetriebe, Belegschaftsübernahmen und genossenschaftliche Betriebe – das hat man alles schon gehört, und die angeregten „Tauschringe“ muten ziemlich hilflos an. Kurz: ein überzeugendes Konzept einer „Wirtschaft von unten“ wird nicht geboten.

„Die Politiker wissen, daß sie auf dem Rücken der Armen sparen.“

Nach diesen sachkundigen und guten Argumenten bleibt die Frage, ob die beschriebene und kritisierte Standortpolitik der Kommunen Ausdruck von Unbedachtheit oder interessengeleitet ist und die sozialen Verwerfungen wissend in Kauf nimmt.

In seinem Beitrag für den Hanesch-Sammelband gibt Dangschat hierauf eine klare Antwort: In Deutschland werde der Sozialstaat schleichend, zielstrebig und absichtsvoll abgebaut, schreibt er dort, und formuliert seine Skepsis, ob es sich Städte noch leisten können oder wollen, „sozial“ zu sein. (H 78) Mit Verweis auf das „Manifest der Oberbürgermeister“ aus dem Jahr 1994⁵ stellt er

fest: „Die Politiker wissen, daß sie auf dem Rücken und zu Lasten der Armen sparen.“ (H 88) Falls dies stimmt, dann helfen offenbar auch Argumente nicht weiter. Solange der gesellschaftliche Druck zum Umsteuern fehlt, ist die resignative Strategie, sich darauf zu beschränken, „wenigstens den von sozialer Ausgrenzung Betroffenen zu helfen, ihre Alltagsituation zu meistern resp. zu verbessern“, (H 104) vielleicht die realistischere.

Die BewohnerInnen „ermächtigen“, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen

Was bleibt nach Lektüre dieser beiden Bücher?

Ernüchterung darüber, daß „unsere Städte ... auf lange Sicht ‘mit der Armut leben’ müssen.“ (H 186), jedoch auch Ermunterung „jede Form der Einmischung und Mitwirkung, die sich quasi ‘von unten’ selbständig entwickeln zu akzeptieren und zu unterstützen“. (A/D 201)

Denn hierin stimmen alle besprochenen Beiträge überein: Die hergebrachte Bewohnerbeteiligung läßt weite Teile der Bewohnerschaft unbetelligt, sie entspricht allenfalls den Artikulationsformen der Mittelschichten und schließt gerade jene von der Beteiligung aus, die eigentlich Adressaten einer stadtteilbezogenen Politik sein sollen. Statt dessen komme es darauf an, die BewohnerInnen zu „ermächtigen“, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen.

Es bleibt jedoch vor allem die Einsicht, daß die „Rückkehr des 19. Jahrhunderts“ nur verhindert werden kann, wenn die Linke in einer Wechselwirkung aus überzeugenden inhaltlichen Alternativen und starken politischen und sozialen Bewegungen aus der Defensive ausbrechen kann. Und dies kann eben nicht Sache allein der Wissenschaft sein, sondern setzt auch Veränderungen in der kommunalen Praxis der Sozialdemokratie voraus. spw

¹ Häußermann, Hartmut: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland; in: Widersprüche 60 (1996), S. 13 ff.

² Kölner Stadt-Anzeiger, 07.01.1999

³ Karrenberg, Hanns / Münstermann, Engelbert: Gemeindefinanzbericht 1998; in: Der Städtetag, Heft 3/1998, S. 143 ff.

⁴ Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter: Neue Urbanität, Frankfurt am Main, 1987

⁵ Kronawitter, Georg (Hrsg.): Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister, Düsseldorf et al., 1994; vergl. auch: Bell, Hans Günter: Auf dem Weg zum ökologischen und sozialen Stadtbau?, in: spw, Heft 87 (1/96), S. 13 ff.

Es bleibt Ernüchterung darüber, daß „unsere Städte ... auf lange Sicht ‘mit der Armut leben’ müssen.“ (Hanesch), jedoch auch Ermunterung „jede Form der Einmischung und Mitwirkung, die sich quasi ‘von unten’ selbständig entwickeln zu akzeptieren und zu unterstützen“ (Alisch/Dangschat)

Wenn Sie glauben, wir hätten 18 Jahre lang am Aufbau von New Labour gearbeitet, nur um zuzulassen, wie sich Ken Livingstone einen unserer Hauptpreise wegschnappt, dann stimmt etwas nicht mit Ihnen," äußerte eine Quelle aus der unmittelbaren Umgebung von Tony Blair. Diese „Quelle“ äußerte sich an dem Tag, an dem das nationale Exekutivkomitee der Labour-Partei Verfahren ankündigte, die es für den Labour-Linken Ken Livingstone nahezu unmöglich machen würden, auch nur in die engere Wahl für die Kandidatenliste der Labour-Partei für den Posten des Bürgermeisters von London zu kommen. Livingstone, der prominente Vorsitzende des Greater London Council vor dessen Abschaffung durch Margaret Thatcher ist der populärste Politiker in London und eine der Führungspersönlichkeiten der Linken, die, da sie nicht mit Hilfe der Wähler aus dem Weg geräumt werden können, eine Alternative zu Tony Blair sein könnte.

Nirgends kommt der echte Konflikt in der britischen Politik besser zum Ausdruck als im Kampf zwischen der Spitze von New Labour und Ken Livingstone um dessen Kandidatur bei den Londoner Bürgermeisterwahlen. Im Vergleich dazu ist der konventionelle Schlagabtausch zwischen der Regierung Ihrer Majestät und der Opposition Ihrer Majestät (den Konservativen) im House of Commons ein mittelalterliches Turnier: ein Ritual ohne Inhalt. Trotz sehr differierender Rhetorik sind die Führer der beiden größten Parteien in vielen Grundfragen einig.

Symbol für eine alternative Richtung

Im Gegensatz dazu erhält der Konflikt zwischen Livingstone und New Labour dadurch seine Bedeutung, daß hier zwei völlig unterschiedliche Arten der Reaktion auf die moderne Zeit vertreten sind: auf die Herausforderungen der Globalisierung der Märkte, die Grenzen des sozialdemokratischen Staates, die besonderen Anachronismen der ungeschriebenen, monarchischen britischen Verfassung, das Ende des kalten Krieges sowie das Erscheinen neuer Bewegungen mit weitgesteckten Zielen: auf den Gebieten Arbeit, Sexualität, Kultur und Umwelt. Die Spitze von New Labour versucht, den Konflikt in der Labour-Partei als Kampf zwischen „Alt“ und „Neu“ zu definieren. Fast alles, womit sie nicht einverstanden

sind, wird bequem in die Rubrik „Alt“ eingeordnet. Auf der Linken wie der Rechten muß es natürlich zwangsläufig einige geben, die sich der Veränderungen der letzten 20, 30 Jahre nicht bewußt sind. Die Bruchstellen in der Labour-Partei als die Schnittstelle zwischen Alt und Neu zu bezeichnen, ist jedoch eigennützig. Diese Beschreibung kommt auch ihrer Abneigung gegenüber einer auf politischer Debatte beruhenden Demokratie entgegen, da sie impliziert, daß es nur eine Art gibt, modern zu sein, nur eine Möglichkeit der Reaktion auf die Globalisierung. Sie ist jedoch auch eine seichte politische Botschaft, die sich wahrscheinlich als kurzlebig erweisen wird. Mit Sicherheit brachten die Wahlen zum Parteivorstand der Labour-Partei bei deren Parteitag im Oktober zum Ausdruck, daß die Zauberformel bei den Parteimitgliedern nicht mehr wirkt: mehr als 60% von ihnen wählten eine Liste von Kandidaten, die scharfe Kritik an New Labour übten und sich gemeinsam für Demokratie und gegen die zentralisierte Macht der Spitze einsetzten.

Bisher betrafen die Konflikte in der Partei bestimmte Themen – das erste war die Kürzung der Leistungen für alleinstehende Eltern – dann die Frage, wie die Partei geführt wird – die Abschaffung demokratischer Diskussion und des Rechts auf eine andere Meinung. Der Streit über den Bürgermeister von London wird den Konflikt jedoch auf eine andere Ebene heben. Ken Livingstone hat bereits eine politische Verwaltung mit dem Haushalt eines Kleinstaates geleitet. Außerdem hat er konsequent an einer alternativen Wirtschaftsstrategie gearbeitet, die zu dem Zeitpunkt, an dem Gordon Browns Wirtschaftspolitik an den Klippen der Rezession scheitert, bereitstehen soll. Er wird für die Linke zum Symbol für eine alternative Richtung.

New Labour schießt auf Bürger und Kunden

Ich möchte an dieser Stelle kurz die beiden Formen der Modernität, für die New Labour und Livingstone stehen, skizzieren. New Labour kann nur im Kontext der vier aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen und der daraus resultierenden 18 Jahre ruinöser Tory-Herrschaft verstanden werden. Die treibende Kraft von New Labour ist die Erklärung der Unwählbarkeit der Labour-Partei aus der Vorherrschaft der „Linken“ oder „Old Labour“. „Old Labour“ ist eine dehnbare

Die britische Labour Party: zwei Parteien

von Hilary Wainwright*

re Kategorie; diese reicht von der traditionellen Forderung „Nationalisierung der 250 größten Unternehmen“ über die freiheitsliebende „neue Linke“, die durch die partizipatorische Demokratie von 1968 und die neuen Gesellschaftsbewegungen mit ihrem Motto „Das Private ist politisch“ geformt wurde, und schließt auch staatliche Interventionen in der Industrie, Gewerkschaftsmacht und einen universellen Wohlfahrtsstaat ein. Ziel des Projekts „New Labour“ war es in allererster Linie, die Labour-Partei von allem zu befreien, was den WählerInnen nicht schmecken könnte.

Zu dieser Frage der „WählerInnen“ ist eine kurze Erläuterung vonnöten. Das Mehrheitswahlsystem in Großbritannien gibt den WählerInnen in Wahlkreisen mit knappen Mehrheiten und den WechselwählerInnen – einem sehr kleinen Prozentsatz der Wähler – unverhältnismäßig große Macht in Bezug auf den Ausgang der Wahlen. Die Wahltaktiker der Labour-Partei konzentrierten alle ihre Anstrengungen auf den Gewinn der Wechselwähler, die bisher den Konservativen treu gewesen waren; sie fanden ihre Empfindlichkeiten, eliminierten alles, was sie davon abhielt, Labour zu wählen, registrierten jede ihrer Reaktionen, bis sie signalisierten, die „neue“ Partei wählen zu wollen. Das Endresultat war ein wirtschaftspolitischer Rahmen, der sich nicht wesentlich von der angloamerikanischen neoliberalen Orthodoxie der letzten 20 Jahre unterschied und ein Rahmen privater Moral, der die Experimente und Innovation der 60er und 70er Jahre beiseite ließ.

Eine Andeutung davon findet sich in den Memoiren von Philip Gould, einem der Wahlkampfmanager von New Labour, über die Schaffung von New Labour. In einem derben, aber

Nirgends kommt der echte Konflikt in der britischen Politik besser zum Ausdruck als im Kampf zwischen der Spitze von New Labour und Ken Livingstone um dessen Kandidatur bei den Londoner Bürgermeisterwahlen.

* Hilary Wainwright ist Redakteurin der linken, sozialistischen und feministischen Zeitschrift „Red Pepper“ in Großbritannien und lebt in Manchester (GB).

aufschlußreichen Kommentar beschreibt er mit Ehrfurcht und Bewunderung, wie rasch der neue Parteichef Tony Blair damit begonnen hatte, die Partei zu verändern. „Obwohl er erst wenige Wochen Parteichef, und einen Gutteil davon in Urlaub war, hatte er bereits riesige Schritte zur Umorientierung der Partei unternommen: schlechte Lehrer sollten entlassen werden, zwei Elternteile seien besser als einer, die Labour-Partei habe in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht, die Wirtschaft sei ebenso wichtig wie die Gewerkschaften, die Labour-Partei könne eine Marktwirtschaft besser regieren als die Tories.“¹

In der Praxis hat New Labour nicht nur einfach der Wirtschaft mehr Bedeutung beigemessen als den Gewerkschaften – z.B. indem sie erheblich mehr Personen aus der Wirtschaft in Arbeitsgruppen berief als Gewerkschaftler –, sie hat darüber hinaus begonnen, die Regierung und die Labour-Partei wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen. Im Sommer erstellte sie wie ein Unternehmen einen Jahresbericht, in dem der Premierminister die Öffentlichkeit ansprach, als sei er der Vorstandsvorsitzende einer Firma, und dabei die vielsagende Bemerkung machte, die Menschen seien nicht „nur Bürger, sondern, was noch wichtiger ist, auch Kunden.“

Diese Kombination neo-liberaler Wirtschaftspolitik und gesellschaftlichen Autoritarismus ist kombiniert mit einer Verpflichtung zur Demokratie. In der Praxis wurden entsprechend dieser Verpflichtung bisher die Versprechen des verstorbenen Parteichefs, John Smith, an dessen Stelle Tony Blair trat, hinsichtlich der Dezentralisierung der parlamentarischen Befugnisse in Wales und Schottland und das stets hinausgeschobene Versprechen der Informationsfreiheit erfüllt. Zu diesen Versprechen gehörte auch die Abschaffung der Erblords, die Wahl der Bürgermeister und schließlich gewählte Versammlungen in den englischen Regionen. (Während ich dies schreibe, ist mir bewußt, daß die Tatsache, daß diese Reformen in einem führenden europäischen Staat überhaupt notwendig sind, für deutsche Leser mit einer geschriebenen demokratischen Verfassung anachronistisch erscheinen muß. Ein Anachronismus ist es mit Sicherheit.) Die demokratische Dynamik solcher Reformen wird jedoch in zunehmendem Maße von den Spitzen der Regierung gebremst, die die Kontrolle der Partei vor die konstitutionelle Demokratie setzen. Dies trifft auch auf

den Fall des Bürgermeisters von London zu.

Livingstones Moderner Sozialismus

Wofür steht Ken Livingstone? Warum setzen die Strategen der Partei alles daran, ihn zu hindern, bei den Wahlen in London zu kandidieren?

Livingstone ist zwar ein typischer 68er und wurde von den radikalen Bewegungen der 70er geprägt, kombiniert aber diese Politik der Befreiung mit einer äußerst pragmatischen Einstellung gegenüber der Macht. Dies ist in seiner Generation in Großbritannien eine seltene Konstellation. Da eine radikale Partei – wie die Grünen in Deutschland oder die radikalsozialistischen Parteien in Skandinavien – fehlte, wandte sich die 68er-Generation in Großbritannien entweder von der parlamentarischen Politik ab oder versöhnte sich mit ihr und wurde zum neuen Establishment. Livingstones ungewöhnlicher Politikmix kommt besonders gut durch die Tatsache zum Ausdruck, daß, während andere wegen Vietnam aus der Labour-Partei austraten, er ihr beitrug. Je radikaler er wurde, desto entschlossener war er, die Partei zu ändern, anstatt sie zu verlassen.

Das Ergebnis war ein radikalsozialistischer Pragmatismus, mit dem er im bestehenden politischen System Ämter suchte, und sich doch dessen Regeln nicht beugte. Getreu dem Geiste der neuen radikalen Bewegungen der 70er Jahre betrachtete er die parlamentarische Demokratie als notwendig aber bei weitem zu eng; bei der Suche nach den wirklich treibenden Kräften für eine gesellschaftliche Veränderung orientierte er sich außerhalb. Sein Engagement und seine Unterstützung für die Bewegungen und Kultur demokratischer gesellschaftlicher Bewegungen, von lokalen Bürgerinitiativen bis hin zu die Antirassismus- und Antikriegsbewegung, Frauen- und Homosexuellenbewegung, waren Quelle eines politischen Selbstvertrauens, das bei Londoner Politikern selten ist, die immer das Gefühl haben, sie müssen sich entweder beim „Establishment“ (der fest zusammengewachsenen britischen Führungselite in Finanzen, Politik und Medien) oder der Spitze der Gewerkschaften anbieten. Sein Führungsstil im Greater London Council machte die Neuartigkeit seiner Form linker Politik deutlich. Eine Neuartigkeit, die die Londoner schließlich erfrischend und attraktiv fanden – womit die Vorstellung, daß die radikale Linke nie

populär sein kann, Lügen gestraft wurde.

Die Einzelheiten des Greater London Council (GLC) unter Livingstone sind Geschichte, aber ihr Vermächtnis lebt schemenhaft fort. Es lohnt sich, die wichtigsten Prinzipien dieses Vermächtnisses zu nennen. Zunächst aber möchte ich die Hintergrundkulisse darstellen. Livingstone und seine gleichgesinnten Stadtverordneten führten den (GLC) anders, als jede andere Stadtverwaltung geführt wurde. Während sie und die Londoner Labour-Partei einen groben Rahmen mit einem sehr umfangreichen Paket von Manifest-Verpflichtungen festlegten, beteiligten sie unabhängige Bewegungen und Organisationen, die sie nicht zu kontrollieren versuchten, an der Realisierung und Ausarbeitung dieser Politiken. Auf der einen Seite brachten sie radikale Aktivisten und Intellektuelle, die Livingstones Vertrauen in das Machbare teilten, in führende Positionen der Stadtverwaltung (natürlich wachsen die Chancen einer Politik des Machbaren mit millionenschweren Budgets erheblich); auf der anderen Seite machten sie Ressourcen der Stadtverwaltung selbst frei, um radikale Interessengruppen in ganz London zu unterstützen.

In scharfem Gegensatz zu den Gewohnheiten sowohl des Labourismus als auch des orthodoxen Trotzkismus (die Trotzkisten hatten in dieser Zeit in der Labour-Partei einen gewissen Einfluß und dominierten z.B. die Stadtverwaltung von Liverpool) war der Führungsstil im GLC gegenüber diesen unabhängigen und manchmal höchst kritischen Organisationen und Einzelpersonen im allgemeinen locker und vertrauensvoll – gegenüber der Spitze des traditionellen öffentlichen Dienstes in der Stadtverwaltung dagegen streng und auf Disziplin bedacht.

Beispiele moderner Labour Politik

Das Ergebnis war, daß viele der radikalen, innovativen Ideen der 70er Jahre, die in Reaktion auf sowohl die Grenzen des sozialdemokratischen Staates als auch das um sich greifende Konsumdenken entstanden waren, Schlagkraft und Substanz erhielten. Hier sind einige aus diesen Erfahrungen erwachsene Ideen, die Bestand haben.

Erstens eine Kombination von umverteilender Besteuerung und Maßnahmen, durch die die Lebensqualität der Mehrheit der Bürger durchgrei-

Die Spitze von New Labour versucht, den Konflikt in der Labour-Partei als Kampf zwischen „Alt“ und „Neu“ zu definieren. Fast alles, womit sie nicht einverstanden sind, wird bequem in die Rubrik „Alt“ eingeordnet.



Choon-Kweon Koo
Asiatischer Kapitalismus
257 Seiten; DM 34,00
ISBN 3-89438-165-5

Der Autor korrigiert das kulturalistisch geprägte Bild des „asiatischen Kapitalismus“, das die hiesige Diskussion immer noch prägt.



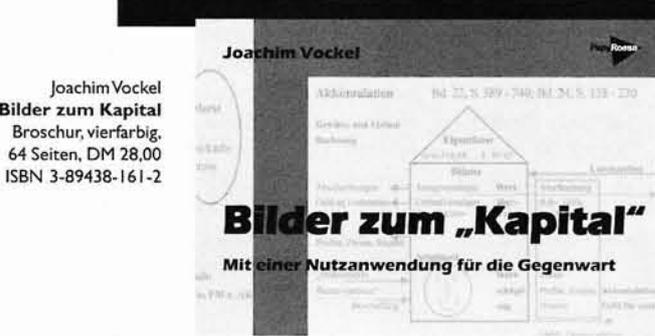
Stephan Peters
Arbeitsbegriff und Ökologie
146 Seiten, DM 28,00
ISBN 3-89438-178-7

Weder der Umweltproblematik noch der Arbeitslosigkeit kann durch Teillösungen wirksam begegnet werden. Es ist ein ganzes Bündel sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen erforderlich, die eine andere Wirtschaftsweise und damit einen völlig veränderten Arbeitsbegriff einschließen.



Christian Girschner
Politische Ökonomie und Weltmarkt
437 Seiten; DM 48,00
ISBN 3-89438-176-0

Durch die Herausarbeitung des besonderen ökonomisch-qualitativen und historischen Gehalts der Marxschen Werttheorie deckt Girschner der kapitalistischen Weltmarktdynamik zugrunde liegenden Mechanismen systematisch auf.



Joachim Vockel
Bilder zum Kapital
Broschur, vierfarbig, 64 Seiten, DM 28,00
ISBN 3-89438-161-2

Die grafischen Darstellungen visualisieren ganze Themen- und Ideenbereiche, die bei Marx auf vielen Seiten zu finden sind. Die Marxsche Reproduktionstheorie wird auf die Bundesrepublik angewandt und mit modernen Businessplänen verknüpft.



Gesamtverzeichnis anfordern bei:

PapyRossa Verlag - Petersbergstr. 4 - 50939 Köln - Tel.: 0221/44 85 45 - Fax: 0221/44 43 05 - www.papyrossa.de

find verbessert wurde (z.B. billigere U-Bahn-Tickets – von sehr deutlichem Nutzen für jedermann). Es war also klar, wofür die Steuern dienen. (Eine Minderheit von Konservativen in London wandte sich gegen diese Maßnahme und gewann für ihre Ablehnung auch rechtliche Unterstützung; die Öffentlichkeit konnten sie jedoch nicht für sich gewinnen).

Zweitens verdeutlichte der Führungsstil im GLC ein weiteres Prinzip: die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung anstelle ihrer Privatisierung. An die Stelle des hierarchischen, fast militärischen Charakters der Kommunalverwaltung (wie der Staatsverwaltung) setzten sie horizontale Verbindungen zwischen den Dezernaten, leichten Zugang zu den Stadtverordneten, die Beteiligung der Bediensteten an der Entwicklung und Umsetzung der sie unmittelbar betreffenden Politik und enge formelle und informelle Kommunikation zwischen den Bediensteten der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten, den Nutzern von Dienstleistungen und der örtlichen Bevölkerung.

Drittens sah die politische Führung des GLC ihre Wählerschaft, oder die Wähler der Labour-Partei im allge-

meinen, nicht einfach oder in erster Linie als die traditionelle Arbeiterklasse. Im Rahmen ihrer Politik, bei der die Betonung auf Chancengleichheit und der Unterstützung von Organisationen und Kampagnen lag, durch die unterschiedliche unterdrückte und ausgebeutete Gruppen ihre Bedürfnisse zur Geltung brachten, gingen sie aus von einer sehr vielfältigen Wählerschaft bestehend aus Menschen, die einer Arbeit nachgehen oder einer Arbeit nachgehen wollen. Ihr Manifest analysierte ausdrücklich die Veränderungen der Position und des Charakters der Arbeiterklasse im weitesten Sinne: die Verlagerung der Arbeitsplätze von der verarbeitenden Industrie in den Dienstleistungssektor (in London vor allem Finanzdienstleistungen), die wachsende Zahl von – schlecht bezahlten – berufstätigen Frauen, die untergeordnete Stellung der Mehrzahl dieser Frauen und ebenfalls der schwarzen, asiatischen und irischen Arbeitnehmer sowie der Arbeiter aus anderen ethnischen Minderheiten in der wirtschaftlichen Hierarchie, vor allem seit der jüngsten Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt.

Während New Labour es vermeidet, das Wort oder den Begriff „Klas-

se“ zu verwenden, als gehöre jeder heute der Mittelschicht an, kommt in der Politik, für die Livingstone steht, ein Verständnis für die Vielfalt der Umstände der Klasse zum Ausdruck, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten muß, das weit entfernt von einem statischen, verdinglichten Verständnis von Klasse ist.

Viertens steht die improvisierte Praxis des GLC für einen neuen Ansatz bezüglich politischer Macht. Improvisiert, da die Kombination aus einem radikalen Manifest, einer starken und vereinten Verpflichtung zur Erfüllung der Versprechen des Manifests und dennoch begrenzter rechtlicher Befugnisse die Politiker, politischen Bediensteten und Anhänger des GLC gleichermaßen dazu veranlaßte, eine breite Palette von Quellen der Macht zu entdecken und mobilisieren. Der GLC nutzte seine rechtlichen Befugnisse kreativ, setzte seine erhebliche Kaufkraft als Druckmittel bei Verhandlungen über die Beschäftigungspolitik von Anbietern ein, schloß Bündnisse mit sozialen und gewerblichen Organisationen sowie betrieblichen Arbeitnehmerorganisationen in ganz London und mit Gewerkschaften, kommunalen und nationalen Behörden in der ganzen Welt, ar-

In der Praxis hat New Labour nicht nur einfach der Wirtschaft mehr Bedeutung beigemessen als den Gewerkschaften, sie hat darüber hinaus begonnen, die Regierung und die Labour-Partei wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen

Livingstons Führungsstil im Greater London Council machte die Neuartigkeit seiner Form linker Politik deutlich. Eine Neuartigkeit, die die Londoner schließlich erfrischend und attraktiv fanden – womit die Vorstellung, daß die radikale Linke nie populär sein kann, Lügen gestraft wurde

beitete mit populären, progressiven Stars zusammen und mobilisierte die öffentliche Meinung, um Veränderungen herbeizuführen, die weit über den traditionellen Aufgabenbereich der Kommunalverwaltung hinausgingen. Anders als New Labour, die davon ausgeht daß Modernität bedeutet, die derzeitige Macht des Privatsektors als gegeben hinzunehmen, entwickelte der GLC alle Arten von alternativen Mechanismen, die dazu dienten, sowohl im als auch gegen den Markt zu arbeiten: z.B. indem sie gegen die Entlassungspolitik von Multis wie Ford, Unilever und Kodak mittels eines weltweiten Bündnisses von Gewerkschaften und Verwaltungen von Städten vorgingen, die durch die Stilllegungsbeschlüsse dieser Unternehmen betroffen waren; indem sie alternative Formen des Handels entwickelten, durch die ein Kontakt zwischen genossenschaftlich organisierten Erzeugern im Süden und Verbrauchern mit moralischem Bewußtsein im Norden hergestellt wurde.

Demokratischer Sozialismus als Ziel und Weg

Norman Tebbit, Margaret Thatchers rechte Hand, sagte über den GLC unter Livingstone: „Das ist moderner Sozialismus und wir werden ihn eliminieren.“ Die Art, in der Livingstone unter Nutzung des Magnetismus der Macht in der Lage war, in der Praxis, wenn auch nicht in der Theorie – daher die schwer faßbare Kreativität – die vielen Stränge der neuen Linken zu bündeln, bedeutete, daß der GLC unter seiner Führung tatsächlich einen neuen Ansatz in bezug auf den Sozialismus aufzeigte. Seit den klassischen Debatten des frühen 20. Jahrhunderts, insbesondere zwischen Luxemburg und Bernstein, besteht die strategische Alternative angeblich zwischen, einerseits, dem Sozialismus als einem End-

zustand, der durch eine Revolution bzw. ein radikales „Paukenschlag“-Gesetzgebungsprogramm erreicht wird, oder, andererseits, dem Sozialismus als einem Prozeß, in dem die Mittel zum Selbstzweck werden.

Im Gegensatz zu beidem hatten die Sozialisten, die den GLC führten, eine Vision von einem demokratischen Sozialismus, die weit über das hinausging, was unmittelbar möglich war, eine Vision, die ständig im Lichte der Erfahrungen weiterentwickelt wurde. Diese Vision untermauerte und orientierte die praktischen Politiken, Initiativen, Kampagnen und Verhandlungspositionen, mit deren Hilfe versucht wurde, soziale Not, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Demokratie nachdrücklich gegen die Zwänge der Privatwirtschaft zu setzen. Also war eine andere, sozialistische Gesellschaft sicherlich das Ziel, aber das Ziel beeinflusste die Mittel eher als es sie rechtfertigte; ähnlich wiesen die Mittel auf das Ziel hin, brachten es voran und veränderten es, sie waren jedoch kein Selbstzweck. Natürlich gibt es einen solchen Ansatz nicht nur im GLC oder der neuen britischen Linken. Ich kann mir vorstellen, daß eine derartige Strategie auch der Ansatz der radikalen Linken anderswo in Europa ist. In Großbritannien fand er jedoch aufgrund unseres eigentümlichen Wahlsystems keine reguläre Ausdrucksform. Die Erinnerung an den GLC und jetzt den Wahlkampf um das Amt des Bürgermeisters sind zu einem wichtigen Brennpunkt geworden.

Aussichten der Linken

Wenn jedoch die Kandidatur Ken Livingstones für das Bürgermeisteramt in London die einzige Chance der Linken wäre, sich Gehör zu verschaffen, wären unsere Aussichten trübe. Die Gewaltmethoden des Parteiapparats von New Labour – die ich zu Beginn meines Artikels geschildert habe – könnten Er-

folg haben. Aber es gibt andere Entwicklungen in pluralistischer Richtung, die der neuen Linken eine Chance geben. Mit der Schaffung der Parlamente in Schottland und Wales bringen die Menschen zum Ausdruck, daß sie Bürger sein wollen. Sie sind nicht glücklich darüber, als bloße Kunden behandelt zu werden. In Schottland wird der schottische Nationalismus – eine unterschiedlich zusammengesetzte politische Kraft – zum Brennpunkt der Unzufriedenheit mit den zentralisierenden, kontrollierenden Instinkten von New Labour. Eine kleine schottische sozialistische Partei kommt auf lokaler Ebene voran. So wurde Hugh Kerr, ein jüngst zusammen mit dem weiteren Dissidenten Ken Coates aus der Partei ausgeschlossener Europaabgeordneter, für die Europawahlen aufgestellt. In Wales wird mit großer Wahrscheinlichkeit der Kandidat von New Labour für die Führung der walisischen Labour-Partei und dann des walisischen Parlaments eine dramatische Niederlage einstecken müssen.

New Labours Fähigkeit, die britische Politik zu kontrollieren, sieht sich mit einer neuen Art der Opposition konfrontiert. Nicht durch die Konservativen, nicht einmal durch die Linken, die in den traditionellen Strukturen der Partei kämpfen, sondern durch den demokratischen Druck, der sich unter den Konservativen aufbaute und der bei den Parlamentswahlen am 1. Mai 1997 freigesetzt wurde. Tony Blairs Bemühungen, seine Partei zu kontrollieren und wie ein Unternehmen zu führen, gerät in direkten Konflikt mit den Erwartungen der Menschen auf demokratische Rechten, Transparenz in der Regierung und Selbstverwaltung einschließlich, bei den Londonern, das Recht, ihren eigenen Bürgermeister zu wählen.

spw

¹ vgl. Philip Gould: The Unfinished Revolution, Little Brown, S. 216.



Argumente gegen den Sozialabbau

Mit Beiträgen von:

Rudolph Bauer, Christoph Butterwege, Eckhard Hansen, Benno Hafenecker, Wolfgang Harm, Franz-Josef Krafeld, Hans Pfaffenberger, Konrad Maier, Christa Sonnenfeld

DM 16,80, 12 x 23 cm, 148 Seiten
ISBN 3-9806342-0-5

Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel
SOZIALEXTRA-VERLAG, Bärenstraße 6, 65183 Wiesbaden 0611-9018710



Foto: Ralf Schmitz (Leverkusen)



Die Politik ist ... aufgefordert, durch politische Maßnahmen stabile Bindungen zu fördern und – wo vorhanden – nicht zu frustrieren. So müssen die ehediskriminierenden steuer- und sozialrechtlichen Regeln, die das unverbindliche Zusammenleben gegenüber der Ehe fördern und damit die Verabschiedung aus einmal eingegangenen Verpflichtungen erleichtern ..., sorgfältig überprüft und gegebenenfalls verändert werden.“ Die unvoreingenommene Leserin stutzt: Haben hier die katholischen Bischöfe sich ihrer (nach dem Schutz des ungeborenen Lebens) zweitliebsten Thematik zugewandt und ist die Bundesrepublik ein Land hemmungsloser Libertinage, in dem Verbindlichkeit ein Fremdwort ist? Ein versichernder Blick auf die Umschlagseite verscheucht alle Zweifel. „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg.“ Unter diesen Überschriften hat sich die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung im Frühjahr 1998 zu Wort gemeldet.¹

Eine illustre Versammlung von WissenschaftlerInnen sucht nach Re-

formprojekten für die deutsche Gesellschaft. Sie fördert dabei ein Familienleitbild zu Tage, das mitnichten irgendwelche Originalität – insbesondere im Vergleich mit konservativen Soziologen – beanspruchen kann, das aber doch im Kontext sozialdemokratischer Politikentwürfe überrascht, ja eher noch nachhaltig irritiert. Welche Analysen sind die Grundlage für dieses Konzept? Welche Ausgestaltung des Sozialstaats liegt diesem Reformprojekt zugrunde?²

Zweifellos steht das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik vor einer Bewährungsprobe. Vollbeschäftigung erscheint kaum erreichbar, damit einher geht die verminderte Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses und damit auch des Familienernährerkonzepts. Ebenfalls unbestritten ist die Tatsache, daß Frauen im heutigen Sozialversicherungssystem i.d.R. nur geringe, meist nicht ausreichende individuelle Sicherungsansprüche erwerben können.

Familie, Wirtschaft und Staat in den USA

Vor diesem Hintergrund ist der Ansatz, die Modelle der Frauenerwerbs-

Déjà vu!

Die Familie in der Zukunftsstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung

von Brigitte Stolz-Willig*

tätigkeit und Sozialversicherung in zwei sehr gegensätzlichen Gesellschaften, den USA und Schweden, zu analysieren und vorbildliche Regelungen auf ihre Übertragbarkeit in die Bundesrepublik zu diskutieren, nachvollziehbar. Aus dieser Betrachtung ergibt sich für die USA eine erhebliche Ausdehnung der Erwerbstätigkeit von Frauen. „Dabei vollzog sich die Marktintegration der Frauen ohne die Dienste des Staates, fast könnte man sagen: aufgrund seiner Abwesenheit.“ (279) Dabei wird auch auf die Einkommenschancen von Frauen im Vergleich zu Männern eingegangen. „Die Mehrheit der Amerikaner erlebte zwischen 1979 und 1995 beträchtliche Einkommenseinbußen. Wiederum trafen die relativen Verluste Männer ... im Durchschnitt sehr viel stärker als Frauen, während letztere wesentlich besser abschnitten und dadurch aufholten.“ (279f.) Offenbar sind auch Einkommensverluste bei den Frauen noch als Erfolg zu feiern, wenn nur die Verluste bei den Männern höher ausfallen.

Nun werden die als soziostrukturelle ‚trade-offs‘ bezeichneten Nachteile dieses System nicht verschwiegen: Starke Lohndifferenzierung, hohe Zahl von Gefängnisinsassen, weiterhin hoher weiblicher Anteil an prekären Beschäftigungsverhältnissen, keine ausreichende Sicherung von Kinderbetreuung sind der Preis für die hohe Erwerbsbeteiligung und die Modernisierung der Geschlechterrollen. Doch diese Umstände lassen die Zukunftskommission nicht verzagen. Auch das Modell USA hat Chancen: „Möglicherweise befinden sich die USA an einem Wendepunkt: Die Karte der Beschäftigung um jeden ... Preis scheint ausgereizt.“ (285) Die Kommunen versuchen einen erhöhten Mindestlohn zu fördern. „Die Einkommen der untersten Lohngruppen

Die hier skizzierte Darstellung der sozialen Verhältnisse der USA hat den größten Schritt in Richtung Neoliberalismus schon gemacht: Das USA-Modell vorurteilsfrei als ernsthafte Variante eines Reformkonzepts anzudienen.

* Dr. Brigitte Stolz-Willig, Professorin am Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt/Main

Schöne neue Welt der Zukunftskommission: Wer nur einen Arbeitsplatz und kein Vermögen vorzuweisen hat, sollte sich für die Zukunft auf einiges gefaßt machen.

steigen wieder, wenn auch langsam – ein Effekt der niedrigen Arbeitslosigkeit.“ (285) Der Blick der Zukunftskommission auf die USA läßt sich also in etwa wie folgt resümieren: Die USA hat die Wohlfahrt der Individuen zwar (zunächst!) einseitig dem Markt überlassen, mit einigen aus bundesdeutscher Sicht häßlichen sozialen Konsequenzen. Aber immerhin ist die Erwerbstätigkeit der Frauen auf vorbildlichem Niveau, die Geschlechterrollen sind neu definiert und es gibt ermutigende Zeichen, daß am Wendepunkt die richtigen Maßnahmen zur Linderung der sozialen Mißstände ergriffen werden. Der sich abzeichnende Trend wird jedenfalls mit wohlwollender Aufmerksamkeit verfolgt. Die hier skizzierte Darstellung der sozialen Verhältnisse der USA ist in ihrer Diktion wie in ihrer Intention ohne jede moralische oder politische Bewertung. Sie hat insofern den größten Schritt in Richtung Neoliberalismus schon gemacht: Das USA-Modell vorurteilsfrei als ernsthafte Variante eines Reformkonzepts anzudienen.

Familie und Sozialstaat in Schweden

Welche Beurteilung wird nun dem Antipoden der USA, dem sozialdemokratischen Schweden durch die Zukunftskommission zuteil? Zunächst fällt der Kommission auf, daß in Schweden ähnlich wie in den USA ein hoher Erwerbsanteil bei den Frauen festzustellen ist, obwohl hier eine maximalistische Versorgung stattfindet. Dieser Anteil wird mit einem rigiden Regime in der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats erklärt. „Die maximalistische Versorgung verlangt geradezu, daß nur wenige auf längere Zeit von ihr Gebrauch machen, so daß ... der skandinavische Wohlfahrtsstaat, hierin dem minimalistischen amerikanischen nicht unähnlich, gezwungen ist, kontinuierlich Arbeitsbereitschaft abzufragen und zu mobilisieren, wenn nicht gar zu erzwingen.“ (286)

Es bedarf auch hier keiner feinen Sensorik, um die tief empfundene Abscheu vor Regulierungen herauszuhören, die die Zukunftskommission inzwischen mit den Neoliberalen teilt. Wo bleibt die Freiheit zu wählen, wo bleibt die Alternative zur Erwerbsarbeit, wo bleibt die Alternative zu einem ausgebauten System von Kinderbetreuung? „Bis heute wirkt das Erbe der pronatalistischen Politik nach, die die Arbeiterfamilien davon zu überzeugen suchte, daß Experten Kinder sehr viel besser aufziehen könnten als

sie selbst. Die qualitativ hochwertige Betreuung ist wiederum nötig, um die Mittelschichten für den Wohlfahrtsstaat zu interessieren und die Behinderung privat(wirtschaftlich)er Alternativen zu rechtfertigen.“ (287) Diese Aussage deutet eine Abkehr von der bisherigen sozialdemokratischen Bildungskonzeption (Bildung für alle) an, denn für Arbeiterfamilien reicht offenbar Kinderbetreuung ‚light‘, sei es in öffentlichen Einrichtungen oder zu Hause, wobei letzteres offenbar vorgezogen wird. In Schweden besteht (noch?) das Problem, daß die Mittelschichten vom Wohlfahrtsstaat durch qualitativ hochwertige Betreuung zu überzeugen waren.

Doch gemacht, wir haben eine fiskalische Krise in Schweden und es wird prognostiziert, daß die weibliche Beschäftigung in den öffentlich finanzierten Diensten sich verringern wird, einschließlich bisher unbekannter Armutsriskien. Diese Prognose steht zwar auf wackligen Beinen, denn „die laufende Reformpolitik läßt bisher keine klare Linie“ (289) erkennen. Immerhin: „die verunsicherten Bürger wenden sich allmählich privaten Lösungen zu.“ (289) Dies wird eindrucksvoll mit einer steigenden Zahl von privaten Rentenversicherungsverträgen begründet.

Die Zusammenfassung der Sicht auf Schweden stellt in gewisser Weise die Umkehrung der Interpretation der amerikanischen Verhältnisse dar: Die Verhältnisse waren (übertrieben?) komfortabel, aber so geht's nicht mehr weiter. Es wird sich in Zukunft verändern hin zu privaten Lösungen. Der Trend geht jetzt klar nach unten. Damit hat die Zukunftskommission Schweden für die deutsche Diskussion auf die gleich Fallhöhe wie die USA gebracht. Dies kann nicht ohne Folgen für die gesellschaftliche Konzeption in der Bundesrepublik selbst bleiben.

Perspektiven des deutschen Systems

Zunächst muß die Kommission feststellen, daß wir gar nicht frei sind, die Beschäftigungsexpansion nach amerikanischen Muster durchzuziehen, da die damit einhergehende Diskriminierung von Frauen (bspw. im Fall der Teilzeitarbeit) vom Europäischen Gerichtshof nicht geduldet würde. Der wohlfahrtsstaatlich dominante Versorgungsstaat der Schweden wird hingegen wegen des Verstoßes „gegen die für den deutschen Sozialstaat konstitutiven Prinzipien von Freiheit

und Subsidiarität“ (289) als nicht übertragbar verworfen.

Unserem System der Sozialversicherung wird zu Recht eine Lohnarbeitszentrierung – hierbei abstellend auf das Normalarbeitsverhältnis – unterstellt. Der Einbezug von atypischer Beschäftigung in dieses System würde nach Ansicht der Zukunftskommission die Notwendigkeit eines Systemwechsels bedingen. Und als Vorbereitung zum 620 DM-Kompromiss à la Schröder/Riester formuliert der Bericht: „So würde die geforderte Sozialversicherungspflicht der geringfügig Beschäftigten wegen der Sockelung kleiner Rentenansprüche rasch zu kostenträchtigen Ansprüchen führen, denen keine angemessene Beitragsleistung gegenübersteht.“ (292)

Die Frage, ob einem Umbau des vorhandenen Sozialversicherungssystem ein Systemwechsel vorzuziehen ist, wird klar zu Gunsten des Systemwechsels beantwortet. Begründet wird dies zum einen mit finanziellen Notwendigkeiten, zum anderen mit dem häßlichen Zwang zur Erwerbstätigkeit, der durch die Sozialversicherungspflicht gesetzt ist. „Politische Forderungen nach Ausweitung der Sozialversicherungspflicht auf jede Art von Beschäftigung versuchen, die Erwartung an alle erwerbsfähigen Individuen, immer wieder irgendwie erwerbstätig zu sein, institutionell zu rahmen. Angesichts der damit akzeptierten Erosion des Normalarbeitsverhältnisses können solche Forderungen auch als paradoxer Versuch gewertet werden, durch die Inklusion aller Bürger in die Solidargemeinschaft die im Kern exklusive Sozialversicherung zu retten.“ (304f)

So einfältig wie bisher alle sozialdemokratischen Programme im Punkt Sozialpolitik ist die Zukunftskommission nicht. Mehr Sozialversicherungspflicht bedeutet eine Mehrbelastung des Faktors Arbeit – die 620 DM linke Tasche/rechte Tasche-Idee muß natürlich ausgenommen werden – und neue Formen der Beschäftigung entkoppeln sich zunehmend von der Inklusion in den Arbeitsmarkt. Ein Bürgergeld, das unabhängig von der Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und unabhängig vom Familienstand eine soziale Mindestsicherung für Nichterwerbstätige darstellen könnte, wird auch von der Kommission für unfinanzierbar gehalten (262). Die gewerkschaftliche Forderung, durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung die Renten- und Arbeitslosenver-

sicherung im unteren Leistungsbe- reich zu ergänzen und damit armuts- fest zu machen, findet erst gar keine Erwähnung. Sicher ist nach Auffas- sung der Kommission, daß wir in Zu- kunft nicht ein Regime, das „allzu ein- seitig auf eine Institution bzw. Logik der sozialen Sicherung setzt“ (306), fördern dürfen. „Ein Arbeitsplatz und Einkommen aus Beschäftigung sind zwar wichtige Ressourcen für den Le- bensunterhalt; aber Beschäftigung al- lein wird in Zukunft nicht vor Armut und Deprivation schützen.“ (306) Schöne neue Welt der Zukunftskom- mission: Wer nur einen Arbeitsplatz und kein Vermögen vorzuweisen hat, sollte sich für die Zukunft auf einiges gefaßt machen.

Das Alte ist das Neue

Doch ganz so schlimm kommt es für jene nicht, die sich in den schützen- den Hafen der Ehe begeben. Hierfür sollen auch die notwendigen Qualifi- kationsprogramme angeboten wer- den: „Eine Qualifizierung junger Menschen für Familienarbeit (haus- wirtschaftliche und pädagogische) ist heute mindestens so geboten wie die für den Umgang mit dem Internet.“ (307) Also, Herren und Damen sozial- demokratische Kultusminister, das PC- Problem an den Schulen ist passé, stattdessen ist ein Schwung Hauswirt- schaftslehrerInnen einzustellen.

Die Verbreiterung der Versiche- rungspflicht auf Grundlage eines indi-

vidualisierten Beitragsbezugssystems wird zur fortschreitenden Schwä- chung des Solidarprinzips umgedeu- tet. Das Solidarprinzip der Zukunfts- kommission hat dagegen einen fei- nen Zug zu Ehe und Familie. „Die Po- litik ist ... herausgefordert, aus Ehe und Familie abgeleitete und eigen- ständige Ansprüche aus der sozialen Sicherung so zu verzahnen, daß Ar- mutsrisiken und die Schaffung zweier Klassen sozial Gesicherter möglichst vermieden werden.“ (308)

Dies also ist der große Wurf, das Reformprojekt für das nächste Jahr- tausend. Ein bißchen mehr vom Bis- herigen (= bessere Verzahnung von eigenständigen und abgeleiteten An- sprüchen) und wir haben die gravie- renden Sicherungsprobleme gelöst. Die Botschaft der Zukunftskommissi- on ist schlicht und prägnant: Das Alte ist das Neue. Dabei ist heute auch der Rückgriff auf eine Familienideologie, die ohne große Bedenken an die Vor- stellungen der fünfziger Jahre an- knüpft, nicht mehr verpönt.

Wieso in diesem Modell plötzlich Finanzierungsrisiken verschwinden, diese Frage wird erst gar nicht ge- stellt. Verständlich! Wer eine Lanze für den heiligen Stand der Ehe und die Familie bricht, braucht sich um Fragen der finanzpolitischen Logik nicht mehr zu kümmern. Wieso in der Ehe ein ausreichender Schutz gegen die Widrigkeiten von Arbeitsplatzver- lust oder Einkommensverlust des

Hauptverdieners gegeben sein soll, die eine andere Qualität hat als die bisherige abgeleitete Sicherung der Ehefrau, dies zu erläutern, wäre zu viel verlangt.

In der Substanz kann die Zu- kunftskommission ihren Anspruch, ein Reformprojekt zu entwerfen, nicht einlösen. Zwar verschwommen und vage, aber letztlich alternativlos wird das heutige System des abgelei- teten Sicherungsanspruchs für die Mehrzahl der Frauen über Ehe und Familie fortgeschrieben. Dies war bis- her nicht sozialdemokratisches Re- formverständnis, denn es konfliktierte mit einem Emanzipationsentwurf für Frauen, der wesentlich die Abhängig- keitsstrukturen in der Ehe und damit gegenüber dem Ernährer problemati- sierte.

spw

Die Botschaft der Zukunftskommission ist schlicht und prägnant: Das Alte ist das Neue. Dabei ist heute auch der Rückgriff auf eine Familienideologie, die ohne große Bedenken an die Vorstellungen der fünfziger Jahre anknüpft, nicht mehr verpönt.

¹ Zukunftskommission der Friedrich-Ebert- Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähig- keit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg. Ver- lag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1998, 416 Seiten, DM 38,-. Zur allgemeinen Kritik der Studie vgl. auch Ralf Krämer: Drei Zie- le – kein Weg: Neo-Sozialdemokratie, in: spw 3/98, S. 10-15. Anm. d. Red.

² In einem eigenen Abschnitt werden die Folgen des Transformationsprozesses für die Frauenerwerbstätigkeit, die Familien- strukturen und die Geschlechterbezie- hungen analysiert. Die hier entwickelten Reformperspektiven unterscheiden sich diametral von den Grundaussagen der anderen Teile. Offensichtlich wird die deutsche Teilung hiermit erneut vollzo- gen.

Eine fatale Entwicklungsblockade auf dem Weg ins 21. Jahrhun- dert sind die Außenschulden der kapitalistischen Peripherie – zwei- bis dreitausend Milliarden Dollar, zu- verlässige Zahlen gibt es nicht.

Anfang der neunziger Jahre hieß es in den Kommuniqués der G7-Staa- ten, die um 1982 ausgebrochene in- ternationale Verschuldungskrise sei überwunden. Wie sich rasch zeigte, waren das Illusionen. Der drohende Ruin Mexikos 1995 und die Krise der meisten „Tigerstaaten“ Ostasiens, Rußlands, Brasiliens und anderer Standorte 1997/98 demonstrierten zugleich das fortdauernde „Systemri- siko“ für die Banken wie für die „rea- le“ Ökonomie des Nordens.

Die Entstehungsbedingungen die- ser weltwirtschaftlichen Falle scheinen heute weithin vergessen, der Zusam- menhang der „Einbrüche“ gerade in Ostasien mit der einst euphorisch pro-

pagierten Strategie der verschuldeten Entwicklung wird oft übersehen.

Das Experiment „Fortschritt durch Kredite“

Obwohl inzwischen neue Akteure, etwa Indonesien und Malaysia, und Faktoren wie die Explosion der kurzfristigen Ver- schuldung oder die immer aggressivere Devisenspekulation an Bedeutung ge- wonnen haben, ist die aktuelle Krise ohne die Tragödie der siebziger und achtziger Jahre kaum zu verstehen.

Wie erklärt sich die epochale „Ver- lockung der Kredite“ ? Im Lauf der sechziger und siebziger Jahre hatten fast alle Länder der „Dritten Welt“ ihre staatliche Unabhängigkeit ge- wonnen. Die Situation war gewöhn- lich deprimierend. Bergwerke oder Plantagen waren auf den Bedarf der „Metropolen“ im Norden ausgerich- tet, die wenigen Fabriken produzier- ten Fischkonserven oder T-Shirts, es

Einstürzende Illusionen

Zur Geschichte der „Entwicklung durch Verschuldung“

von Winfried Roth*

fehlten Straßen und Elektrizitätswer- ke, Schulen und Kliniken. In den meis- ten Ländern wurde die nachholende Industrialisierung auf die Tagesord- nung gesetzt.

* Winfried Roth, Berlin, Dipl. Volkswirt, arbeitet heute als freier Journalist.

Gleichgültig, ob die Initiative bei Planungsbehörden oder privaten Unternehmen lag – um Stahlwerke und Pestizidfabriken, Flughäfen und Hochschulen aufzubauen, war man auf Investitionsgüter aus den Industrieländern angewiesen. Die notwendigen Devisen für diese Bestellungen besaß kaum ein Entwicklungsland. Zu bekommen waren sie bei Regierungen und Großbanken der „reichen“ Ökonomie.

Die jährlichen Zinsen und Tilgungsraten für solche Entwicklungshilfe-Kredite aufzubringen, schien kein Problem. Man mußte nur mehr traditionelle Rohstoffe oder neue Fertigwaren an den Norden verkaufen. Und für den Bedarf dort, in der mythischen Wohlstandsgesellschaft, schien es keine Grenzen zu geben.

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, auf dem Höhepunkt der globalen Systemkonkurrenz, schien der Süden zur dritten Kraft der internationalen Politik zu werden. Die Entwicklungsländer kontrollierten gewaltige Rohstoffreserven, sie wurden als strategische Stützpunkte umworben. Der kreditfinanzierte Big Push sollte die Blockfreien gegen den sich ausbreitenden „Antiimperialismus“ immunisieren.

In den siebziger Jahren vermittelten die Banken – angesichts der unerwarteten Investitionsschwäche im Norden – hunderte von Milliarden brachliegenden Geldkapitals an die dynamischeren Entwicklungsländer. Ein glänzendes Geschäft: diese zahlten für die geliehenen Dollars usw. nicht nur Zinsen, sie kauften damit auch Milchpulver, Kraftwerke und Panzer in den Industriestaaten und förderten so deren angeschlagene Exportbranchen. Bis 1980 stieg die Außenverschuldung der Dritten Welt von weniger als hundert auf über fünfhundert Milliarden Dollar.

Tatsächlich trugen damals in vielen Regionen des Südens die Kredite zu einem imponierenden Wirtschaftswachstum bei – besonders in den „Schwellenländern“ wie Mexiko, Brasilien und Südkorea. Zugute kam diese kurze „Ära der Prosperität“ in erster Linie den unternehmerischen und politischen Eliten, darüber hinaus noch einer kleinen Schicht von Facharbeitern, Verwaltungsangestellten oder Berufssoldaten.

Versprochen war, die Fabriken und Staudämme, die Raffinerien und Rechenzentren würden eine sich selbst tragende Entwicklung auslö-

sen. Häufig jedoch führte dieser Modernisierungsschub eher zum Ruin traditioneller Arbeitsplätze in Kleinindustrie oder Handwerk, zur Umwelterstörung und zur Fortdauer oder sogar Verschärfung der Armut für den größten Teil der Bevölkerung. Fast nirgends entstand eine zusammenhängende Industriestruktur.

Der Weg in die Krise

Schon gegen Ende der siebziger Jahre mehrten sich Krisensignale, immer öfter gerieten die verschuldeten Länder in Zahlungsschwierigkeiten. Vieles läßt sich auf das Debakel der Neunziger übertragen. Gewöhnlich trafen mehrere Faktoren zusammen. Eine entscheidende Rolle für den Weg in den Bankrott spielten internationale Einflüsse, die vom Süden nicht – oder kaum – beeinflußt werden konnten.

Mit der Flaute im Norden verringerten sich die Absatzchancen für den Mais, das Kupfer oder die Konfektionsanzüge aus dem Süden – und damit die für den „Schuldendienst“ erforderlichen Deviseneinnahmen. Neue Zollbarrieren gingen nieder, um die lahmgewordene Industrie der reichen Staaten vor der Billigkonkurrenz zu schützen.

Infolge der rasanten Automatisierung und Deregulierung im Norden verloren auch die Kostenvorteile der Entwicklungsländer bei Industrieprodukten – niedrige Löhne, Sozialleistungen usw. – wieder an Bedeutung.

Verhängnisvoll, aber in einer solchen Situation nicht weiter erstaunlich: die gefährdeten Länder ruinierten sich gegenseitig, indem sie ihre Waren immer billiger auf den Märkten des Nordens anboten. Gleichzeitig stiegen – Stichwort: Verschlechterung der terms of trade – drastisch die Preise für Lieferungen von dort.

So wenig es eine Entwicklung an sich gibt, so wenig ist Entwicklungsland gleich Entwicklungsland. Zu den wenigen Gewinnern gehörten Ölexporteure, vor allem die kleinen oder menschenleeren Golfstaaten wie Saudi-Arabien oder Kuwait. Die Verteuerung des Öls verschärfte für manche rohstoffarme Ökonomien der Dritten Welt die Devisenprobleme dramatisch.

Die Bilanz: die Devisenausgaben der verschuldeten Länder stiegen, ihre Deviseneinnahmen sanken. Bereits diese internationalen Einflüsse wären für die betroffenen Standorte ruinös genug gewesen. Katastrophal

wirkten sich allerdings auch Fehlplanungen und Verschwendung vor Ort aus.

Problem eins: eine im Süden genauso wie im Norden folgenschwere Politik war (und ist) die inflationäre Finanzierung von Staatsausgaben, im einfachsten Fall durch den Druck von wertlosen Banknoten. Auf diese Weise zogen nicht nur die Preise auf dem Binnenmarkt an. Auch das Exportsortiment wurde teurer und damit auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig. Die Folge: Devisenmangel.

Problem zwei: steigende Importausgaben für Lebensmittel. Oft – hauptsächlich in Mittel- und Südamerika – hatten Regierungen und Großgrundbesitzer die Landwirtschaft von der Selbstversorgung auf die lukrative Produktion von Rindfleisch oder Mangos für den Norden umgestellt. Gerade in Afrika wurde die traditionelle Landwirtschaft durch Dumpingangebote aus den Agrarüberschüssen der EG und den USA ruiniert.

Problem drei: die unproduktive Verwendung von Devisenkrediten – für Prestigeprojekte oder für den Luxuskonsum der Oberschicht. In manchen Fällen verschwand das Geld über mehr oder weniger kurze Wege auf den Privatkonten von Diktatoren, wie während der „Kleptokratie“ der Familie Mobutu in Zaire, der Marcos-Herrschaft auf den Philippinen oder im Indonesien der Ära Suharto.

Ein traditionelles Problem in den meisten dieser Länder ist die Kapitalflucht der Eliten: gewissermaßen nahm man mit der einen Hand die ausländischen Kredite entgegen, mit der anderen Hand verschob man sie – aus Furcht vor innenpolitischen Konflikten oder hoher Geldentwertung – wieder ins Ausland. Der wohl krasseste Fall war Argentinien – die „informellen Kapitalexperte“ überstiegen die Devisenschulden des Landes. Auch heute könnten einzelne Staaten mit den Fluchtgeldern einen beachtlichen Teil der offenen Kredite zurückzahlen.

Schließlich verschlangen überdimensionierte Ministerien, Planungsbehörden und Sicherheitsapparate teuer geliehene Milliarden. Selbst in den ärmsten Ländern strebten Armee, Polizei und Geheimdienste nach „Weltniveau“.

Einstürzende Illusionen

So bildete sich schon in der Zeit des scheinbaren Aufschwungs die Krise

In den 70er Jahren vermittelten die Banken hunderte von Milliarden brachliegenden Geldkapitals an die dynamischeren Entwicklungsländer. Bis 1980 stieg die Außenverschuldung der Dritten Welt von weniger als hundert auf über fünfhundert Milliarden Dollar.

heraus. 1982, mit dem spektakulären ersten Zusammenbruch Mexikos, kam das Ende der Illusion, bald mit dem Norden gleichzuziehen. Entscheidend für den Übergang zur offenen Krise war die Geld- und Haushaltspolitik der westlichen Hegemonialmacht.

Seit 1980 versuchte die Regierung Reagan, durch ungewöhnlich hohe Zinsen Kapital aus dem Ausland anzuziehen. So sollten die Etatdefizite finanziert werden, die wegen der monumentalen Rüstungsprojekte anstiegen. Erinnert sei etwa an die Strategische Verteidigungsinitiative/SDI – den „Krieg der Sterne“.

Verblüffend schnell verwandelten sich die USA von der größten Gläubiger- zur größten Schuldernation. Tatsächlich wurden gewaltige Summen aus Westeuropa über den Atlantik transferiert. Der Kapitalzustrom in die Dritte Welt versiegte.

Da die Verträge mit den Banken oft variable Zinssätze vorsahen, wuchs die laufende Zinsbelastung für den Süden von 5 oder 8 auf 15 oder 22 Prozent – eine Steigerung, die selbst potentere Kreditnehmer aus dem Gleichgewicht gebracht hätte.

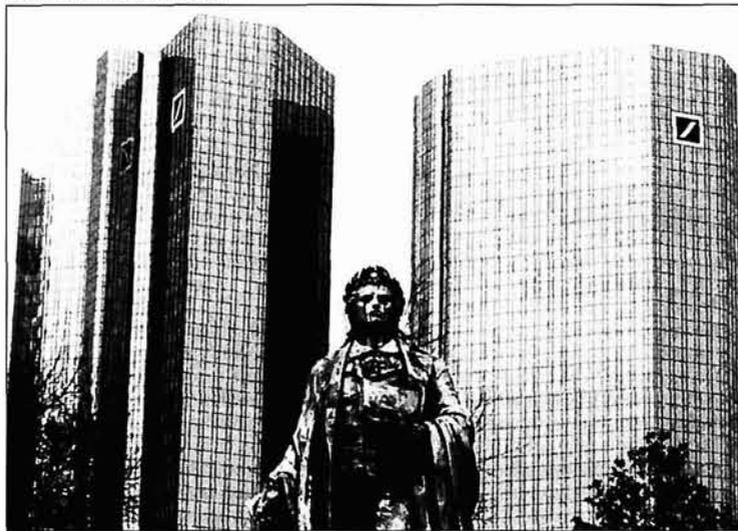
Nach der Zahlungsunfähigkeit Mexikos im August 1982 standen rasch Dutzende Entwicklungsländer vor dem Bankrott. Zwei, drei Jahre lang schien es, als sei auch das internationale Finanzsystem – durch eine Kettenreaktion von Zahlungseinstellungen im Süden und Bankzusammenbrüchen im Norden – akut bedroht. Die Ausweitung des Desasters auf die Erste Welt wurde vorerst durch ein hektisches Krisenmanagement und durch massive Subventionen der Öffentlichen Hand für die gefährdeten Banken abgewendet.

Die Politik der Gläubiger gegenüber den Entwicklungsländern läßt sich – für die achtziger wie die neunziger Jahre – so zusammenfassen: Umschuldungen und eine den bankrotten Staaten aufgezwungene radikale Sparpolitik sollen die Fortsetzung der Zins- bzw. Kreditrückzahlungen garantieren. Bei Umschuldungen werden Zahlungsfristen verlängert oder neue Kredite zur Bezahlung der alten vergeben.

Ultimaten

Zentrale Vermittlungsinstanz zwischen Nord und Süd wurde der Internationale Währungsfonds, eine Unterorganisation der UN. Seine politische Funktion besteht darin, als angeblich neutrale Institution von den

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



verschuldeten Ländern Zugeständnisse zu erreichen, die Banken und Regierungen der Industriestaaten direkt nur schwer durchsetzen könnten. Das Stimmrecht im IWF richtet sich nach der ökonomischen Stärke der Mitgliedsstaaten.

Von Anfang an war die „Hilfe“ mit einschneidenden wirtschaftspolitischen Auflagen verknüpft – man spricht von der Konditionalität der IWF-Kredite. Erst nach Annahme dieser Bedingungen ließen sich die Gläubiger aus dem Norden überhaupt auf Verhandlungen mit dem überschuldeten Land ein. Bei einer Weigerung drohte die totale Wirtschaftsblockade. Zumindest gegenüber demokratischen Regierungen scheinen solche Ultimaten schwer vertretbar.

Die Hauptforderung des IWF: mehr exportieren und weniger konsumieren, um die Devisen für Zinsen und Rückzahlungsraten aufzubringen. Die Schritte: einerseits Verbilligung des Exportsortiments, zum Beispiel durch Währungsabwertung; andererseits radikale Beschränkung der Inlandsnachfrage, um mehr Mittel in die Exportproduktion umzulenken und die Importe zu drosseln.

Weiter sollen – ebenfalls auf die Exportproduktion orientierte – private Investitionen aus den Industrieländern erleichtert werden, z.B. durch den Verzicht auf Zölle, durch Steuervergünstigungen oder die Erleichterung der Gewinnüberweisungen ins Ausland.

Zentrale binnenwirtschaftliche Forderung ist gewöhnlich die Beschränkung der Konsumnachfrage. Auch auf diese Weise sollen mehr Mittel für den Schuldendienst freigesetzt werden. Zugleich soll eine Umverteilung von den Löhnen zu der Ge-

winnen erfolgen – so würden Investitionen angeregt. Zu diesen Zielen tragen Maßnahmen bei wie Reallohnsenkungen, Entlassungen von Staatsangestellten oder Kürzungen bei Lebensmittelsubventionen oder im Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Der Preis der „Stabilisierung“

Im Süden wurde das Ziel der Entwicklung immer mehr der „Bedienung“ der Auslandsschulden untergeordnet. Den Preis für die sogenannte Stabilisierungsstrategie hatte durchweg die ärmere Bevölkerung zu zahlen, die wenig oder gar keine Vorteile von den geliehenen Milliarden gehabt hatte. Ihr Beitrag zur Strukturanpassung: um ein Drittel oder die Hälfte (wie zeitweise in Mexiko) sinkende Einkommen, Massenarbeitslosigkeit, Verteuerung der Grundnahrungsmittel. Teilweise kam es zum Verfall der neugeschaffenen Industrie und der modernen Infrastrukturen.

Nach den bescheidenen Fortschritten der siebziger Jahre nimmt bis heute in vielen Entwicklungsländern, besonders in Afrika, die Kindersterblichkeit wieder zu, der Schulbesuch geht zurück. Auch die Zerstörung der traditionellen Sozialstrukturen, die Zunahme der Kriminalität oder vermeintlich naturbedingte Hungerkatastrophen hängen mit der Verschuldungskrise zusammen.

Das Scheitern des Krisenmanagements ist unübersehbar. Ein Rückblick auf die letzten anderthalb Jahrzehnte zeigt, daß in kaum einem Land eine längerfristige Stabilisierung erreicht werden konnte. Im Gegenteil ist die Verschuldung unaufhaltsam gestiegen. Allein durch die „Zinsdynamik“ wachsen die Schulden immer weiter.

1982, mit dem spektakulären ersten Zusammenbruch Mexikos, kam das Ende der Illusion, bald mit dem Norden gleichzuziehen. Entscheidend für den Übergang zur offenen Krise war die Geld- und Haushaltspolitik der westlichen Hegemonialmacht.

Den Preis für die „Stabilisierungsstrategie“ des IWF hatte die ärmere Bevölkerung zu zahlen. Ihr Beitrag zur Strukturanpassung: um ein Drittel oder die Hälfte sinkende Einkommen, Massenarbeitslosigkeit, Verteuerung der Grundnahrungsmittel.

Zu den wenigen Ländern, die – so schien es bis zur Ostasienkrise von 1997/98 – der „Schuldenfalle“ der Achtziger entkommen konnten, zählten Südkorea, Indonesien und Chile. Wichtig für Südkoreas Erfolgsmodell waren ein gut ausgebautes Bildungssystem, die frühzeitige Modernisierung der Landwirtschaft, eine effiziente staatliche Industriepolitik, die Verwendung der Auslandskredite für produktive statt spekulative Investitionen. Allerdings ließ das Modell sich nur schwer kopieren, einfach weil die Märkte der Industrieländer, auf denen die Industrie dieses „Tigerstaates“ ihre Devisen verdiente, nur begrenzt aufnahmefähig waren und sind.

In Südkorea zeichneten sich schon früh Faktoren des späteren Crashes ab – etwa die unzulängliche Entwicklung des Binnenmarktes, die Überkapazitäten in der Werften- oder Stahlbranche. Hervorzuheben sind außerdem die sozialen Kosten des industriellen Aufstiegs – rekordverdächtige Arbeitszeiten, extrem bescheidene Löhne für viele Beschäftigte, Streikverbote, katastrophale Arbeitsbedingungen.

Chile ist bisher noch nicht von der Krise eingeholt worden. Unbestreitbar ist, daß auch hier für den Erfolg ein hoher Preis gezahlt wurde – erwähnt seien nur die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die Militärdiktatur und die erbärmlichen Lebensverhältnisse einer großen Minderheit der Bevölkerung. Die Perspektiven dieses Modells scheinen zweifelhaft, allein schon, weil Chile auffallend vom Export einfacher Rohstoffe – angefangen bei Äpfeln und Holz – abhängig ist. Ähnlich wie Südkorea könnte es sich schnell dem Druck billigerer Standorte ausgesetzt sehen.

Ohne Ausweg?

Ansätze zu einer radikalen Gegenstrategie – wie die vorübergehende Verweigerung der Schuldentzahlungen durch Peru – sind völlig gescheitert. Nach der gewaltsamen Unterdrückung oder dem selbstverschuldeten Niedergang der „Befreiungsbewegungen“ im Süden sind Alternativen zum Status Quo nicht mehr in Sicht.

Anfang der neunziger Jahre kam zu den überschuldeten Standorten des Südens das bankrotte sozialistische Lager hinzu. Inzwischen dürfte die Außenverschuldung der osteuropäischen Reformstaaten bei über

dreihundert Milliarden Dollar liegen. In das finanzielle Desaster schlitterten sie auf ganz ähnliche Weise wie die „alte“ Dritte Welt.

Früh traf die Krise bereits Polen, Rumänien und Jugoslawien. Obwohl das Land des „Selbstverwaltungssozialismus“ in den achtziger Jahren über dreißig Milliarden Dollar an die Kreditgeber überwies, verharrten – vor allem durch die Zinsdynamik – die Schulden ständig bei etwa zwanzig Milliarden Dollar. Diese Belastung verhinderte die notwendige Modernisierung der Industrie, trug zur hohen Arbeitslosigkeit, zum Absinken der Reallöhne und – Stichwort Wohlstandschauvinismus – zu einer brutalisierten Konkurrenz zwischen reichen und unterentwickelten Regionen bei. Das war ein wesentlicher Faktor der sozialen und politischen Desintegration des multinationalen Jugoslawien.

Auch das „Neue Rußland“ sah sich rasch außerstande, seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Überaus nachteilig wirkte sich die Kapitalflucht der Eliten aus. Die Wirtschaftspolitik der demokratischen Regierungen ist entscheidend vom IWF formuliert worden. Das bedeutete nicht nur einen Souveränitätsverlust. Es ermöglichte der Jelzin-Administration, die Verantwortung für die soziale Abkoppelung weiter Bevölkerungsgruppen auf „Sachzwänge des Weltmarktes“ abzuschieben.

„Rückkopplungseffekte“

Die Verschuldungskrise der kapitalistischen Peripherie erhöhte nicht nur das finanzielle „Systemrisiko“, sie hatte noch andere unerwartete Auswirkungen, etwa:

- Krieg: die Zusammenhänge zwischen der Schuldenkrise und dem Golfkrieg von 1991 werden oft übersehen. Der Irak gehörte seit den siebziger Jahren zu den am höchsten verschuldeten Entwicklungsländern. Die beispiellose Aufrüstung von Saddam Husseins Regime war durch Kredite aus den Industrieländern ermöglicht worden. Durch den Überfall auf Kuwait und die Aneignung von dessen Staatsvermögen und Ölreserven hoffte der Irak auch, seine drückenden Schulden loszuwerden.

Selten wahrgenommen wird der Zusammenhang zwischen dem Bürgerkrieg in Algerien und der in den achtziger Jahren explodierenden Außenverschuldung dieses Landes. Die bürokratische Diktatur, die in erster

Linie vom Öl- und Erdgasexport lebte, war vom Import nicht nur von Investitionsgütern, sondern auch von Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs abhängig. Die Einschränkungen infolge der Abkommen mit den Gläubigerstaaten führten zur Verelendung großer Teile der Bevölkerung – eine Voraussetzung für die erfolgreiche politische Offensive der Fundamentalisten.

- Klimaveränderungen: die Verschuldung trägt erheblich dazu bei, daß die tropischen Wälder zerstört werden – mit unkalkulierbaren Folgen gerade für das Klima im Norden. In Brasilien etwa hat die Armut Millionen von Slumbewohnern und Tagelöhnern ins unerschlossene Landesinnere getrieben. Sie roden die Urwälder, um Äcker anzulegen, die oft nach zwei, drei Ernten ausgelaugt sind. Holz aus Indonesien wird in die Industriestaaten verschifft, um so die notwendigen Dollars für den Schuldendienst zu „erwirtschaften“. Die gigantischen Waldbrände in Südamerika wie in Südostasien hängen mit dieser Gier nach Devisen zusammen.

- Umverteilung im Norden: den Banken der Industrieländer gelang es, einen großen Teil des Risikos ihrer Geschäfte mit der unterentwickelten Welt auf die öffentlichen Haushalte abzuwälzen. Die Gewinne wurden privat angeeignet, die Verluste dagegen – in den Medien kaum beachtet – durch gigantische Steuervergünstigungen und Subventionen „sozialisiert“. Was wird den Verlusten aus der Ostasienkrise folgen?

Die Probleme sind nur aufgeschoben

Der zweite Bankrott Mexikos 1995 und die neuerlichen Erschütterungen in Asien, Osteuropa und Lateinamerika zeigen, daß die strukturellen Probleme nicht gelöst sind.

Zugleich hat die Komplexität und Verwendbarkeit des globalen Finanzsystems zugenommen. Erinnert sei nicht nur an die „Revolution der Derivate“, sondern auch an die grenzenlosen Börsen-Crashes seit 1987, die Erschütterungen im Europäischen Währungssystem Anfang der Neunziger oder die seit Jahren schwelende Bankenkrise in Japan. Der Zusammenbruch eines und erst recht mehrerer global players infolge unvorhergeseher Zahlungsausfälle im Süden oder Osten könnte eine fatale Kettenreaktion auslösen.

spw

Im Oktober 1998 wäre Louis Althusser 80 Jahre alt geworden. Die letzten zehn Jahre seines Lebens – er starb 1990 – verbrachte er immer wieder in psychiatrischen Kliniken, nachdem er 1980 seine Ehefrau Hélène getötet hatte. Seit den 1960er Jahren war Althusser immer wieder in psychiatrischer Behandlung. So kam es nicht zu einer Verurteilung, weil er wegen seiner manisch-depressiver Anfälle für unzurechnungsfähig und damit nicht-schuldfähig erklärt wurde.

Weil ihm so die Möglichkeit der öffentlichen Erklärung versagt worden sei, schrieb Althusser nach eigenen Angaben seinen autobiographischen Text „Die Zukunft hat Zeit“, der posthum 1992 (deutsch 1993) veröffentlicht wurde. Dieser Text ist nun – passend zum Gedenken an den 80. Geburtstag – gemeinsam mit einem weiteren autobiographischen Manuskript von 1976 („Die Tatsachen“) als Taschenbuch in einer limitierten Sonderausgabe im Fischer-Verlag erschienen.

Ebenfalls im vergangenen Jahr ist eine sehr persönlich gefärbte, nichts desto trotz aber inspirierende Erinnerung von Gudrun Werner-Hervieu an ihre Begegnung mit Louis Althusser veröffentlicht worden. Sie endet nicht mit dessen Tötung der Ehefrau, sondern beginnt damit erst richtig. Hier erleben die interessierten LeserInnen Louis Althusser nicht nur als intellektuellen „Mythos“, sondern in der Sichtweise, die einen Freund mit seinen persönlichen Untiefen, Gefühlsschwankungen, seiner Fähigkeit zum provokativ-fruchtbaren Diskurs, aber auch seiner Selbstherrlichkeit und seinen Verklemmungen berichtet. Erkennbar wird ein von Selbstzweifeln und Selbstüberschätzung gleichermaßen gezeichneter Philosoph, der einerseits ein so unermeßliches Schutzbedürfnis hatte, andererseits durch seinen provokativen Debattenstil immer wieder Gegnerschaften heraufbeschwor.

„Lui – das ist Louis, mein Onkel!“

Louis Althusser wird am 16. Oktober 1918 in Birmandreï, Algerien, geboren. Sein Großvater mütterlicherseits, Pierre Berger, war Ende des 19. Jahrhunderts von Frankreich in die algerische Kolonie gegangen, um dort als Forstaufseher zu arbeiten. Familie Berger hielt sich, obwohl sie sehr abgelegen im Chréa-Berg-Massiv, später in Bois de Boulogne wohnten, von den Einheimischen weitgehend fern und knüpfte gesellschaftliche Kontakte nur mit anderen französisch-stämmigen Familien. So lernten sich die Familien

Berger und Althusser in Algerien kennen und schon bald schien klar, daß die älteste Berger Tochter, Lucienne, den Althusser-Sohn Louis heiraten würde: „Meine Mutter fühlte sich wohl in Louis' Gesellschaft. (...) Wie er liebte sie die Schule, wo sich alles im Kopf abspielte, vor allem nicht im Körper, und zwar unter der Aufsicht und dem Schutz guter Lehrer voller Tugenden und Gewißheiten.“ (ALTHUSSER 1998, S. 45)

Doch der 1. Weltkrieg verhinderte die Hochzeit. Louis Althusser zog mit seinem älteren Bruder Charles in den Krieg. Als Charles Althusser zum Jahresbeginn 1917 zum Fronturlaub nach Bois de Boulogne kommt, muß er mitteilen, daß sein Bruder Louis über Verdun in einem Beobachtungsflugzeug gefallen ist und macht den Vorschlag, bei Lucienne Berger den Platz seines Bruders einzunehmen. Die Eltern waren einverstanden, Lucienne fügte sich – „so wie sie eben war und wie ich sie gekannt habe, brav, sittsam, folgsam und ehrerbietig“ (ALTHUSSER 1998, S. 46).

Im Februar 1918 wurde die Hochzeit vollzogen: „Meine Mutter behielt dieses Ereignis anscheinend in dreifach schmerzlicher Erinnerung: einmal deshalb, weil sie körperlich durch die sexuelle Gewalttätigkeit ihres Gatten verletzt worden war; dann deshalb, weil sie mit ansehen mußte, wie alle ihre Jungmädchen-Ersparnisse von ihm in einer einzigen Nacht der Prasserei verschleudert wurden (...). Und schließlich verfügte mein Vater letztinstanzlich, daß meine Mutter ihren Lehrerberuf aufgeben muß...“ (ALTHUSSER 1998, S. 47).

Den Sohn, den Lucienne Althusser zur Welt bringt, nennt sie Louis – nach ihrem Geliebten. „Lui – das war Louis, mein Onkel, den meine Mutter liebt, nicht ich“ (Althusser 1998, S. 49)¹. Dieses Motiv wird prägend für Louis Althussters Kindheit und Jugend. Es entwickelt sich nie eine wirkliche Beziehung zwischen Lucienne Althusser und ihrem Mann Charles, ganz zu schweigen von einem vertrauensvollen Verhältnis von Charles zu seinem Sohn Louis. Charles Althusser brachte es zum Bankdirektor, verlor dann aber 1942 seinen Direktorensitz, weil er sich dem Vichy-Regime gegenüber nicht opportun zeigen wollte. Ganz der patriarchalen bürgerlichen Vorstellung des 19. Jahrhunderts verhaftet, reklamiert Charles Althusser das außerfamiliäre Leben für sich und weist seiner Frau Haus und Familie als einzigen Ort der Entfaltung zu. Sein Sohn Louis, in

Althusser und das Elend der Theorie

Zum 80. Geburtstag von Louis Althusser

von Reinhold Rünker*

vielen seinem gefallenem Bruder ähnlich und von Lucienne auch in dessen Geist erzogen, gilt ihm bald als verweichlicht und wenig mannhaft.

„Der Vater des Vaters“

Louis Kindheit wird – so klingt es später in den autobiographischen Texten durch – von der drängenden Sorge bestimmt, daß er keine eigene Persönlichkeit habe, weil er nicht um seinetwillen geliebt würde, sondern nur um seines gefallenem Onkels willen, den er in sich verkörpere. Gleichzeitig war er sowohl voller ängstlicher Bewunderung gegenüber der durch seinen Vater verkörperten Kraft und Intelligenz, als er diesem gegenüber auch Unwohlsein und Ablehnung empfand. Geborgenheit fühlte Louis Althusser bei seinem Großvater Pierre Berger, bei dem er zeitweilig lebte, nachdem dieser nach Frankreich zurückgekehrt war. Dort wurde Louis Althusser nicht mit seinem eigentlichen Namen angeredet, sondern alle nannten ihn nach seinem Großvater – Pierre Berger.

Diese und ähnliche Erfahrungen verdichteten sich wohl in einer psychischen Disposition, die eine schwache Selbstidentifikation dadurch zu kompensieren suchte, indem Louis Althusser nach eigener Einschätzung dazu strebte, der „Vater des Vaters“ zu sein, „um mir die Illusion zu verschaffen, doch einen [Vater] zu haben, um mir nämlich mir selbst gegenüber die Rolle eines Vaters zuzulegen, weil alle möglichen oder vorgefundenen Väter sie ja nicht spielen konnten. Und ich setzte sie voller Geringschätzung herab, indem ich sie weit unter mir ansiedelte, in manifester Unterordnung unter mich selbst.“ (ALTHUSSER 1998, S. 197)

Erst (und letztlich nur) im sicheren Schutz (einer Person, einer Institutionen wie der Universität oder der Kommunistischen Partei) konnte Althusser seine eigene Geringschätzung über-

Louis Kindheit wird von der drängenden Sorge bestimmt, daß er keine eigene Persönlichkeit habe, weil er nicht um seinetwillen geliebt würde, sondern nur um seines gefallenem Onkels willen, den er in sich verkörpere.

Reinhold Rünker, Historiker, führt z. Z. die Geschäfte der Jusos NRW und lebt in Leichlingen. Er ist Mitglied der spw-Redaktion.

winden, jedoch so stark, daß er sich über diesen Schutz erhob: "... im Rahmen seiner beschützenden Zuneigung wiederholte ich mein altes obsessives Verhalten, ich wurde in der Obhut meines Schutzes, sein Ratgeber in allem, auch der Ratgeber bei seinen Kühnheiten, indem ich fortan (...) zum »Vater des Vaters« oder eher und gleichzeitig zum Vater der Mutter wurde, gleichsam um einmal mehr und auf meine Weise meine Einsamkeit und meinen Widerspruch aufzuheben, nie eine wahre Mutter noch einen wahren Vater gehabt zu haben" (ALTHUSSER 1998, S. 127).

1930 verläßt die Familie Althusser Algerien, als Charles Althusser eine gehobene Stellung in einer Bank in Frankreich bekommt. Louis Althusser schließt die Schule ab und besucht von 1936-1939 die Vorbereitungskurse zur Ecole Normale Supérieure, wo er in der christlichen Studentenjugend aktiv wird. Als jedoch der Krieg ausbricht, wird Althusser zum Militär einberufen. Noch im Offiziers-Ausbildungslager in Vannes (Bretagne) wird er bereits im Juni 1940 von der deutschen Armee in Gefangenschaft genommen. Die Jahre bis zum Kriegsende verbringt Althusser in Deutschland in verschiedenen Lager.

Das Werk Althussters

Althusser hat mit seinen theoretischen Arbeiten, die alles andere als umfangreich sind und weitgehend Zeitschriftenaufsätze, Polemiken und Debattenbeiträgen darstellen, die marxistische Diskussion im Frankreich der 60er Jahre dominiert, die Marx-Rezeption in Westdeutschland bis Mitte der 70er Jahre beeinflusst und die Diskussion innerhalb der Linken in Italien noch bis Ende der 80er Jahre inspiriert.

Obwohl Althusser bereits seit 1948 Mitglied der KPF ist und seit seinem Studienabschluß an der Ecole Normale Supérieure d'Ulm in Paris Philosophie lehrt, ist er in der marxistischen Debatte nicht besonders aufgetreten. Wissenschaftlich beschäftigt er sich in den ersten Jahren mit den klassischen Philosophen der Antike, übersetzt Feuerbach in das Französische und beginnt seine Auseinandersetzung mit Spinoza, Montesquieu, Rousseau und Machiavelli. Anfang der 60er Jahre entstehen in Vorbereitung auf eine Seminarreihe zur Kapital-Lektüre die beiden Bücher, die die Rezeption des Marxschen Werkes revolutionieren sollten. In „Für Marx“ hatte Althusser sechs Artikel mit einem Vorwort versehen, die bereits in verschiedenen Zeitschriften, u.a. der Parteizeitschrift La Nouvelle

Critique der KPF, veröffentlicht waren. „Das Kapital lesen“ ist Produkt der Vorlesungs- und Seminarvorbereitung, die Althusser seit 1964 mit einigen seiner Schüler, u.a. Etienne Balibar, leistete.

Marx lesen – Althussters Theorie der Lektüre

Daß die Wirklichkeit unabhängig davon existiert, welche Kenntnis Menschen von ihr haben, ist eine Grundaussage des Materialismus. Der Prozeß der Erkenntnis ist bei Althusser ein Produktionsprozeß, in dem bestimmte Arbeitsmittel (Begriffe, Methoden, Verfahren, etc.) auf Arbeitsgegenstände (bereits vorliegende, früher entwickelte Begriffe, Methoden, Verfahren, etc.) angewendet werden. Für ihn gibt es deshalb keine „unschuldige Lektüre“. Jedes Lesen ist bereits mit vorgefaßten Fragestellungen, vorhandenen Gegenständen verwoben: „Man mußte zur Geschichte übergehen, um jenen Mythos vom Lesen in seinem eigentlichen Schlupfwinkel aufzuspüren; (...) indem man aufdeckt, daß die in Büchern enthaltene Geschichte der Menschen dennoch kein auf den Seiten eines Buches niedergeschriebener Text ist und daß die Wahrheit der Geschichte nicht aus ihrem offenkundigen Diskurs herausgelesen werden kann; denn der Text der Geschichte ist kein Text, worin eine Stimme spricht, sondern das unhörbare und unlesbare Sichbarmachen der Auswirkungen einer Struktur der Strukturen“ (ALTHUSSER 1972, S. 17). Althusser interessiert sich deshalb nicht nur dafür, was in den Texten steht, sondern dafür, was in den Texten nicht steht. „Der entscheidende Schritt, den man tun muß, wenn man den Grund des auf das Sehen bezogenen *Versehens* erkennen will, ist dieser: man muß die Vorstellung, die man sich gewöhnlich von der Erkenntnis macht, überprüfen, den Mythos von der Erkenntnis als einer Widerspiegelung und einer unmittelbaren Vision und Lektüre aufgeben, und die Erkenntnis als eine Produktion begreifen.“ (ALTHUSSER 1972, S. 26).

Es ist eine „doppelte Lektüre“: sie will sowohl berücksichtigen, was und wie der Autor des Textes rezipiert hat als auch gleichzeitig welche Fragestellungen und Gegenstände die rezipierten Autoren in ihren Texten erkennen lassen, welche Fragen sie gerade auch nicht stellten, weil sie ihnen in ihrem gesellschaftlichem Kontext nicht gekommen sind (oder kommen konnten): „Diese neuen Gegenstände sind in der bestehenden Theorie notwendig *unsichtbar*, weil sie keine Gegenstände

dieser Theorie sind, weil sie als Gegenstände in ihr untersagt sind“ (ALTHUSSER 1972, S. 29). Es kommt nun also in der symptomorientierten Lektüre nach Althusser darauf an, diese verborgenen und dadurch den vorliegenden Texten innewohnenden Fragen und Gegenstände aufzuspüren. Dazu bedient sich Althusser in seiner Lektüre einer möglichst genauen Untersuchung des begrifflichen Korsetts. „Die symptomorientierte Lektüre forsch nach den impliziten, *praktisch* realisierten und das heißt tatsächlich vorhandenen Begriffen. Sie besteht also darin, einen Text, so literarisch er auch sei, aufgrund seines begrifflichen Skeletts zu erörtern und dies um so mehr, wenn es gar nicht sichtbar ist“ (KARSZ 1975, S. 23/24).

Indem Althusser nun seine Lektüremethode auf das Werk von Karl Marx – insbesondere in Bezug auf „Das Kapital“ – anwendet, unterscheidet er drei Perioden der Entwicklung Marxschen Denkens: die Jugendwerke von 1840-1844, die noch sehr von Hegelschen Denken und Begriffen durchdrungen sei, um 1845 setzt Althusser den Bruch Marx' mit Hegel an und bezeichnet die Periode bis 1857 dann als die der Reifung. Erst dann beginne Marx, theoretisch und politisch marxistisch zu denken und zu agieren.

„Anti-Humanismus“ und „Geschichte ohne Subjekt“

Althusser gehörte zu den profiliertesten französischen Kritikern des Stalinismus und des Personenkults. In seinem Verständnis, daß „Philosophie eine Form des Klassenkampfes ist“, hat er sich aber immer trotzdem den Vorwurf eingefangen, sich nicht radikal genug von der doktrinarären und orthodoxen Tradition des Stalinismus entfernt zu haben. So nicht zuletzt in der Auseinandersetzung um die politische Strategieentwicklung der KPF Mitte der 70er Jahre, als diese sich von dem Konzept der „Diktatur des Proletariats“ verabschiedete und auf Althussters unterschiedene Kritik stieß.

Die theoretische Arbeit und die Marx-Lektüre Althussters findet in einer Zeit statt, in der sich die französische KP in einer doppelten theoretischen und taktischen Konfliktlage befindet. Zum einen will sie ihren Anschluß an die intellektuelle Diskussion und Rezeption des Marxismus auch in bürgerlich-liberalen und christlichen Kreisen Frankreichs stärken, zumal sie eine politisch relevante Kraft ist (und bleiben will). Andererseits ist die theoretische Linie aber sehr stark durch die stalinisti-

„Es genügt, meine Texte zu lesen: Man wird darin auf das gleichsam mit einer Art Besessenheit wiedererkennende Leitmotiv der Einsamkeit stoßen.“
(Althusser)

sche Interpretation der Nachkriegszeit dominiert. Althusser hat sich in dieser Konfliktlage zwischen alle Stühle gesetzt, indem er die Bemühungen darum, *den Menschen* an den Anfang und damit in den Mittelpunkt von Analysen zu stellen, als unmöglich bezeichnet. Denn dies markiere gerade den zentralen Bruch im Werk von Karl Marx mit der Hegelschen Tradition, daß er im „Kapital“ anti-humanistisch (bzw. a-humanistisch) argumentiere.

Für Althussters Bruch mit dem Determinismus der marxistischen Interpretation stalinistischer Prägung sind zwei Schlüsselbegriffe in seinem Werk von großer Bedeutung: „Überdeterminierung“ und „komplexe Widersprüchlichkeit“: Althusser vertrat die Auffassung, daß die lineare Vorstellung der Entwicklung von Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen in die Irre gehe, die von einer eindimensionalen Beziehung sozialer Verhältnisse ausgeht.

Vielmehr ist jede einzelne Einheit in einer Gesellschaft immer durch die Auswirkung *aller* Einheiten auf einmal bestimmt. Oder anders gesagt, jede Einheit ist das Produkt der Beziehungen zu allen anderen. Es ist überdeterminiert in dem Sinne, daß es eben die Bedingungen aller in sich trägt und nicht nur die Abfolge einzelner anderer, sich verändernder Einheiten. Die Existenz einer jeden Einheit ist nichts anderes als die Kombination aller anderen Einheiten

Die Handlungsfähigkeit des Einzelnen ist für Althusser durch die historische Struktur überdeterminiert, Geschichte ist ein Prozeß ohne Subjekt.

Info-Box Bibliographie:

Von Althusser liegen zwei autobiographische Texte „Die Zukunft hat Zeit“ und „Die Tatsachen“ vor, die unter dem Titel „Die Zukunft hat Zeit“ im Fischer-Taschenbuch-Verlag als limitierte Sonderausgabe im Herbst 1998 erschienen ist. [ALTHUSSER 1998] Als Hardcover ist es unter gleichem Titel im S. Fischer-Verlag erhältlich.

Eine Biographie hat *Yann Moulier Boutang* auf französisch geschrieben: Louis Althusser. Une Biographie, Paris 1992. Leider liegt sie nicht in deutscher Übersetzung vor. Einblicke in das Leben Althussters mit Informationen auch über seine wissenschaftliche Arbeit gibt das Buchlein von *Gudrun Werner-Hervieu*, Begegnungen mit Louis Althusser – Persönliche und politische Erinnerungen, Karin Kramer Verlag, Berlin 1998.

Nicht alle Schriften von Althusser liegen in deutscher Übersetzung vor. Die Titel sind fast ausschließlich nicht mehr von den Verlagen lieferbar, aber in Universitätsbibliotheken ausleihbar oder in gut sortierten Antiquariaten erhältlich. Mitte der 1980er Jahre war eine Edition ausgewählter Schriften von Frieder Otto Wolf im Argument-Verlag geplant, die jedoch über zwei Aufsatzsammlungen nicht hinausgekommen ist.

Hauptwerke Althussters, die in deutscher Übersetzung vorliegen:

Für Marx, Frankfurt/Main, Suhrkamp 1968

Das Kapital lesen, Reinbek, Rowohlt 1972, 2 Bde. [ALTHUSSER 1972] (hrsg. zusammen mit Etienne Balibar, die französische Erstausgabe von 1968 enthält Aufsätze der Althusser-Schüler Establet, Macherey und Ranciere, die in der deutschen Übersetzung zugrunde liegenden 2. Auflage gestrichen wurden)

Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg, VSA-Verlag 1977

Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler, Schriften Band 4 [Mit einem Nachwort von Frieder Otto Wolf], Hamburg, Argument-Verlag 1985

Machiavelli, Montesquieu, Rousseau – Zur politischen Philosophie der Neuzeit, Schriften Band 2 [Mit einem Nachwort von Frieder Otto Wolf], Hamburg, Argument-Verlag 1987

Bücher über die philosophischen und wissenschaftstheoretischen Arbeiten von Althusser:

Seit 1975 liegt die (unkritische) Einführung in das Werk Althussters von *Saül Karsz* [KARSZ 1975], Theorie und Politik: Louis Althusser, Ulstein-Verlag vor, die 1973 in Frankreich erstmals erschien. Auch wenn sich das Buch

streckenweise wie eine Verteidigungsschrift liest, gibt sie doch sehr stringent die Argumentationslinie Althussters wieder, indem Karsz versucht, Althussters Methoden und Begriffe auch in den Kontext der Kritik zu bearbeiten.

Einen informativen Überblick über die Auseinandersetzung der 70er Jahre mit Althussters Marx-Lektüre gibt der von *Horst Arenz, Joachim Bischoff und Urs Jaeggi* herausgegeben Sammelband „Was ist revolutionärer Marxismus?“, der 1973 im VSA-Verlag Berlin erschienen ist. Die Herausgeber dokumentieren hier die Auseinandersetzung zwischen Althusser und dem britischen Marxisten John Lewis, die sie mit einer Betrachtung der westdeutschen Althusser-Debatte einleiten. Deutlich wird dabei die historische Gebundenheit der Diskussion auf dem Höhepunkt der marxistischen Theorie-Aneignung, einer relativen Stärke der kommunistischen Bewegung in Westeuropa und einer insgesamt stärker politisierten Gesellschaft als in den folgenden Jahrzehnten. Dies gilt auch für „Betr.: Althusser: Kontroversen über den Klassenkampf in der Theorie“, 1977 von *Hans-Jörg Sandkühler* im Pahl-Rugenstein-Verlag herausgegeben, und für *Horst Brühmann*, „Der Begriff des Hundes bellt nicht“ erschienen bei Heymann, 1980. Die Althusser-Rezeption für den englisch-sprachigen Raum geben *Steven B. Smith*, Reading Althusser – An Essay on Structural Marxism, Ithaca/London, Cornell University Press 1984, und *E. Ann Kaplan/Michael Sprinker* (Ed.) [KAPLAN 1993], The Althusserian Legacy, London/New York, Verso 1993 wieder. In diesem Sammelband der Beiträge der Konferenz von 1988 findet sich auch der Originalbeitrag von Alain Lipietz [LIPIETZ 1992], „Vom Althusserismus zur Theorie der Regulation, der in deutscher Übersetzung in: Alex Demirovic (Hrsg.), Hegemonie und Staat, Münster Westfälisches Dampfboot 1992, S. 9-54 erschienen ist.

1997 sind wieder zwei Arbeiten über Althusser erschienen. *Hermes Spiegel*, Gramsci und Althusser, Berlin/Hamburg, Argument-Verlag 1997 – untersucht Verbindungen Althussters Denken auch zu den deutschen Philosophen Wilhelm Dilthey und Martin Heidegger. *Robert Pfaller*, Althusser: Das Schweigen im Text, München, Wilhelm Fink Verlag 1997 – versucht Althussters Begriffswelt durch einen Rückgriff auf Althussters Rezeption insbesondere der Philosophie Gaston Bachelards, Spinozas und der materialistischen Psychoanalyse Lacans zu dechiffrieren.

Eine der fulminantesten Kritiken des Werks Althusser stammt aus der Feder von *Edward P. Thompson*, [THOMPSON 1980], *Edward P.*, Das Elend der Theorie – Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/New York, Campus

Wenn jede soziale Einheit (und jedes soziale Verhältnis) überdeterminiert ist, so folgert Althusser daraus, daß es sich eben auch nicht um einfache, sondern um komplexe Widersprüchlichkeiten handelt, die hier zum Ausdruck gelangen.

der sozialen Totalität. Und als solches stellt jede Einheit (nur) eine andere Seite der Auswirkung der Beziehung aller anderen Einheiten dar. „Der Einzelne ist z. B. der Ausdruck der Beziehungen von Klasse, Eltern, Beruf, Religion, Politik, Literatur oder Biologie. Ähnlich ist es für eine Unternehmung, einen literarischen Text oder auch eine Partei.“ erläutern Resnick/Wolff auf einer Althusser-Konferenz in den USA 1988 (in: KAPLAN 1993, S. 63, eigene Übersetzung).

Wenn jede soziale Einheit (und jedes soziale Verhältnis) überdeterminiert ist, so folgert Althusser daraus, daß es sich eben auch nicht um einfache, sondern um komplexe Widersprüchlichkeiten handelt, die hier zum Ausdruck gelangen. Das Subjekt, das Individuum sei so auch letztlich nur Träger der geschichtlichen Entwicklung. Die Handlungsfähigkeit des Einzelnen ist durch die historische Struktur überdeterminiert, Geschichte ist ein Prozeß ohne Subjekt.

„Das Elend der Theorie“

„Es genügt, meine Texte zu lesen: Man wird darin auf das gleichsam mit einer Art Besessenheit wiedererkennende Leitmotiv der Einsamkeit stoßen. Wie oft habe ich nicht wiederholt, daß ich in der Politik wie in der Philosophie nichts anderes tat als einzugreifen, allein gegen alle – und die Gegner ließen mich das weidlich spüren.“ (ALTHUSSER 1998, S. 200)

Einer der bedeutenden Gegner Althusser war der britische marxistische Sozialhistoriker Edward P. Thompson, der 1978 eine umfangreiche Polemik gegen das Werk Althusser veröffentlichte (THOMPSON 1980). Thompson wendet sich vor allem gegen eine der Althusser'schen Lektüre und Erkenntnislogik zugrunde liegende Statik, in der sich die Überdeterminierung der Strukturen gegen den geschichtlichen Prozeß stelle. Geschichte, wie Thompson sie analysiert und z. B. in seinem bahnbrechenden sozialhistorischen Werk „Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse“ 1963 beschrieben hat, ist gerade nicht durch theoretisierende Begriffsbildung und abstrakte Strukturen erkennbar, sondern in den unterschiedlichen und auch widersprüchlichen Arten und Weisen der Vermittlungs- und Aneignungsformen, der menschlichen Erfahrung. „Das ist genau der Begriff, den Althusser und seine Anhänger aus dem Club des Denkens (...) ausbürgern möchten. Männer und Frauen kehren in diesem Begriff aber auch wieder als Subjekte – zwar nicht als autonome Subjekte, »freie Individuen«, aber als

Personen, die ihre determinierten Stellungen und Verhältnisse im Produktionsprozeß als Bedürfnisse, Interessen und Antagonismen erfahren und die dann diese Erfahrungen »handhaben« innerhalb ihres Bewußtseins und ihrer Kultur (zwei weitere Begriffe, die die theoretische Praxis ausschließt) auf äußerst komplexe (ja, »relativ autonome«) Weise und die dann (oft, aber nicht immer durch die entsprechenden Klassenstrukturen vermittelt) ihrerseits auf ihre determinierte Situation handelnd einwirken.“ (THOMPSON 1980, S. 225)

Warum heute noch mit Althusser auseinandersetzen?

Resnick und Wolff haben in ihrem bereits zitierten Konferenz-Beitrag einen wichtigen Hinweis dafür gegeben, warum es auch heute noch Sinn macht, sich in der Theorieentwicklung auf die Arbeiten Althusser zu besinnen: Wenn es richtig ist, daß alle sozialen Einheiten (und Verhältnisse) zu einander in einer komplexen und widersprüchlichen Beziehung stehen und überdeterminiert sind, damit auch noch in sich den Keim des Vergangenen (aber noch wirksamen) tragen, ist es schier unmöglich, eine einzige Wahrheit daraus zu entwickeln. Denn diese Wahrheit wäre wiederum auch nur eine Seite, eine Erscheinungsform des komplex-widersprüchlichen Verhältnisses „Wahrheit“. Gleichzeitig geht diese Erkenntnis aber über das banale „alles hängt mit allem zusammen“ oder postmodern-esoterische „alles fließt“ deutlich hinaus und hat damit nichts zu schaffen. Es weist vielmehr darauf, daß sich in diesen Verhältnissen und Veränderungen Strukturen der Widersprüchlichkeit erkennen lassen, die es zu untersuchen, „aufzuspüren“ gilt – nicht, weil man damit alles und jede Verästelung von Wirklichkeit erklären könnte, sondern es eben Zusammenhänge, Bedingungen der Determinierung bzw. der Überdeterminierung gibt. Den Prozeß der Überdeterminierung aus der komplexen Widersprüchlichkeit des Seins herauszufiltern, ermöglicht ein Verständnis historischer Entwicklung, das eben nicht einfach aus linearen Abfolgen besteht und einem vorgegeben (!) Ziel entgegenstrebt.

Welche Rolle dabei dem Subjekt, dem/der „Einzelnen“ bleibt, ist weniger eindeutig zu beantworten. Althusser hat immer daran festgehalten, daß nicht der „Mensch“ (als einzelner), sondern „Menschen“ (in der Menge, als Plural) Geschichte machen. Diese Aussage erscheint mir weiterhin insofern richtig, als daß das Individuum für

sich genommen sicher nur einen relativ geringen Einfluß auf die Entwicklungsrichtung der Geschichte insgesamt hat und in seinem Handeln und Entscheiden ebenso überdeterminiert ist. Gleichwohl ist das Individuum aber kein bewußtloser Spielball anonymer Mächte. Mit Thompson (und Marx) würde ich dagegen darin übereinstimmen, daß Bewußtsein immer ein gesellschaftliches Produkt (und Ergebnis komplexer Widersprüchlichkeit) ist, dessen Ausdrucksformen nicht einfach abgeleitet werden können aus der überdeterminierten Struktur.

Der Althusser-Schüler Alain Lipietz, dessen Name in Deutschland mit der Regualtions-Schule bekannt geworden ist, hat anlässlich der bereits erwähnten Konferenz über das Werk Althusser 1988 versucht, das Vermächtnis Althusser aufzuzeigen. Dabei hält er an Althusser's Auffassung der Überdeterminierung sozialer Verhältnisse fest, befindet aber die Schlußfolgerung, daß sich die sozialen Verhältnisse nur als Resultat von Handlungen seiner Träger reproduzieren, „indem es die Träger, unabhängig von ihrer Subjektivität, unter Bedingungen bringt, unter denen sie es auch reproduzieren“ für problematisch, da ihr die Gefahr des Funktionalismus innewohne. (LIPIETZ 1992, S. 45). Substrahiert man diese Überdehnung der Marx-Lektüre von der strukturalistischen Überdeterminierung, zeige sich, „das es vom klassischen Althusserismus viel zu retten gibt: unreduzierbare Vielfalt der Verhältnisse, die sich zur sozialen Wirklichkeit weben, Überdetermination dieser Verhältnisse und, sofern man ihren widersprüchlichen Charakter ernst nimmt, die Vielfalt möglicher Konjunkturen. (...) der Begriff der Regulation (ermöglicht) im wörtlichen Sinn sehr wohl eine »Aufhebung« der »Reproduktion«: die Einheit des Gegensatzes und der Identität im Innern einer widersprüchlichen Struktur, das Moment, das demjenigen der »Krise der Struktur« dialektisch entgegengesetzt ist.“ (LIPIETZ 1992, S. 54)

„In *Kapital lesen* sagt Althusser, daß es viele Wege gibt, Marx zu lesen. Aber es gibt ebenso viele Wege, Althusser zu lesen“, heißt es in dem Konferenz-Beitrag von Stephen Resnick und Richard Wolff (Kaplan 1993, S. 59, eigene Übersetzung). Bei aller Kritik an Althusser – gelesen werden sollte er auch heute noch!

spw

¹ Althusser verwendet hier ein Wortspiel Louis = Lui. „Lui“ wird im grammatikalischen Sinne gebraucht und ist im Französischen das Pronomen der dritten Person „er“.

KULTUR DER POLITIK



POLITIK DER KULTUR

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Lesen Sie den Freitag drei Wochen lang, kostenlos und unverbindlich.

Anruf genügt.

Tel. (030) 533 34 - 400 oder per Internet: www.freitag.de

spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues spw-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen
(Einstiege Band 8),
171 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg
**Gesellschaftliche
Naturverhältnisse**
(Einstiege Band 7),
190 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Eine Bildergeschichte
zur deutschen Frauenbewegung,
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe,
100 Seiten mit Diskette,
Ladenpreis DM 14,90



D



E

Reinhard Kühnl
**Der deutsche Faschismus in
Quellen und Dokumenten**
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-

Gisela Preuschhoff
**Komm, wir spielen
was zusammen**
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80

F



PapyRossa